

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnement: 3.00 Mk., monatlich 1.10 Mk.,
 wöchentlich 28 Pf., frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pf., Sonntags-
 Nummer mit illustrierter Sonntags-
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-
 Abonnement: 1.10 Mark pro Monat,
 Eingetragen in der Post-Verzeichnungs-
 Liste für 1901 unter Nr. 7671.
 Unter Kreuzband für Deutschland und
 Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das
 übrige Ausland 3 Mark pro Monat.
 Erscheint täglich außer Montags.

Die Inseritions-Bedingung
 beträgt für die sechsstelligen Nummern
 je oberer oder unterer Raum 40 Pf., für
 politische und gewerkschaftliche Vereins-
 und Versammlungs-Anzeigen 30 Pf.,
 „kleine Anzeigen“ jedes Wort 5 Pf.,
 (nur das erste Wort frei). Inserate für
 die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr
 nachmittags in der Expedition abgegeben
 werden. Die Expedition ist an Wochen-
 tagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und
 Festtagen bis 3 Uhr vormittags geöffnet.

Telegramm-Adresse:
 „Socialdemokrat Berlin“

Redaktion: SW. 19, Benth-Strasse 2.
 Fernsprecher: Amt I, Nr. 1508.

Dienstag, den 19. November 1901.

Expedition: SW. 19, Benth-Strasse 3.
 Fernsprecher: Amt I, Nr. 5121.

Die Arbeitslosen-Versammlungen.

Gran lag der Himmel über Berlin; Straßenbahnen, Omnibusse und die sonstigen der Beförderung von Menschen dienenden Behälter hatten ihre Morgenarbeit hinter sich, die Bewegung der Menschenmassen auf den Straßen hatte ihre Einseitigkeit verloren, der Strom nach dem Centrum hin war ins Stoden geraten, da begann in der Nähe der acht großen Lokale, nach denen die Gewerkschaftskommission die Arbeitslosen-Versammlungen einberufen hatte, ein eigenartiges Leben.

Zuerst war unsere Polizei auf dem Posten. Die Eingänge der Lokale wurden besetzt, Schutzmännchen-Doppelposten schritten die Straße auf und ab und in stillen Winkeln wurden Aufgebote von 20-30 Schutzleuten „für alle Fälle“ bereit gehalten. Auch die gesamte reitende Schutzmannschaft, die sonst lediglich als „Hörde“ für unsere Prachtstraßen dient oder ihre Pferde bei Paraden auf den Höhenrängen der patriotischen Zuschauer courtbellieren läßt, war erschienen. Die schönen, fatten und glatten Pferde tänzelten vor den Lokalen auf dem Pflaster auf und ab oder standen — wie bei Keller — zu sechsen in einer Reihe auf dem Hohl.

Allmählich fanden sich auch die Arbeitslosen ein, die sofort die Entdeckung machen durften, daß die Polizei ihnen eine Aufmerksamkeit schenkte, die sie bei allen anderen Behörden vergeblich suchten. Erst kamen sie einzeln, dann truppweise und schließlich zogen sie in ununterbrochenem Strame in die Lokale ein, die sofort polizeilich geschlossen wurden, wenn die vorchriftsmäßige Personenzahl in den Saal eingelassen war. So kam es, daß außer den Tausenden, welche die Lokale füllten, mehrere tausend Menschen an den Eingängen sich einfanden, um — von dort zurückgewiesen — schweigend ihres Weges zu ziehen. Die Gesamtzahl der Eingelassenen und Einlassbegehrenden kann man wohl auf 15 000 schätzen.

Auffallend war der Unterschied zwischen den Besuchern der Versammlungen am Montag und den Besuchern der Arbeitslosen-Versammlungen im Jahre 1898. Von den erschöpften, abgerissenen Gestalten der damaligen Zeit bemerkte man nur wenige, in manchen Versammlungen gar keine. Freilich dauerte damals die Krise schon drei Jahre, und es war nur ein ganz kurzer zweijähriger Aufschwung diesen drei Jahren der Krise vorangegangen. So haben in der Zwischenzeit eine ganze Reihe von Gewerkschaften noch die Arbeitslosen-Unterstützung eingeführt. Das und die inzwischen erfolgte Verwirklichung der politischen Bildung erklärt wohl die selbstbewusstere, trotz allen Elends stolze Haltung, welche die große Mehrzahl der Versammlungsbesucher zeigte. Nur ganz vereinzelt wurde ein Glas Bier verlangt; die an ein paar Stellen anfertigen dünnen Rauchwolken verrietten, daß noch der eine oder andere sich den Genuß einer Zigarre gönnte. Die gute Kleidung fast aller Versammlungsteilnehmer zeigte, daß man es mit fleißigen, verständigen Leuten zu thun hatte, die die Zeit des Aufschwungs zweckmäßig benutzt hatten, und in dieser sicher auch andrermaßen für ihre Familien gesorgt haben.

Charakteristisch war das starke Zurücktreten des jugendlichen Elementes und der sogenannten Gelegenheitsarbeiter; fast alle machten den Eindruck von qualifizierten Arbeitern und standen in den besten Jahren — es ist geradezu die Elite der Arbeiterschaft, welche die jetzige Krise aufs Pflaster geworfen hat. Frauen sah man wenig oder gar nicht. Warum wohl nicht? Ach, die Erklärung liegt leider zu nahe! Während ihre Männer in erster Versammlung die Schritte berieten, welche geeignet sind, die einschneidende Not der Arbeitslosigkeit zu bannen oder wenigstens zu mildern, sahen die Frauen doheim hinter der Nähmaschine, um im Dienste der Hausindustrie mit ihren schwachen Kräften zur Erhaltung der Familie beizutragen. Wie lange aber wird dieser Notbehelf noch dauern? Wie bald werden auch die Frauen „Zeit haben“, mit ihren Männern gemeinsam die Arbeitslosen-Versammlungen aufzusuchen?

In allen Versammlungen herrschte ein tiefer, andächtiger Ernst. Man könnte von der Feierlichkeit der Kirche reden, wenn man an diesen Stätten eine so gewaltig ergreifende, ganz in den Worten des Redners aufgehende Aufmerksamkeit jemals fände. Totenstille lag über den Versammlungen. Die düsternen und zugleich sehnsüchtigen Augen und die im lastenden Leiden geschlossenen Lippen hängen an den Rednern, niemals ein Zeichen der Ermüdung oder der Ungeduld; sie lauschen mit verhaltenen Lebenshaft und aus dem furchtbaren Elend, in dessen Schilderung sie ihre eigene Lage getreu erkennen, aus der Enge, Bestochtheit und Ratlosigkeit der heutigen Herrschaftsordnung schweift ihr Geist hoffend in das Zukunftsreich der sozialistischen Erldung.

An einzelnen Stellen der Reden dringt tief aus dem Innersten des Gefühls stürmischer Beifall hervor. Die Agenten des Protowunders hätten in diesen Versammlungen sehen können, wie scharf die Arbeiter eine Politik begriffen haben, die in ihrem Wahnsinn den Hunger der Arbeitslosigkeit durch erhöhte Lebensmittelpreise zu kurieren unternimmt. Kein Wort geht den Hörern verloren, die gespanntem Buge verrotten, daß ihnen die dargelegten Gedanken neue Erkenntnisse erschließen und alte befestigen. Man sieht förmlich, wie jeder Satz in das Verständnis erschallend eindringt.

Einmütig und debattelos nehmen sämtliche Versammlungen die folgende von den Gewerkschaften vorgeschlagene Resolution an:

Resolution.

In Anbetracht, daß die gegenwärtige wirtschaftliche Krise immer weitere Kreise zieht, deren Folgen ein Daniederliegen der Produktion in fast allen Gewerben ist, daß diese Erscheinung sich in Betriebs Einschränkungen, Lohnkürzungen und vornehmlich durch Arbeiterentlassungen bemerkbar macht, — in der Erwägung, daß durch die Krise in erster Linie die Arbeiter

betroffen werden und dadurch die Not und das Elend in Arbeiterkreisen immer größere Dimensionen annimmt, die schließlich zur Gefahr für unser gesamtes volkswirtschaftliches Leben werden muß,

in fernerer Erwägung, daß die Stadt Berlin und die Reichsregierung noch keine Maßnahmen getroffen haben, um der großen Arbeitslosigkeit vorzubeugen, beauftragen die Versammelten die Berliner Gewerkschaftskommission, dem Magistrat und Stadtverordneten-Kollegium und der Reichsregierung folgende Maßnahmen zur Linderung der Not zu unterbreiten:

„Sofortige Inangriffnahme sämtlicher städtischer Bauten — eventuell in eigene Regie — sowie Förderung sämtlicher städtischer Arbeiten überhaupt. — Hierzu zählen wir auch die Anfertigung von Kleidungsstücken für die Beamten und für die Waisen. Diese Arbeiten sind nur an solche Firmen zu vergeben, die nicht in der Hausindustrie arbeiten lassen.“

Ferner hat die Stadt Berlin die Arbeiten für die bereits genehmigten Schulen, von denen die Zeichnungen da sind, ebenfalls in Angriff zu nehmen. Hier können Lehren und Helfer, sowie Schloffer und Beschläge — welche nach Zeichnung gearbeitet — im Vorrat angefertigt werden. Dadurch finden Tausende Beschäftigung. Ebenso ist die Inangriffnahme der Untergrundbahn städtischerseits sofort geboten. Für die in Aussicht genommenen Strecken sind Anschläge und Projekte schleunigst zu fördern.

Des weiteren ersuchen die Versammelten die Stadt Berlin, den Bau von Arbeiterwohnungen in eigene Regie zu übernehmen, um dem wucherischen Bodenpreissystem der Grund- und Bodenbesitzer endlich ein Ziel zu setzen, um damit das Wohnungsproblem in gesunde Bahnen einzulenken.“

In fernerer Erwägung, daß die gegenwärtige Arbeitslosigkeit, hervorgerufen durch den wirtschaftlichen Niedergang, nicht nur durch die Stadt beseitigt werden kann, sondern vielmehr es Aufgabe des Reiches und der Regierungen der Einzelstaaten sein muß, hier Abhilfe zu schaffen, fordern die Versammelten die Regierungen auf:

Sämtliche projektierte Staatsbauten sofort in Angriff zu nehmen. Ferner die Anfertigung von rollendem Material unverzüglich vorzunehmen, da hierdurch die am schwersten von dem wirtschaftlichen Niedergang betroffene Metallindustrie Arbeiter reichlich Arbeitsgelegenheit erhalten würden.“

Die Versammelten protestieren ganz energisch gegen das Rundschreiben des Eisenbahn-Ministers, durch welches die Verwaltungsorgane aufgefordert werden zur Arbeiterentlassung mit der Dauer der Arbeitszeit der noch im Dienst Verbleibenden zu verlängern. Diese Maßnahmen sind im Interesse des öffentlichen, sozialen und wirtschaftlichen Lebens aufs schärfste zu verurteilen.

In der fernerer Erwägung, daß die Arbeit im Interesse der gesamten kulturellen Entwicklung in geregelte Bahnen eingelenkt werden muß, erjuden die Versammelten die Reichsregierung, dem Antrag Kuer u. Gen. — Schaffung von Arbeitsämtern und eines Reichs-Arbeitsamtes — mehr Beachtung und Entgegenkommen zu zeigen.

In weiterer Erwägung, daß bei der gegenwärtigen großen Arbeitslosigkeit eine weitere Belastung der arbeitenden Klasse durch indirekte Steuern unermesslich zur wirtschaftlichen Katastrophe führen muß, fordern die Versammelten die Regierung auf, dem Drängen einer kleinen Interessengruppe auf Erhöhung des Zolls der notwendigen Lebensmittel nicht stattzugeben, sondern durch Abschluß guter Handelsverträge mit anderen Nationen die Wohlfahrt des arbeitenden Volkes, des gesamten Staatslebens zu sichern und zu fördern.

Der Rebel vom Morgen hatte sich in einen feinen Sprühregen verwandelt, als in der Mittagszeit die Versammelten die Lokale verließen. Dies geschah liberal in stiller Ruhe und Ordnung. Weder die uniformierte Schutzmannschaft sand zu thun, noch belamen die bekannten Beamten in Zivilkleidung dritter Garnitur Gelegenheiten, von ihren Gummischulden Gebrauch zu machen. Aus den Fenstern der nächsten Nachbarschaft sah wohl der eine oder andere gesicherte Spieghelger mit Frauen auf die ungebenerliche, sich aus dem Lokale wägende Menschenmasse; da aber Mittagszeit war, verschlang bald der Strom der Arbeitenden die Menge der Arbeitslosen und bald bot die Straße wieder das gewöhnliche Bild; nur die Fußschläge der davontanzelnden Schutzmannspferde erinnerten nach einer kleinen Pause noch einmal an die Färsorge, die einzige Färsorge, welche der Herr Polizeipräsident den Berliner Arbeitslosen angedeihen läßt.

Wir lassen nunmehr die Einzelberichte folgen:

Der Saal des „Englischen Garten“ in der Alexanderstraße war lange vor Beginn der Versammlung, obgleich man durch Entfernung der Tische möglichst viel Raum zu gewinnen gesucht hatte, so stark gefüllt, daß die Polizei das Lokal abspernte. Ein lebhaftes Murmeln durchlief die Menge, als der Referent, Genosse Kuer, den Saal betrat, aber zu lebhaften Verhandlungsbemühungen, wie sie sonst wohl einem bekannten und allgemein beliebten Volkshörer beim Betreten des Versammlungslokals zu teil werden, ließ es die gedrückte Stimmung dieser Versammlungsbesucher nicht kommen. — Nachdem der Vorsitzende K. r. in dem Genossen Kuer das Wort erteilt hatte, führte dieser unter anderem aus: Es ist nicht das erste Mal, daß in Berlin Versammlungen von Arbeitslosen stattfinden, um durch ihr Erscheinen in kompakter Masse zu einer Zeit, wo sonst gearbeitet wird, Eindruck hervorgerufen an jenen Stellen, wo man, so weit es möglich ist, Arbeitsgelegenheit für die Beschäftigungslosen schaffen könnte. Solche Versammlungen fanden schon in früheren Zeiten wirtschaftlichen Niederganges statt. Während man aber damals im bürgerlichen Lager derartige Veranstaltungen hinzustellen suchte als solche, die lediglich socialdemokratischen Zwecken und nicht den Interessen der Arbeitslosen dienen sollten, und an denen vornehmlich durch Arbeiterentlassungen bemerkbar macht, — in der Erwägung, daß durch die Krise in erster Linie die Arbeiter

zu leugnen, daß die Arbeitslosigkeit in der That einen hohen Grad angenommen hat. Das ist immerhin bis zu einem gewissen Grade erfreulich. — Nichts ist verlegender, nichts ist roher, als wenn man dem, der sich mit aller Kraft anstrengt, Arbeit zu suchen, sagt: Du gehörst zu denen, die nicht arbeiten mögen. Nichts ist unvernünftiger, als wenn man dem Arbeitslosen entgegenhält: „Ja, hättest Du gespart in der Zeit, dann hättest Du etwas in der Not!“ Wie unvernünftig solche Vorgehensweisen sind, das vermag nur der zu erkennen, der aus eigener Erfahrung weiß, wie schwer es schon dem in Arbeit stehenden Familienvater ist, das notwendige für die Seinen zu beschaffen und daß mit der Arbeitslosigkeit zugleich auch die Not in der Arbeiterfamilie einkehrt. Ein elender Hohn ist es, wenn man unter solchen Umständen den Arbeitern Sparsamkeit predigt. — Es ist festzustellen worden, daß die Herren v. Stamm und v. Krupp allein bei der Herstellung der Panzerplatten für die Kriegsschiffe in 16 Jahren je 80 Millionen Mark verdienen. Da ist es allerdings leicht, zu sparen. (Weiterer und Weisfall.) Die die Reichsämter schaffen, das sind die Arbeiter. Die, welche die Ergebnisse des Arbeiterlebens einheimen, das sind einzelne gutbegnadete Personen, die für sich das Recht in Anspruch nehmen, von den Arbeitern erzeugten Reichthümern als ihr Eigentum zu erklären und sich noch gar ein Bestimmungsgewalt über die Arbeiter anzumahen. (Weisfall.) Ebenso unverständlich wie der Rat, zu sparen, ist es, wenn man den Arbeitern, die die Industrie aus dem Osten nach dem Westen, aus dem Lande nach der Stadt gezogen hat, sagt: Geh wieder dahin, wo Ihr hergekommen seid, dort werdet Ihr Arbeit finden. Ihr habt uns hier Milliarden geschaffen, nun macht, daß Ihr wieder fortkommt. Das bedeutet für den Arbeiter — abgesehen von andrem — Rückkehr aus verhältnismäßiger Freiheit in halbe Hörigkeit. (Zustimmung.) — In dieser Zeit, wo es Zehntausenden von Arbeitern nicht möglich ist, Brot zu kaufen, da kommen die Schutzgöllner, unterstützt von den Regierungen aller deutschen Vaterländer und verteuern durch Hölle die notwendigen Lebensmittel, während auf der andern Seite durch Anfristung von Zollstrafen unser Handelsverlehr mit dem Auslande lahm gelegt und so unser Wirtschaftsleben schwer geschädigt wird. Das heißt die Arbeiter von zwei Seiten mit Nuten züchtigen. — Wie ist Hilfe gegen die Arbeitslosigkeit möglich? Man kann ja auf die Vornahme von Kostbararbeiten verweisen, aber Vorschläge im einzelnen zu machen ist nicht unsere Sache. Wir wollen nur die Thatfache konstatieren, daß zur Zeit in Berlin Zehntausende, die geru bereit sind zu arbeiten, arbeitslos sind, und von den Behörden verlangen, daß sie, soweit es in ihrer Macht liegt, die Möglichkeit schaffen, daß die Arbeitslosen ihre Arbeitskraft und ihre Arbeitslust betätigen können. (Lebhafter Beifall.)

Am Schluß seiner fast zweistündigen Rede zeigte Genosse Kuer, daß es die heutige Gesellschaftsordnung ist, welche die wirtschaftlichen Krisen und das Elend der Arbeitslosigkeit verschuldet, er verweise darauf, daß es die Socialdemokratie ist, die sich die Aufgabe gestellt hat, diese Zustände zu beseitigen, und daß jeder Arbeiter die Pflicht hat, sich seiner Gewerkschaft anzuschließen, und auf politischem Gebiete im Sinne der Socialdemokratie zu wirken. (Großer Beifall.) Diesem Appell schloß sich auch der Vorsitzende K. r. mit lebhaften Worten an. Dann wurde eine Resolution einstimmig angenommen und die Versammlung mit einem brandenden Hoch auf die Socialdemokratie geschlossen.

In der Kronen-Brauerei, wo Reichstags-Abgeordneter Nagel sprach, war der große Saal gut besetzt.

Der Referent beleuchtete in eingehender Weise die Entwicklung der Produktionsverhältnisse. Auf die Krisen übergehend, giebt er der Meinung Ausdruck, daß diese nicht gleichmäßig auftreten, gegenwärtig tritt die Krise äußerst heftig auf. Mitte des Jahres 1896 setzte die gute Konjunktur ein. Gewinn auf Gewinn heimste das Kapital ein, so haben wir Aktiengesellschaften die in einem Jahre 10 und 11 Millionen verdient haben. Hat der Arbeiter nun in dieser guten Geschäftskonjunktur auch etwas verdient? Hat er auch Gewinn gehabt? Da muß von vornherein mit Nein geantwortet werden.

Der Arbeiter hatte nur den einen Vorteil, daß er leichter Arbeitsgelegenheit fand. Sein Verdienst stieg aber nicht so, daß er etwas ersparen konnte. — Selbst dort, wo die Löhne um ein paar Pfennige erhöht wurden, konnte von einem „Sparen“ nicht die Rede sein, weil der Arbeiter für seine Lebenshaltung mehr Aufwendungen machen mußte, die Wohnungsmieten waren um 15 bis 40 Prozent gestiegen. Die Lebensmittel, Fleisch zc., waren oft bis um das Doppelte angeleiert. Wähnt konnte der Arbeiter nichts zurücklegen, weil die gute Konjunktur für ihn keinen Gewinn, sondern nur im günstigsten Fall Arbeitsgelegenheit gebracht hatte.

Nun tritt die Krise ein, Störungen im geschäftlichen Leben sind an der Tagesordnung und die Not und das Elend halten unter der Arbeiterbevölkerung ihren Einzug. Redner beleuchtet nun an der Hand von Zahlen die gegenwärtige Arbeitslosigkeit und deren Folgen für unser gesamtes Wirtschaftsleben und wirft die Frage auf: Was haben nun demgegenüber die Staatsregierungen und Gemeinden gethan? Nichts! Obgleich es für jeden Politiker schon Mitte des vorigen Jahres klar war, daß wir uns in einer absteigenden Konjunktur befinden, hat man sich doch erst vor kurzem entschlossen, „Erhebungen“ anzustellen, wie groß denn eigentlich die Arbeitslosigkeit sei.

Wie man aber in behördlichen Kreisen über Maßnahmen, die zur Linderung der Not zu treffen sind, denkt, dafür giebt das Verhalten des Dresdener Polizeipräsidenten ein klassisches Beispiel. Hier handelte es sich um Errichtung von Wärmestuben für die Arbeitslosen. Der Herr Polizeipräsident spricht sich dagegen aus, unter anderem mit der Motivierung, daß an dieser Stelle die Arbeiter randalieren könnten. Damit beweist die herrschende Klasse, daß sie nicht fähig ist, die Ursachen der Arbeitslosigkeit und die Mittel zur Abhilfe derselben zu begreifen.

Redner kommt dann auf die einzelnen Forderungen der Resolution zu sprechen und schließt mit den Worten: Wir wissen, daß wir die Not und das Elend nicht von heute auf morgen beseitigen können, unser Ziel: Anbahnung einer Gesellschaftsordnung, wo alle arbeiten, wo alle Brot haben und alle im Wohlstand leben können und werden, verlieren wir nicht aus dem Auge — dafür kämpfen wir weiter, wissend, daß Jahrelanger Kampf und Organisation dazu gehört, um diesen Idealzustand herbeizuführen. Aber wir haben in der Resolution Mittel und Wege angegeben, wie die Not, unter der das arbeitende Volk zu leiden hat, gelindert werden kann. Inzwischen aber werden

wie weiter organisieren zum Kampf für die Befreiung der arbeitenden Masse. (Langenhalten der Beifall.)

Am 1. Sonntag nach dem Berliner Gewerkschaftskongress, von einer Diskussion Abstand zu nehmen, und verlas hierauf die Resolution, die einstimmig angenommen wurde.

Die Versammlung im „Adloner Hof“ füllte den geräumigen Saal und die Gallerie bis auf den letzten Platz. Der Referent, Reichstags-Abgeordneter Stadthagen, führte den Anwesenden vor Augen, wie die bürgerliche Gesellschaft bisher noch immer so gut wie unthätig dem Rufen und Wüten der wirtschaftlichen Krise zugehört. Der Redner kritisierte dann die Luthätigkeit des Magistrats gegenüber der herrschenden Arbeitslosigkeit und ging in der schärfsten Weise mit der beliebten Verfügung des Eisenbahn-Ministers und der „Kaisersrede“ des Oberpräsidenten der Provinz Sachsen ins Gericht. Diese Ausführungen des Redners wurden von stürmischen Zustimmungskundgebungen der Versammelten wiederholt unterbrochen. Der Referent erläuterte dann des weiteren die Forderungen, die die Arbeiter zur Linderung der größten Not an Gemeinde, Staat und Reich zu stellen haben. Weiter ermahnte derselbe in ersten Worten die Anwesenden, in dieser hochsensiblen Zeit unerschütterlich an der Organisation festzuhalten, da der schwerste Kampf, auf politischen sowohl als auch auf gewerkschaftlichem Gebiet, den die Arbeiterchaft Deutschlands jemals zu führen gehabt hat, im nächsten Jahr zu führen sein wird, wo es sich darum handelt, wie den geplanten Anhang auf die Zeichen des deutschen Volkes abzuwehren. Die Resolution der Gewerkschaftskommission fand einstimmige Annahme, ebenso auch die nachstehende Resolution:

Die Arbeitslosen-Versammlung protestiert entschieden gegen die Verhaftung von Arbeiterpersonen bei der Post zur Bewältigung des Weihnachtsebes. Die Versammlung beauftragt die Berliner Gewerkschaftskommission, an zuständiger Stelle die nötigen Schritte zu thun, daß zur Bewältigung der Arbeiten Arbeitslose eingestellt werden.

Bei **Ballkinder** auf dem Gendarmenbrunn hatten sich wohl zu 800 Personen, meist Leute aus der Metallindustrie, eingefunden. Aber auch andre Berufe — Holzarbeiter, einzelne Frauen und Mädchen aus der Konfektion — waren da. Um 11 Uhr begann unser Genosse Glade sein gründlich durchgearbeitetes Referat. In anschaulicher Weise legte er Ursache und Wirkung der heutigen Krise und ihrer Begleiterscheinung, der Arbeitslosigkeit, auseinander.

Die Krise von heute ist ärger als ihre Vorgängerinnen. Und die Maßnahmen der Regierung gegen dieselbe? Die Eisenbahn-Verwaltung kennt nur das Mittel der Arbeiterentlassungen, da etwas weniger eingenommen worden ist. Weder Staatsbehörden noch lokale Magistrat halten es für nötig, sich mit den Vertretern der Arbeiter in Verbindung zu setzen, um gemeinsam zu beraten, was zu thun sei. Sie glauben nur den Unternehmern. Berlins Metallindustrie liefert das Gros der Arbeitslosen, andre Branchen sind entsprechend in Mitleidenschaft gezogen. 80 000 Arbeitslose als Gesamtzahl ist wohl eher zu niedrig, als zu hoch geglaubt allein für Berlin. In den deutschen Mittelstädten und Industriezentren das gleiche Elend. Die Stadt Berlin wartet vor Zugang von außerhalb, weiter einzuziehen hat sie bisher nicht für nötig erachtet. Eine Verschleppung der städtischen Arbeiten sei vorzunehmen, Neubauten für Arbeiterwohnungen, Schulen in eigener Regie etc. seien sofort in Angriff zu nehmen. Der Staat könne die industrielle Gefängnisarbeit einschränken oder beseitigen. Kanalbauern würden vielen das nötige Brot geben. Natürlich würden solche Maßnahmen das Elend nur mehr oder weniger mildern. Beseitigen kann es einzig und allein die sozialistische Gesellschaft. Mit aller Entschlossenheit und Ausdauer muß jeder Einzelne für die Erreichung dieses unsres Zieles eintreten.

Das Referat wurde von den Anwesenden mit stürmischen Beifall aufgenommen. Eine rege Diskussion knüpfte sich daran, die durchs der Würde der Versammlung entsprach. Die Genossen Kretz, Dannenberger, Mohrke, Küttner, Stange und Schulte folgten in derselben den Überbener des heutigen Elends angefaßt des nahenden Festes der Liebe und des Friedens manche blühende Worte.

Nach einem feierlichen Schlusswort des Vorsitzenden Ritter, das in ein Hoch auf die kassende Arbeiterbewegung ausklang, gingen die Versammelten in Ruhe auseinander.

Draußen auf der Straße waren nicht weniger als 6 berittene Schutzleute und zahlreiche Polizeimannschaften zu Fuß postiert, die in der Badstraße förmlich Spalier bildeten. Auch manchen dunklen Uhrmann glauben wir bemerkt zu haben.

In **Konzerthaus Sadowski** hatten sich ebenfalls, trotzdem daß auch in der nächsten Nähe, im Gewerkschaftshaus, eine Versammlung statifand, schon frühzeitig eine große Anzahl Arbeitsloser eingefunden. Das Referat hatte hier der Reichstags-Abgeordnete G. Wurm übernommen, der in ausgedehnter Rede, durch lebhafteste Zustimmungskundgebungen oftmals unterbrochen, die Ursachen der gegenwärtigen Krise mit ihren Begleiterscheinungen sowie die zur Abhilfe des Notstandes erforderlichen Maßnahmen eingehend erörterte. Der Redner führte unter anderem an, daß die ungeheure Arbeitslosigkeit, in deren Anfangsstadium wir uns erst befinden, nicht etwa durch einen Zufall entstanden, oder durch einige Verträge in den Banken verurteilt ist, sondern daß die heutige Krise lediglich die notwendige Folge der privatkapitalistischen Wirtschaftsordnung ist, für die nun wieder mal die Arbeiterchaft büßen muß. Vom Handelsminister Mosler ist ja gesagt worden, daß die verflochtenen Jahre Deutschland 1 1/2 Milliarden eingebracht hätten. Aber die Arbeiter, die alle diese Werte geschaffen, sie haben von den Kapitalisten nichts erübrigt. Sie haben die Werte für die Kapitalisten und nicht für sich geschaffen. Und wenn die Arbeiter wirklich teilweise in der guten Konjunktur durch schwere Kämpfe etwas errungen haben, so ist ihnen sofort wieder durch die Dausagrarier und infolge der Verteuerung der Lebensmittel das Errungene genommen worden. Wenn heute Not und Elend an die Thüren der werksfähigen Bevölkerung pochen, so sind daran auch wesentlich die Schurmaker im Centralverband der Industriellen, die Freunde des Grafen Sadowsh schuld, indem sie es mit den brutalsten Mitteln, durch Mordgeplänkel, Verurteilungen und durch ihren Einfluß in der Gesetzgebung verhindert haben, daß sich die Arbeiter auf organisatorischem, gesetzlichem Wege bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen erringen, um für die mageren Jahre etwas zur Lebensnotdurft zurücklegen zu können. Jetzt behauptet man, daß die Arbeitslosigkeit daraus resultiert, daß zu viel Produkte vorhanden sind, die nicht gebraucht werden, dabei giebt es Millionen und abermals Millionen Menschen, die sich nicht genügend nähren und kleiden können, die alle vorhandenen Waren notwendig gebrauchen, aber nicht beschaffen können, weil ihnen die Mittel dazu fehlen. Auf der einen Seite Ueberfluß an Waren und deshalb Einschränkung der Produktion, auf der anderen Seite der große Mangel an den notwendigsten Waren, das ist die widersprüchliche, unantastbare Ordnung der heutigen kapitalistischen Gesellschaft!

In der günstigen Konjunktur haben die Arbeiter nichts erübrigt können, aber um so mehr ihre Gesundheit zu Markte getragen. Die Arbeiter-Schutzvereine sind völlig unzureichend und zur Ueberwachung, daß sie auch ausgeführt werden, viel zu wenig Aufsichtsbereame vorhanden. Trotzdem die Schutzbestimmungen so minimale sind, werden sie von den Unternehmern doch nicht beachtet und dadurch kommt es, daß gerade in Zeiten der Prosperität die Arbeiterchaft mehr Opfer an Leben und Gesundheit bringen muß. Nicht nur weil zu diesen Zeiten die Zahl der Beschäftigten größer ist, sondern auch verhältnismäßig ist die Unfallgefahr größer und infolge der Ueberarbeit, der schrankenlosen Ausbeutung, wird die Gesundheit der Arbeiter rücksichtslos mißbraucht.

Der Redner verweist sodann auf die Belastung der Bevölkerung durch die famose Weltpolitik, durch den China-Krieg; er beleuchtet die Ungerechtigkeit des indirekten Steuersystems und kennzeichnet in vortheilhaftester Weise die jetzt beliebte Jollpolitik, durch die nicht nur

das Volk auf das schlimmste bewußert wird, sondern die auch zum großen Teil die große Arbeitslosigkeit verursacht hat. Das Ausland schließt unter diesen Bedingungen keine Verträge mehr mit Deutschland ab, die unbedingt notwendig sind, um Industrie und Handel zu beleben. Allerdings die Agrarier branden keine Verträge, sie würden bei dem jetzt auch vom Bundesrat angenommenen Zolltarif ein gutes Geschäft machen und können sich ihren verrottenen Raubritterheim wieder neu verordnen lassen. Eine weitere Folge der Annahme des Zolltarifs wird die sein, daß die Techniker, Chemiker und Ingenieure und selbst auch das deutsche Kapital nach dem Ausland gehen und von dort aus der deutschen Industrie die schlimmste Konkurrenz machen was natürlich nicht hindert, daß die Regierung angeblich zum Schutze der deutschen Nation, richtiger zum Schutze einiger burrapatriotischen Kapitalisten-Kriegsälteste auf Kosten des deutschen Volkes ansetzt und in allen möglichen Weltteilen herumfahret laßt.

Der Redner verwies weiter darauf, daß die Arbeitslosigkeit, die auch von bedeutenden industriellen Unternehmern auf 25 Proz. geschätzt wird, einen kolossalen Umfang annehmen muß, wenn erst alle alten Aufträge, soweit dieselben nicht mehr zurückgezogen werden konnten, in nächster Zeit erledigt sind. Er kritisierte im Anschluß daran das Verhalten der Behörden, die bisher wenig oder eigentlich gar nichts gethan haben, um der Not zu steuern, und erweiterte die Aufgaben, welche Staat und Gemeinden unbedingt erfüllen müßten: Nicht Almosen wollten die Arbeiter, sondern Arbeit, wodurch sie sich endlich ihr Brot verdienen können. Langenhalten der Beifall folgte den Ausführungen. Eine Diskussion wurde nicht beliebt und die Resolution einstimmig angenommen. So ruhig, wie die Männer der Arbeit gekommen, so ruhig verließen sie wieder den Saal. Draußen war eine zahlreiche Schutzmannschaft postiert.

Die Versammlung in **Kellers Festsaal** war überaus zahlreich besetzt, der große Saal war bis auf den letzten Stehplatz gefüllt, die Zugänge zum Etablissement polizeilich abgeperrt. Anher den vor dem Lokal patronisierenden Schutzleuten waren noch im Hintergrunde 6 Berittene postiert. Die wohl an 2000 Personen umfassende Menge der Arbeitslosen lauschte mit gespannter Aufmerksamkeit den treffenden Ausführungen des Reichstags-Abgeordneten Jubelt, der die Ursachen und das Anwachsen der Arbeitslosigkeit darlegte und in ergreifenden Worten auf das unermessliche Elend hinwies, das für Tausende und aber Tausende von Arbeitern die Arbeitslosigkeit mit sich bringt. Der Vortragende verneinte die Pflichtvergeßlichkeit der städtischen und staatlichen Behörden gegenüber diesen unheilvollen Zuständen auf das Schärfste und zeigte an vielen Beispielen, in welchen Maße der Not durch schleunige Inangriffnahme öffentlicher Arbeiten entgegen gewirkt werden könnte. Der Redner, der oft von lebhaften Zustimmungskundgebungen unterbrochen wurde, schloß mit der Mahnung an die Versammelten, sich nicht zu unbedachten Äußerungen oder Handlungen verleiten zu lassen, sondern in ruhiger und verständigster Weise an der gründlichen Befreiung der gegenwärtigen elenden Verhältnisse zu arbeiten. — Der Vortrag wurde mit draußendem Beifall aufgenommen. Die Annahme der Resolution erfolgte gegen eine Stimme. Von einer Diskussion wurde auf Antrag des Bureau Abstand genommen.

In einer imposanten Demonstration gestaltete sich die Versammlung der Arbeitslosen im **Gewerkschaftshaus**. Kopf an Kopf standen die Besucher im großen Saal und auf den Gallerien, um den Ausführungen des Genossen Richard Fischer zu folgen. In beredten Worten führte er den Anwesenden die Folgen des wirtschaftlichen Niedergangs vor Augen und zeigte an der Hand reichen Zahlenmaterials die rapide Zunahme der Arbeitslosigkeit. Mit beifolgender Ironie schaltete er die Unfähigkeit von Staat und Kommune, diese traurigen sozialen Zustände zu beseitigen. Die bekannte Erklärung des Berliner Polizeipräsidenten der Deputation der Straßenhändler gegenüber: „Wer in Berlin Arbeit finden wolle, der finde welche“, und „er sei doch nicht dazu da, die soziale Frage zu lösen; er habe nur den Verkehr frei zu halten“, die Ausführungen des Handelsministers Mosler auf einem Liebesmahle, daß auch einmal eine Periode der Not kommen müsse, die „erzwehlich“ wirkt, zeigten so recht, wessen man sich in sozialer Beziehung von diesen Herren zu versehen habe. Minister v. Thielen erzählt seit Jahren kolossale Ueberfälle, trotzdem herrschen skandalöse Mißstände in seinem Ressort. Der Ausbruch von Babushofen, der Geleise, der Mehrbedarf an rollendem Material würde Hunderten von Arbeitern Verdienst geben. Ein Lieblingswunsch des Kaisers, der Bau des Kanals, findet keine Verwirklichung in diesem Junkerministerium. Das Wohl des Volkes sollte diese Leute veranlassen, vor dem Parlament hinzutreten, um Geld zur Ausführung von Notstandarbeiten zu verlangen. Die Erbitterung des Volkes muß ja angesichts dieser wahrhaftigen Sparmaßnahme auf höchste steigen. Eine weitere Beeinträchtigung des Arbeitsmarktes und der Löhne erfolge durch die Gefängnisarbeit. Löhne von 30, 40 Pf. bis herauf zu einer ganzen Mark sind ein Drittel des Lohnes eines freien Arbeiters, dem die Arbeit entzogen wird, um dem Unternehmer die Löhne zu füllen. Auch die Stadt Berlin thut nicht das geringste, um dem Elend zu steuern. Die Schulen sind überfüllt, fliegende Massen an der Tagesordnung. Hier könnte man den vielen Arbeitslosen im Vaugeterbe Arbeitsgelegenheit bieten. Straßenregulierungen, der Bau von Krankenhäusern usw., kurz, eine Umwälzung von sozialen Pflichten, die der Hauptstadt harrten, könnten schon vorbildlich gehandelt. Die Bürgerchaft überläßt es in ihrer Zufriedenheit den Arbeitern, Protest gegen diese Politik in Staat und Kommune zu erheben. Wir werden, wir müssen dies auch thun. Seit Jahren bemüht sich die Sozialdemokratie um die Errichtung von Arbeitsämtern, welche die Arbeitsvermittlung herbeiführen, Arbeitsstatistiken für das Reich aufnehmen und weitere im Interesse der Arbeiter liegende Verhältnisse auszuführen haben, Nixen das geringste Verständnis für diese minimalen Forderungen des Proletariats. Da helfe nur ein Mittel: der Zusammenschluß aller Arbeiter zu einer immer größeren Organisation, welche unsre Segner schmächt und uns eine härtere Macht verleiht. (Lebhafter Bravo!) Die von der Gewerkschaftskommission gestellte Resolution fand einstimmige Annahme. Mit einem begeisterten Hoch auf die gewerkschaftliche Arbeiterbewegung und die Sozialdemokratie schloß Genosse Sassenbach die musterhaft verlaufene Versammlung.

In der Versammlung in der **Vollbräuererei** referierte der Genosse Cohen vor weit über 1000 Arbeitslosen, die den großen Saal der Bräuererei vollständig füllten. Das größte Kontingent der Besucher stellten hier die arbeitslosen Bauarbeiter und Metallarbeiter. Bis gegen 1/10 Uhr bot das Straßensbild nichts besonderes, bald aber trat eine Veränderung ein. In Trupps von zehn und mehr Personen strömten sie heran, neben den jüngeren Arbeitern auch viele ältere, grauhaarige Proletarier, die wohl viele Jahre schon im Dienste des Unternehmertums sich abgearbeitet und nun in der Zeit der Krise dem Elend der Straße überantwortet sind.

Das Bureau der Versammlung bildeten der Buchdrucker Massini, Tischler W. a. h., Metallarbeiter Duviaga. Der Referent betonte, daß, als vor Jahresfrist die Arbeiterpresse und die Arbeitervertreter in den staatlichen und städtischen Körperschaften auf die nahende Krise aufmerksam machten, unsere Segner und Einwandten, wir seien nur Unglücksbedenken und damit blühe der Reigen der Heger. Als dann das Vorhandensein der Krise nicht mehr abzusehen war, befanden sich die herrschenden Kreise gerade bei der Arbeit, ihren Anhang auf die Zeichen des arbeitenden Volkes zu beraten. Die Regierung glaubt genug gethan zu haben, wenn sie Erhebungen über die Arbeitslosigkeit anstellen läßt. Der „Vorwärts“ schrieb mit Recht: „Die angeordneten Erhebungen sind gänzlich unzuverlässig... es ist eine genaue Arbeitslosenstatistik notwendig.“

Wir Arbeiter müssen mit Recht misstrauisch sein, wenn wir uns die Art und Weise betrachten, wie die Regierung Erhebungen angestellt hat. Redner erinnert hierbei an das vertrauliche Schreiben des Oberpräsidenten von Sachsen, des Herrn v. Böttcher an die Regierungspräsidenten, Bergbauleute und Industriellen dieser Provinz. Der Regierungspräsident von Erfurt hat den jetzigen Zustand als Normalzustand bezeichnet (Stürmische Beifall), ein normaler Zustand soll es sein, wenn hier in Berlin 50 000 (Zunahme: 80 000) Arbeitslose zu verzeichnen sind. Die Teilnehmer an dieser Zusammenkunft haben ihr Kostendmaß eingenommen, die Arbeitslosen können weiter hungern. (Lebhafter Beifall.) Wir mit unsern schwachen Mitteln, die uns zu Gebote stehen, sind in dieser Beziehung zu Material gelangt, daß auch der schärfste Kritik standhält. Redner verweilt hier länger bei den in der Sonntag-Kammer des „Vorwärts“ veröffentlichten, von den Gewerkschaften und Krankenvereinen aufgenommenen statistischen Erhebungen und fährt dann fort: Auch der reaktionärste Minister müßte angesichts dessen zugeden, daß die Not und das Elend im kommenden Winter ungeheuer werden wird. Von privater Seite vorgenommene Erhebungen haben ergeben, daß die größte Not unter den Arbeitslosen anzutreffen war, die keiner gewerkschaftlichen Organisation angehört. Das s. B. vom Professor Schanz in Würzburg empfohlene Rezept gegen die Folgen der Arbeitslosigkeit — waren so lange Arbeit vorhanden ist — unterzog Redner der herben Kritik, bezeichnete dann die bis jetzt von den einzelnen städtischen und staatlichen Behörden angewandten Mittel zur Abhilfe als gänzlich unzureichend und empfahl zum Schluß unter stürmischen Beifall der Versammelten die einstimmige Annahme der mitgetheilten Resolution.

Die zweite Rednerin, Fel. J. m. l. e., wies zunächst die Frage auf: Weshalb kommen die Arbeitslosen zusammen? Jedenfalls nicht nur um zu protestieren. Es ist notwendig, die sozialreformerische Länderei der Regierung mit dem Gähne der Arbeiterausfühlen zu durchdringen. Wir dürfen uns nicht auf den Standpunkt absoluten Verwerfens stellen, vielmehr kann ernste, politische That im Laufe der Zeit wirkliche Befreiung bringen. Aber schwerer noch ist die Arbeit der gewerkschaftlichen Selbsthilfe. So einfach ist diese Thätigkeit nicht.

Drei Fragen sind es, die den Gewerkschaften, wollen diese die Krisen, ohne Schäden zu leiden, überleben, in Zukunft der Lösung wert erscheinen müssen: 1. Durchführung der Arbeitslosen-Unterstützung; 2. Sicherung tariflich festgelegter Arbeitsbedingungen; 3. Einführung paritätischer Arbeitsnachweise. Wir werden dadurch natürlich nicht mit einem Male diese ganze Gesellschaft umstürzen, wir werden aber dabei auch nicht einfließen, sondern erwachen zu wirklicher Thätigkeit. Wir wollen uns treiben lassen von der Entwidlung, langsam und stetig, aber unablässig vorwärts. (Stürmischer Beifall.)

Nachdem noch der Vorsitzende Massini in kernigen Worten die Annahme der Resolution empfohlen hatte, die das Mindeste darstellte, was wir Arbeiter vom Staate zu fordern haben, erfolgte die einstimmige Annahme derselben. Mit einem begeisterten aufgenommenen Hoch auf die gewerkschaftliche und politische Organisation ging die Versammlung ruhig und würdevoll auseinander.

Politische Ueberblick.

Berlin, den 18. November.

Der Brotmangel.

Die „Kreuz-Zeitung“ verheißt sich nicht, daß die Zustimmung des Bundesrats zum Zuckerzoll noch nicht den endgültigen Triumph der Agrarier bedeutet; das sei nur eine „erste Etappe“ des handelspolitischen Krieges, sagt sie, „ein sehr schwerer, wenn nicht der schwerste Teil des Kampfes steht noch bevor“. Dieser schwerere Teil des Kampfes wird im Reichstage ausgesprochen werden und die „Kreuz-Zeitung“ bemerkt mit nicht geringem Erschrecken, daß die offene wie die verdeckte Obstruktion sogar in einem Teil der konservativen Presse erschällige Zustimmung findet. Darum richtet denn das führende Blatt der Volkshungerung einen eindringlichen Appell an die Reichstagsmitglieder der Zuckerpartei:

„Je länger es (im Reichstage) dauert, desto schwieriger wird es werden. Zunächst wird man sich über die geschäftliche Behandlung des Entwurfs einigen müssen. Hierbei werden vermutlich die Gegner die ersten Schwierigkeiten aufwerfen. Schon spotten sie über die „papierene Mehrheit der Agrarier“ und setzen auf ernsthafteste Perwürnisse der Tariffreunde ihre Hoffnung. Auch diese Hoffnung aber wird enttäuscht werden. Wie der Verlauf verläuft, in den letzten Tagen stattgehabter konservativer Versammlungen bewiesen hat, ist besonders die konservative Partei in dem Bestreben, im Reichstage einen Ausgleich herbeizuführen, einig. Das gleiche gilt offenbar von der Zentrumspartei. **Es kommt jetzt vor allem darauf an, daß die Reichstags-Abgeordneten, die das Zustandekommen der Vorlage wollen, gleichen Eifer und das gleiche Ausdauer bekunden, wie die Parteimitglieder voranstreben.** Die noch obwaltenden Meinungsverschiedenheiten werden, dieser Ueberzeugung ist auch die „Münchener Volkszeitung“, auszugleichend sein; allein im letzten Grunde hängt das Schicksal der Vorlage davon ab, **daß deren Freunde pünktlich und regelmäßig bis auf den letzten Mann im Reichstage sind.** ... Wir hoffen, daß die konservativen Abgeordneten sich der großen Verantwortung, da sie nicht nur ihren Wählern, sondern dem ganzen Vaterlande gegenüber frei und willig sich aufstellen haben, völlig bewußt sind und bei dem bevorstehenden wichtigen Sessionsabschnitt demjenigen Eifer und derjenigen Ausdauer zeigen werden, welche die unerlässliche Voraussetzung für das Zustandekommen der Zolltarifreform bilden.“

Es muß gelinde Verwunderung erregen, daß die „Kreuz-Zeitung“ solch angstvolles Ernähnen und Antreiben als nötig erachtet. Bei der entsetzlichen Not, unter der die Junker zusammenbrechen müßten, so sollte man glauben, die konservativen Herren sich ungestört zur Stätte der Gesetzgebung drängen, um dort ihre und ihrer Mitleidenden Interessen zu wahren, mindestens wohl ebenso ungestört wie die Sozialdemokraten, die ohne Ermunterung zur Stelle sind, um die Interessen von Arbeitern zu vertreten, denen es so vortrefflich ergeht, daß es unbegreiflich ist, warum sie überhaupt noch Abgeordnete in das Parlament senden. Denn wie entsetzlich schwer die Junkernot ist, das erzählt uns soeben dieselbe „Kreuz-Zeitung“, indem sie zu einer Rede des Herrn v. Löbbeck auf der Zusammenkunft der Brandenburger Konservativen ausführt:

„Abg. v. Löbbeck sagte aber noch mehr — und gerade das verdient hier besonders hervorgehoben zu werden —, indem er die Hoffnung aussprach, daß die Zeit kommen werde, wo der wirtschaftliche Kampf von der Tagesordnung verschwinde, die Landwirtschaft sich eines ausreichenden Schutzes erfreue und die Konservativen so in Stand gesetzt würden, wieder ihre höheren unverfügbaren Ziele zu verfolgen, die im Kampfe für die kirchliche Religion, für Monarchie und Vaterland wurzeln. Das und die weiteren Ausführungen des Redners über den Gegenstand ist uns aus der Seele gesprochen; denn bei dem Ringen der Gegenwart um materielle Güter empfinden wir die Wahrheit des Wortes nur zu tief und schmerzlich, daß der Mensch nicht vom Brot allein zu leben vermag. **Allerdings aber muß er Brot haben, um zu leben, und das giebt dem anscheinend rein ansehnlichen Ringen dieser Tage keine höhere Beiehe.** Soweit sich dieses Ringen nicht auf das Ueberflüssige erstreckt.“

So ist es klar: der Junker ist der Idealist, dem der Kampf um das Materielle ein Absehn gilt, der am liebsten sein ganzes Dasein im Wirken für die Ideale der christlichen Religion, der Monarchie, des Vaterlandes vergehen würde. Aber ach, dem bejammerwürdigsten Idealisten fehlt das tägliche Brot, das seinen ausgehungerten Leib not-

düftig zu erhalten vermag. Und es giebt wahrlich Parteien im deutschen Vaterlande so voll Riedeltracht, daß sie dem Verunglückten nicht den Bissen trocknen Brotes reichen wollen. Die verabscheuenswerten Volkswaffen werden den armen Jüngern das tägliche Brot. Doch der Jostarif wird diesen schmählichen Ungerechtigkeiten ein Ende bereiten, er wird ein Ende bereiten der Auswanderung der hungernden Landwirte, und die goldene Zeit wird herbeikommen, wo auch der ärmste aller armen Jünger wenigstens annähernd ein auskömmliches Dasein führen darf und mit halb gestügtem Leib das Ideal christlicher Bescheidenheit und Nächstenliebe den unbotmäßig Prossenden verleiht, die sich herrscherlich Arbeitende nennen, während sie in lauthalsigen Orgeln schwelgen. —

Die Socialpolitik der französischen Regierung.

Paris, 16. November. (Sta. Ver.) Das Schutzzollgesetz für die Eisenbahnen, über dessen Geschichte ich kürzlich geschrieben, ist nun von der Deputiertenkammer votiert worden, und zwar in der Fassung des alten, Ende 1897 von ihr bereits votierten Entwurfes, der diesmal als Gegenentwurf zu demjenigen der Kommission zur Verhandlung kam. Die Hauptbestimmungen der Reform sind: der Zehntendenzug, ununterbrochene Ruhe von mindestens zehn Stunden zwischen zwei Arbeitsperioden und einige andre Bestimmungen zur wirksamen Sicherstellung des Zehntendenzuges; ferner die Einführung der proportionalen Alterspension, damit die Pensionbeiträge der von den Gesellschaften vor dem pensionberechtigten Alter entlassenen Arbeiter nicht verloren gehen.

Sind aber die Eisenbahner jetzt ihrer Sache sicher? Mit nichten! Was nach dem Kammervotum von 1897 geschah, wird jetzt desto sicherer eintreten, als die gegenwärtige Regierung den traurigen „Mut“ hatte, die Reform in der Kammer zu bekämpfen. Namens der Regierung sprach diesmal nicht der Arbeitsminister Raudin, der die Reform im Senat bekämpft hatte und in dessen Ressort der Gegenstand gehört, sondern der Finanzminister Caillaux. Er malte das Defizit an die Wand, das durch die Reform weiter anschwellen würde. Die Eisenbahngesellschaften behaupten nämlich, daß die Reform für sie eine Mehrausgabe von über 60 Millionen zur Folge haben würde, was dann infolge des vom Staate den Bahnlöhnen garantierten Dividendenminimums eben der Staatskasse zur Last fallen würde. Die Angaben der Bahngesellschaften aber sind für den Finanzminister der Inbegriff der Wahrheit. Der Urheber des votierten Entwurfes, Vertheux, vermahnt demgegenüber, daß die von den Gesellschaften angegebene Mehrausgabe fast das Doppelte ihrer bisherigen bezügl. Ausgaben beträgt. Das allein beweist schon das Schwundhafte ihrer Angaben.

Die Reform wurde diesmal nicht, wie 1897 unter dem Kabinett Méline, nahezu einstimmig, sondern nur mit 327 gegen 200 Stimmen votiert. Dies war die Folge des „wahrhaften Mutes“, ob dessen der Finanzminister vom melinistischen Blatt „Journal des Débats“ belobigt wird. Eine weitere Folge der arbeitserfindlichen Haltung der Regierung wird sein die sichere Ablehnung der Reform durch den Senat.

Die Kammer hat zwar ausdrücklich (mit 314 gegen 31 Stimmen) die Regierung eingeladen, den votierten Gegenentwurf in kürzester Frist vor dem Senat zu verteidigen. Aber die Regierung wird dieser „Einladung“ keine Folge leisten. Sie kann sich ja unmöglich selber Lögen strafen, ihre eigenen Argumente gegen die Reform vor dem Senat widerlegen. Die etwas ungewöhnliche „Einladung“ hätte von der Regierung eigentlich abgelehnt werden sollen, aber sie zog es vor, zu — schweigen. Waldeck-Rousseau hatte sogar vorfristig den Sitzungssaal vor dem heiligen Botum verlassen. Zu demartigen Mitteln greift bereits die alternde Regierung, um ihre in jeder Beziehung unwarhaftig gewordene Existenz zu verlängern! —

Deutsches Reich.

Die christlichen Arbeiter und der unchristliche Brotwucher.

Der Wirtwar, den die Zollfrage in die Reihen der Centrumsarbeiter getrieben hat, wird stets verheerender. Während bisher nur in einzelnen Versammlungen der christlichen Gewerkschaften für und wider den Getreidezoll Stellung genommen wurde, wird jetzt ein Flugblatt, welches in der Kronenbergschen Buchdruckerei in Düsseldorf hergestellt ist, herausgegeben, das sehr ruhig gehalten sich doch fastlich scharf gegen die Diktatur des Brotwucher-Centrums wendet.

In diesem Flugblatt wird angeführt:

„Alle Bevölkerungsklassen Deutschlands werden durch den Abschluß der Handelsverträge bis ins Innerste aufgeregt. Bereits seit Jahresfrist dauert der Kampf. Er wird noch über Jahre und Tag das gesamte öffentliche Leben beherrschen. In diesem Winter wird der Zolltarif-Entwurf im Reichstag beraten. Im nächsten Winter werden die Handelsverträge dem Reichstag vorgelegt werden, falls es überhaupt der Regierung gelingt, auf Grund des bekannt gewordenen und durchberathenen Tarifs mit dem Ausland zu günstigen Verhandlungen zu gelangen. Vor dieser wichtigen Angelegenheit verschwinden die andern öffentlichen Interessen ziemlich vollständig. Es ist nicht anzunehmen, daß außer diesen Beratungen im laufenden Winter noch irgend eine größere socialpolitische Aktion zur Durchführung gelangt, denn die Tarifberatungen werden fast alle Sitzungen verdrängen.“

Da ist es erklärlich, wenn alle möglichen Wirtschaftsgruppen und Vereinigungen in Deutschland zu den Handelsverträgen und Zollfragen Stellung genommen haben. Denn auf 12 Jahre werden die neuen Handelsverträge dem Wirtschaftsleben seinen Charakter verleihen. Sollten die Verträge nicht zu Stande kommen, so wird ein Zollkrieg auf dem Gebiete der Industrie fast ebenso verheerend wirken wie ein Krieg mit den Waffen. Nur wer sich äußert, wer sich Gehör zu verschaffen sucht, wird zu seinen Gunsten die Verträge beeinflussen. Wer die Hände in den Schoß legt, hat die fürchterliche Verantwortung zu tragen, daß, wenn die wirtschaftlichen Verhältnisse sich verschlechtern, er selbst daran schuld ist, er selbst als Sänder sich anklagen muß.“

Weiter wendet sich das Flugblatt gegen die Zustimmung der Centrumsführerschaft, daß Handelsverträge und Zollpolitik als politische Fragen nicht in den Gewerkschaften zu erörtern seien. Es widerlegt diesen Einwand und sagt klar und treffend:

Die politischen Parteien haben aus Partei-Interesse zu ihr Stellung genommen, weil sie z. B. eine Stärkung des Wohlstandes durch hohe Agrarzölle für notwendig oder verderblich halten. Doch diese Fragen haben noch eine viel wichtigere wirtschaftliche Seite, deshalb haben fast alle wirtschaftlichen Interessenten-Vereinigungen, welche Mitglieder verschiedener politischer Parteien umschließen, ihre Stimme erschallen lassen, wie die Spinner und die Weber, die Eisenmänner und die Papierleute, die Chemiker und die Möbelfabrikanten und wie sie alle heißen mögen. Die Handelskammern sollen sich vollständig von politischer Agitation fernhalten und doch hat jede über den Zolltarif beraten. Selbst die Stadtvertretungen, welche Konsumenten und Produzenten in gleicher Weise umschließen und vielfach genau entgegengelegte Interessen vereinigen, haben in den allermeisten Fällen ihr Votum abgegeben.

Die christlichen Gewerkschaften haben an Zolltarif das allergrößte Interesse. Die öffentlichen Angelegenheiten werden zur Zeit vollständig beherrscht von den Fragen über Handelspolitik, Freihandel oder Schutzzoll, Ausfuhr und Einfuhr, Abhängigkeit der deutschen Industrie vom Auslande und umgekehrt, Industrieschaft und Agrarstaat. Darüber muß ein aufgeklärter christlicher Arbeiter genau unterrichtet sein. Der christliche Arbeiter hat ein Interesse

darin, zu wissen, ob für seine Industrie ein Schutzzoll notwendig ist oder ob sie ohne Schutzzoll gedeihen kann. Er muß erfahren, ob die Schutzzölle die Ringbildung einer Industrie begünstigen und ob somit etwa durch die Schutzzölle die Gefahr festgeschlossener Ringe und Kartelle gegen die Organisationsfreiheit der Arbeiter entsteht. Der christliche Arbeiter muß hören, was das Ausland hat, wenn wir ihm durch Schutzzölle die Einfuhr erschweren, wenn z. B. Rußland kein billiges Holz oder Getreide mehr bei uns einführen kann, daß dessen Gegenmaßregeln sicher unsere Industrie schädigen. Vor allem aber ist der christliche Arbeiter Konsument. Hohe Agrarzölle verteuern die Lebensmittel. Allein die Getreidezölle des Tarifentwurfes verteuern den Arbeiterlohn um sechs Gliedern um mehr als 20 M., die von den Agrariern geforderten um fast 50 M. jährlich. Die sonst geforderten Zölle auf Vieh, Fleisch, Vutter, Eier, Käse, Gemüse, Obst werden den Haushalt zahlreicher Arbeiterfamilien gar um 60—100 M. belasten. Der christliche Arbeiter muß ferner wissen, daß eine Verteuerung der Lebensmittel nicht weit gemacht werden kann durch höhere Löhne. Diese lassen sich auch durch die stärksten Organisationen nur im wirtschaftlichen Aufschwung erreichen. Bei der jetzigen Krise sind nicht einmal die bisherigen Löhne aufrecht erhalten worden, und eine unangünstige Handelspolitik würde die Krise natürlich noch verlängern und vertiefen.“

Dieses Flugblatt ist in Tausenden von Exemplaren an die Filialvorstände der christlichen Gewerkschaften gesandt worden, und so werden diejenigen christlichen Arbeiter, welche der ganzen Frage bis jetzt ziemlich teilnahmslos gegenübergestanden haben, aufmerksam gemacht.

Die Erregung ist jetzt so groß, daß der Ausschuss des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften Deutschlands dieser Tage zusammentritt, um eine für sämtliche geschlossenen Verbände maßgebende Stellung zu präzisieren.

Daß auf dieser Tagung die Centrumsleute obliegen und die wichtigste Arbeiterfrage für eine Frage, die christliche Arbeiter nichts angeht, erklärt werden wird, ist sicher. Aber innerhalb der einzelnen Verbände gärt es fort und die Geister werden sich nicht auf die Dauer in den Fesseln der Centrumsbeherrschung festhalten lassen. —

Der Zweikampf in Justerburg

Ist am Montag vor dem Kriegsgesicht in Justerburg verhandelt worden. Lieutenant Hildebrandt wurde zu zwei Jahren, Oberleutnant Grobdeck als Kartellträger zu 5 Tagen Festung verurteilt. Den Antrag des Verteidigers, ein Gnadengesuch an den Kaiser zu richten, lehnte das Gericht ab.

Nach Verlesung des Eröffnungsbeschlusses erkannte das Gericht auf Ausschluß der Öffentlichkeit. Doch durften die Vertreter der Presse im Saale bleiben, wobei ihnen zur Pflicht gemacht wurde, über die Art der Thätlichkeiten und Verleumdungen zu schweigen.

Der Angeklagte, Lieutenant Hildebrandt, erklärte bei seiner Vernehmung nach dem Bericht eines Lokalblattes:

„Er habe, mit fünf Kameraden aus der Artilleriefasene kommend, früh 4 Uhr in einer Thätigkeit Hader und Schandend einen Offizier getroffen, den wir anfänglich für einen eingeschlossenen Nachzügler hielten“. Wir machten Biß, erkannten aber Blaslowitz und beschloßen, ihn nach Hause zu bringen. Ansmussen gab die Junggelehrtenwohnung des Blaslowitz an; dieser war anfänglich äußerst schwer zu behandeln. Er war mehr schlaftrunken als betrunken, ermunterte sich bald, konnte in der Nacht der Post schon wieder allein gehen, suchte sich hier seiner Begleitung zu entziehen, wurde aber zurückgehalten und nach der Albrechtstr. 5 gebracht, und zwar von Oberleutnant Hildebrandt, Spießführer und Lieutenant Rahmussen. Dort kam es zu Thätlichkeiten im Hausflur, jedenfalls sei Blaslowitz nicht unzurechnungsfähig gewesen. Hildebrandt habe auf die Thätlichkeiten nicht reagiert. Sie verließen das Haus, nachdem Lieutenant Spießführer vergeblich zu ermitteln gesucht, ob dort ein anderer Infanterist wohne. Sie beobachteten die Handhabe von der gegenüberliegenden Straßenseite, bis Lieutenant Schmidt vom Infanterie-Regiment 147 zufällig hinzulam. Diesen laubten sie zu Blaslowitz, nachdem sie ihre Rüstbarkeit durch Schmidt hatten feststellen lassen. Die Artillerie-Lieutenants gingen sodann in Hildebrandts Wohnung, dort schrieben sie die Vorgänge nieder und gaben das Protokoll an den Ehrenrat weiter. Dieser erklärte, er könne einen Ausgleich nicht vorschlagen. Tags darauf erging die Mitteilung an den Ehrenrat von der beabsichtigten Forderung. Die ursprüngliche Forderung lautete bis zur Kampfunfähigkeit, wurde aber durch die Verhandlungen gemildert, erst auf dreimaligen, dann einmaligen Angelwechsel. Ich wollte, erklärte Oberleutnant Hildebrandt, Blaslowitz nur kampfunfähig machen, nicht töten. Habe mich ebenso wie Rahmussen auf dem Kampfplatz mit dem Gegner verfehlt.“

Diese Darstellung ändert nicht im geringsten die Verantwortlichkeit des ganzen Vorgangs und die schwerste Mitschuld des sogenannten Ehrenrats. Indem dieser erklärte, einen Ausgleich nicht vorschlagen zu können, wurde er zum Miturheber der Ungeheuerlichkeit. —

Die Anti-Chamberlain-Bewegung. Die Regierung hat keine Freude an dem anti-englischen Gelärm der Studenten und Kriegervereiner. Anscheinend kommt ihre Auffassung zu der Gelegenheit in einer Bemerkung der „Post“ zum Ausdruck; diese sagt:

„Es liegt auf der Hand, daß die Reichsregierung keine Veranlassung hat, im Anschluß an die Auslassungen unverantwortlicher Volksversammlungen über die bekannte Chamberlainische Anklage, zu dieser Stellung zu nehmen, um so weniger, als es sich um eine private Meinungsäußerung des englischen Staatsmannes handelt. Sollte dagegen im Reichstage ein Vertreter des deutschen Volkes den Fall ansprechen, so würde die Sache eine ganz andre Gestalt gewinnen; dann dürfte auch die Regierung Gelegenheit finden, in entsprechender Weise sich über den Vorfall zu äußern.“ —

„Konfubinarier“ keine Beleidigung. Man erinnert sich noch des standeslosen Düsseldorfers Bouffaltes, wo ein Arbeiter, der seine im dortigen Krankenhaus St. Josephs todkrank daniebeliegende Frau besuchen wollte, auf die Anordnung des Kaplans Schwippert nicht zu seiner Frau gelassen wurde, weil er mit seiner Frau, der er standesamtlich aber nicht kirchlich angeheiratet war, nur im Konkubinats lebte. Die Frau starb, ohne ihren Mann noch einmal gesehen zu haben!

Dieser empörende Vorfall war seiner Zeit im „Düsseldorfer Volksblatt“ mitgeteilt worden, worauf sich der natürlich nicht gerade schmeichelt erwehnte Kaplan Schwippert veranlaßt sah, dem Blatte eine Erklärung zuzuschicken, worin er auf Grund kirchlicher Vorschriften sein Verhalten „Konfubinariern“ gegenüber zu rechtfertigen versuchte.

Der schwer getroffene und beleidigte Galte strengte — nachdem die Düsseldorf'sche Staatsanwaltschaft es abgelehnt hatte, Anklage gegen den menschenfeindlichen Kaplan zu erheben, — eine Privatbeleidigungsklage gegen den intoleranten Fanatiker an. Diese Klage ist nunmehr in der Motivierung abgewiesen worden, daß der Kaplan den Ausdruck Konfubinarier nur im kirchlichen Sinne gebraucht habe, ohne die bürgerliche Ehe des Klägers beleidigend herabzusetzen zu wollen!

Der Herr Kaplan kann also auch fürderhin Eheleute als Konfubinarier bezeichnen und den Verkehr zwischen Ehegatten inhibieren, selbst wenn die mit dem Tode ringende Frau nach ihrem Namen verlangt. Das letztere, die Tolerierung eines Konkubinats, in dem Sterbende feilisch derart mißhandelt werden dürfen, ist entschieden noch empörender, als die Straflosigkeit der kirchlichen „Titulaturen“, denen Kranke und deren Angehörige ausgesetzt sind. —

Zu den Kommunalwahlen in Barmen wird uns geschrieben:

Wie schon kurz berichtet, hat unsre Partei bei der Stadtratswahl einen großen Erfolg errungen. Man ermahnt erst die Bedeutung unsres Erfolges, wenn man die großen Schwierigkeiten bedenkt. Das Wahlrecht ist sehr beschränkt, weil es von einem Census abhängig ist. Ein steuerpflichtiges Einkommen von über 900 M. und damit Zahlung der Staats-Einkommensteuer ist die Grundbedingung. Da nun aber Arbeiter, die mehr als vier Kinder haben, von dieser Steuer entbunden sind, so scheiden diese von vornherein aus. Hierzu kommt dann noch die strenge Auslegung des Begriffs „selbständiger Haushalt“. Alle unverheirateten Leute, die sonst alle Bedingungen des Wahlrechts erfüllen, sind ausgeschlossen, wenn sie nicht selbständig über eine eigene Wohnung verfügen. Koff- und Logisgänger zählen zu den unselbständigen Personen. Daher kommt es, daß in der dritten Wählerabteilung bei einer Einwohnerzahl von ca. 140 000 nur 16 000 wahlberechtigt zur Stadtratswahl sind und die Arbeiter von vornherein die Minderheit bilden.

Aber trotz dieser ungünstigen Situation haben unsre Genossen vor acht Jahren den Kampf bei der Stadtratswahl aufgenommen. Damals erhielten wir 231 Stimmen; zwei Jahre darauf 265 Stimmen und bei der nächsten Wahl schon 1300. Zum erstenmal gelangten zwei unsrer Kandidaten in die Stichwahl, in der sie mit 1800 Stimmen unterlagen. Bei der nächsten Wahl stiegen unsre Stimmen auf 2080 und alle 5 Kandidaten kamen mit dem freisinnig-ultramontanen Kartell zur Stichwahl, in der wir aber mit 2500 Stimmen wieder unterlagen.

Diesmal erhielten wir 3235 Stimmen, und stehen somit weit aus an der Spitze aller Parteien. Die uns zunächst stehenden Konserverativen, die den Wahlkampf zu einem Religionskampf gemacht, indem sie das „Evangelische“ als Parole ausgaben, blieben um 800 Stimmen hinter unsren Kandidaten zurück. Der Freisinn, der bisher im Umde mit dem Centrum die 3. Abteilung beherrschte, wurde vollständig aufgegeben, er erreichte noch nicht die Hälfte unsrer Stimmenzahl.

So ist begründete Aussicht vorhanden, daß dieses Mal in der Stichwahl, bei der wir selbstverständlich auf uns allein angewiesen sind, unsre Kandidaten siegen werden und damit die Geburtsstadt von Friedrich Engels die erste rheinische Großstadt sein wird, in der die Socialdemokraten ihren Einzug in das Stadtparlament halten.

Der Kotan der Bremer Kriegervereine.

Als seiner Zeit der General z. D. von Spitz, der Oberste der deutschen Kriegervereine, in seiner Düsseldorf'schen Rede das famose Bremer Laßden „Attentat“ zur plumpen Schornmacherei verwertete, haben sich ganz gegen sonstige Kriegervereinliche Subordination, die Kriegervereine Bremens in entzweitem Lokalpatriotismus veranlaßt, in einer Resolution gegen den Schornmacherversuch des Herrn von Spitz zu protestieren. Diese grobe Unbotmäßigkeit erregte, obwohl nur unterthanentremem Lokalpatriotismus und keineswegs unfeindlicher Tendenz entspringend, die lebhafteste Mißbilligung nicht nur des Herrn von Spitz, sondern auch der übrigen Kriegervereine, deren Lokalpatriotismus ja durch Spitzens Rede nicht gekränkt worden war. Als die Bremer Kriegervereine sich solchermäßen isoliert sahen, wurde ihnen, oder wenigstens ihnen in erster Linie verantwortlichen Vorständen, schwülz zu Mute und sie trachteten danach, ihre Disciplinwidrigkeit wieder vergessen zu machen.

Von Berlin aus wurde ihnen denn auch hierzu eine Weisung gebaut in Gestalt einer Abbitte, die sie Herrn v. Spitz leisten sollten. Diese Abbitte muß aber den Vorständen nicht gefallen haben, denn sie wurde nicht acceptiert. Kotan mußte nun aber doch einmal gemacht werden, deshalb fabrizierten die Vorstände eigenhändig ein Sühneschreiben, das sie, mit einer ausführlichen Begründung versehen, an Herrn Spitz abhandten. In der Eile hatten es die nach Entfaltung brennenden Herren Vorstandsmitglieder jedoch, wie die „Parole“, das offizielle Blatt der Kriegervereine, mittelt, ganz vergessen, den Mitgliedern den Wortlaut des Sühneschreibens mitzutheilen, so daß den Herren nunmehr von diesen aus nach gestiegen werden soll. Na, vielleicht wird sich der Konflikt noch dadurch beilegen lassen, daß die Herren Vorstandsmitglieder nach beräthlichem Muster im Indemnität nachsuchen. —

Englische Anklagen gegen die ostasiatische Besatzungsbrigade. Die „Times“ bringen in einem Telegramm aus Shanghai schwere Anschuldigungen gegen die deutschen Soldaten in China. Danach habe dort in letzter Zeit das ordnungswidrige Verhalten von deutschen Soldaten erhebliche Störungen erregt. Fälle von Angriffen auf die Polizei und auf andere seien häufig und ernst geworden. Die Offiziere hätten ihr möglichstes, Ordnung zu wahren, doch die Soldaten zeigten Mangel an Disciplin.

Die deutsche Regierung wird nicht umhin können, gründliche Nachforschungen über die Berechtigung oder Nichtberechtigung dieser Anklagen anzustellen.

Ein Soldatenerzieher. Eine abscheuliche Soldatenmißhandlung beschaffte (das Kriegsgericht in Dresden. Angeklagt war der Unteroffizier der Reserve Göpfert, zuletzt bei der 1. Batterie des 48. Feldartillerie-Regiments eingestellt. Er ist beschuldigt, in der Zeit von Weihnachten 1900 bis September 1901 den in seinem Veritt befindlichen Kanonier Geisler II fast täglich mißhandelt zu haben. Abgesehen von vielfachen Schlägen und Prüffeln verletzete er ihn in mindestens zehn Fällen Schläge mit der Säbelscheide gegen die Arie und mit einer Kohlenstange und dem gerollten Mantel über den Kopf. Zu einem andren Male drückte er den Geisler mit dem Kopf zu Boden, ranfte ihn an den Haaren und schlug ihn mit der Reitpeitsche über das Gesicht. Noch schlimmer spielte er dem Geisler am Morgen des 15. September mit, als dieser gegen vier Uhr nachts ohne Nachzeichen einpaffierte. Der Unteroffizier suchte ihn im zweiten Stock auf, schlug ihn mit der Reitpeitsche über das Gesicht und Beine und jagte ihn unter fortgezogenen Schlägen die Treppe hinunter über den Hof. Ähnliche Szenen spielten sich häufig ab und die Offiziere regneten nur so.

Der Gerichtshof erkannte gegen Göpfert wegen Mißhandlung eines Untergebenen lediglich auf eine Strafe von drei Monaten Gefängnis.

Ein Urteil.

Uns liegt die Ausfertigung eines Urteils der Strafkammer des Landgerichts zu Frankfurt a. O. vor (vom 23. September 1901); darin heißt es:

Der Angeklagte ist also schuldig... den Kaiser, seinen Landesherren, beleidigt zu haben; Vergehen, strafbar nach § 95 des Strafgesetzbuchs. Denn es enthält die bewachte Herabsetzung der Ehre des Kaisers, wenn es der Angeklagte als ein Verächtlicher darstellte, daß der Kaiser die Sendung von Truppen nach China befohlen hatte.“

Eine seltsame Mischung von Logik und Empfinden. Man könnte zunächst denken, es mache nichts aus, daß der Angeklagte (und Verurteilte) von einem Verächtlichen gesprochen habe; hat er doch nichts objektiv Unwahres gesagt. Das Gericht unterstellt selbst als wahr, daß der Kaiser die Truppenentsendungen nach China befohlen hat. Das ist richtig und er hat damit durchaus im Rahmen seiner Befugnisse gehandelt. Man kann sich ja auch vorstellen, daß jemand von einem „Verächtlichen“ des Kaisers sprechen kann bei einer — ebenfalls zulässigen — Handlung, durch die einem Menschen Ehre gethan wird; z. B. eine Reguabildung von schwererer zu leichterer Strafe. Ja, es ist nicht undenkbar, daß es jemand als ein Verächtlicher des Kaisers darstellt, daß er den von einer Kirche veranlaßt hat.

Würden auch dies die Richter als eine Herabsetzung der Ehre des Kaisers bezeichnen?

Man kann allerdings weiter sagen, der Angeklagte hat damit den Chinasug als eine tabulswerte Handlung kennzeichnen wollen. Es giebt aber auch fanatische Leute, die das Kirchenbann als tabulswert betrachten. Die Richter in Frankfurt gehören gewiß nicht dazu und wie sind überzeugt, daß sie keine Herabsetzung des

Kaisers darin erblicken, wenn ihn jemand des Kirchenbauens „beschuldigt“.

Es muß also wohl daran liegen, daß die Richter selbst von der Vobeswürdigkeit des Chinafeldzuges nicht überzeugt waren.

Das muß den Beurteilenden einermöglichen trösten, wenn es auch sicher ein schwacher Trost ist, daß von einer Auffassung der Dinge auch zu der Auffassung der ihn beurteilenden Richter eine Brücke führt.

Ein neuer besetzter Platz am Oberrhein? Aus Baden schreibt man uns: Auf neue Ausgaben für militärische Zwecke in ganz bedeutendem Umfang könnte man sich gefast machen, wenn sich eine Nachricht befähigen sollte, mit der dieser Tage die national-liberale „Badische Landeszeitung“ die Öffentlichkeit überlieferte. Das Blatt läßt sich nämlich aus Freiburg im Breisgau schreiben:

Während des letzten Krieges mit Frankreich hat sich bekanntlich am Oberrhein das Fehlen eines festen Platzes recht fühlbar gemacht, und soll diesem Mifstande Abhilfe geschaffen werden. Es sind von militärischer Seite in verschiedenen Orten des badischen Oberlandes Feststellungen darüber gemacht worden, welcher Platz sich hierzu am besten eigne. Nun soll Müllheim hierzu wohl mit Rücksicht auf seine günstige militärische Lage und Eisenbahn-Verbindung mit dem Reichlande als besonders geeignet befunden worden sein. Bestätigt sich dies, so wird Müllheim, welches so wie so in nächster Zeit eine Garnison erhält, ganz erhebliche fortifikatorische Anlagen und ganz namhaften Truppenzuwachs erhalten.

Die Nachricht gewinnt dadurch an Wahrscheinlichkeit, daß die Befestigungswerke von Kastrat im Laufe der letzten Jahre völlig gefestigt worden sind und auch die wenigstens teilweise Niederlegung des erst vor kurzen Jahrzehnten mit so außerordentlich hohem Geldaufwand errichteten Bollwerks der Festung Straßburg nur noch eine Frage der aller nächsten Zeit ist. Das reizend gelegene Städtchen Müllheim, auf das jetzt der Kriegsmoloch seine plumphen Tagen legen will, ist der Hauptort des weingebirgigen Markgräflerlandes. Sollte sich die Nachricht der „Bad. Ldsz.“ bewahrheiten, so würde dem weingebirgigen Wacchensidyll dort allerdings bald ein jähes Ende bereitet werden.

Die Eisenbahnfrage und die Socialdemokratie.

Die süddeutschen Parteigenossen und Vertreter der Landtage haben kürzlich, wie wir mitgeteilt haben, in gemeinsamer Beratung die Eisenbahnfrage beraten und in einer Resolution die in den Landtagen zu befolgenden Grundsätze niedergelegt.

Die aktuelle Frage ist die drohende Gefahr der preussischen Eisenbahngemeinschaft, d. h. der Verpreussung der süddeutschen Eisenbahnen. Und gegenüber dieser Gefahr hat man sich dem Gedanken einer süddeutschen Eisenbahngemeinschaft zugewendet, die eine Gegenwehr gegen Preußen darstellen soll.

In einigen Parteilichtern wird diese Resolution als ein Verstoß gegen den Mainzer Beschluß über die Verkehrsfrage aufgefaßt, der sich allerdings auch gegen die Verpreussung der Eisenbahnen ausspricht, aber die Centralisation durch das Reich fordert.

Wir glauben, daß man zu Unrecht gegen unsere süddeutschen Genossen den Vorwurf der Verletzung des Mainzer Beschlusses erhebt, der unter allen Umständen für das praktische Verhalten der Gesamtpartei bindend sein muß. Auch unsere süddeutschen Parteigenossen stellen an die Spitze ihrer Resolution die Forderung der Lebensnahrung des Eisenbahnwesens durch das Reich; denn sie besagt wörtlich: „Die einheitliche Gestaltung des Eisenbahnwesens innerhalb des deutschen Wirtschaftsgebietes wird durch die Entwicklung des Verkehrs bedingt und muß das zu erstrebende Ziel bilden.“

Die süddeutsche Eisenbahngemeinschaft bildet und soll nur bilden eine Etappe auf dem Wege zur einheitlichen Reichs-Eisenbahn und zugleich das sehr notwendige Abwehrmittel gegen eine Ausdehnung der preussischen Vorkerkerschaft. Insofern widersprechen die süddeutschen Beschlüsse nicht der Mainzer Resolution.

Allerdings finden sich einige Wendungen in dem Beschlusse, die als eine gewisse partikuläristische Liebhaberei mißverstanden werden können, aus denen man schließen könnte, daß die süddeutschen Parteigenossen die „Verreichlichung“ nicht nur für gegenwärtig aus-sichtslos halten — was allgemein zugestanden werden wird; denn Preußen wird die Grundlage seiner Finanzen nicht dem Reich überlassen — sondern auch zur Zeit für nicht einmal wünschenswert. Indessen zeigt eine ausführliche Darlegung der „Schwäbischen Landwacht“, daß man durchaus das Ziel nicht aufgeben will, sondern die süddeutsche Eisenbahngemeinschaft in der That nur als eine Uebergangsfaktion der praktisch-notwendigen Politik gelten läßt.

Leider wird diese unsres Erachtens richtige und logische Auffassung des Beschlusses erwidert und kompromittiert durch merkwürdige süddeutsche-partikuläristische Lobreden des Karlsruhe-„Volkstreu“ auf die wunderbaren Vorzüge des süddeutschen Bahnwesens. Es wäre anzuerkennen, daß man es unterläßt, durch derartige „Redungen“ den an sich höchstens in Weißfahlgelenten ansprechbaren Beschlusse der süddeutschen Parteigenossen nun in der That zu einem Verstoß gegen die bindende Mainzer Resolution umzuwenden.

Im übrigen ist außer Zweifel, daß unsere süddeutschen Genossen im Reichstag für die Propaganda und für die Verwirklichung der in der Mainzer Resolution erhobenen Forderungen unermüdet und mit gleichem Eifer wie die übrige Fraktion zu wirken gewillt sind.

Ausland.

Zum Generalstreik der französischen Bergleute.

Die Kommission für Arbeitergesetzgebung hat ihre Arbeiten nahezu beendet, und ihr Bericht wird in diesen Tagen der Kammer zugehen. Die Unternehmer, die in langer Besorgnis sehen mußten, daß ihre fadenfädenartigen Gründe gegen den Achtstundentag ihren Eindring auf die Kommission verfehlten, machten einen letzten Versuch, die Entscheidung hinauszuziehen. Der Unternehmerverband der Metall- und Bergbau-Industrie hatte sich an die Kommission gewandt, um nochmalige Vernehmungen, Untersuchungen usw. zu erreichen. Die Kommission hat indes dies Verlangen abgelehnt mit dem Hinweis, daß die Untersuchungen gründliche gewesen seien und daß weitere Vernehmungen nur eine unnütze Verschleppung zur Folge haben würden. Es wird angenommen, daß der Gegenwärtiger der Kommission die Einführung des Achtstundentags im Bergbau für den 1. Juli 1902 vorsieht.

Der **Deputierte Wadly** gab am Sonntag die von den Vertretern der ausländischen Bergarbeiter in einer Konferenz in Dover gefaßten Beschlüsse bekannt. Die belgischen Vertreter erklärten, daß sich das Komitee des belgischen Bergarbeiter-Verbandes nicht an der Bewegung der französischen Bergarbeiter beteiligen wolle. Die deutschen und österreichischen Vertreter wiesen darauf hin, daß ein allgemeiner Ausstand sowohl für die deutschen und österreichischen, wie für die französischen Bergarbeiter ein großes Unglück sein würde. Die englischen Vertreter sprachen sich dahin aus, daß sie nicht glaubten, die Förderung in genügender Weise einschränken zu können, um die Einfuhr von Kohlen nach Frankreich zu verhindern.

Die **Bergarbeiter in Carmaux** hielten am Sonntag eine Versammlung ab, in welcher ihr Verbandsdelegierter ihnen riet, nicht in den Ausstand zu treten, während die Arbeitskommission der Deputiertenkammer sich mit ihren Interessen beschäftige. Die Bergarbeiter beschloßen darauf, den allgemeinen Ausstand zu vertagen, ihn aber in nächster Zukunft zu beginnen, falls ihre Forderungen nicht befriedigt würden.

Aus **Valenciennois** wird gemeldet: Im hiesigen Kohlenrevier herrscht Ruhe, doch gewinnt der Ausstand an Ausdehnung; die Zahl der Ausständigen beläuft sich jetzt auf 2000.

Die **provokierenden Mobilisierungen** im Kohlengebiet dauern fort. Der „Boll. Ita.“ wird geschrieben: In den Kohlenrevieren beginnt das Was de Calais und Nord-Departements sind die Truppen mobil gemacht. Die Engländer bieten das Bild der großen Feldzüge.

Oesterreich-Ungarn.

Zur Parlamentsreise. Die offiziellen Blätter, insbesondere das „Freundenblatt“, bestätigen, daß eine schwere Parlamentskrise besteht. Sie drücken jedoch die Erwartung aus, daß in der in den nächsten Tagen stattfindenden Ausgleichskonferenz zwischen den Vertretern der deutschen und czechischen Parteien eine Verständigung erzielt werden wird. Die Regierung werde alles thun, damit die Gegensätze applaniert werden.

Frankreich.

Vaillandet endgültig des Amtes enthoben.

Genosse Vaillandet, der suspendierte Bürgermeister von Bourges, ist, wie uns unser Pariser Korrespondent im Gegensatz zu der vorgelegten irrigen Meldung, die von der angeblichen Rehabilitierung Vaillandets sprach, mitteilt, vom Ministerium endgültig vom Amte enthoben. Es sei erinnert, daß die Ursache der Maßregelung eine Versammlungs-Ansprache ist, worin die Rekruten aufgefodert wurden, nicht auf streikende Arbeiter zu schießen. Mit der Amtsenthebung unseres Genossen erfüllt die Regierung einen heißen Wunsch der kapitalistischen und nationalistisch-chauvinistischen Parteien, die über die Erfolge der antimilitaristischen Propaganda im Namen des Geldsacks, der Armees und des Patriotismus zittern.

Genosse Vaillandet wird die Regierung über ihre neueste Ordnungsmäßigkeit interpellieren.

Umschlagreifen des Anti-Ministerialismus. Symptomatisch für die Stimmung unter den französischen Sozialisten ist der Eintritt der Föderation des Loi-Departements an die antiministerielle Partei. In früheren Jahren gehörte die Föderation zu den Blanquisten. Nach dem bekannten quodlibet-blanquistischen Manifest (Juli 1899) gegen Millerands Eintritt ins Ministerium trat die Föderation aus der blanquistischen Organisation aus, um sich auf Seiten der Jaureddischen Richtung zu schlagen. Nach dem Loner Kongreß (Mai 1901) mit seinem verheerenden Beschluß über Millerand brach die Föderation mit der gemäßigten „französischen sozialistischen Partei“, ohne aber dem andern Lager beizutreten. Jetzt hat die weitere Tätigkeit des Ministeriums Waldeck-Rüssiers die Föderation ins Lager der nunmehr ebenfalls gemäßigten „sozialistischen Partei Frankreichs“ (revolutionär-sozialistischen Einigkeit) getrieben. — Kein Zweifel, das Fortbestehen des Ministeriums kann nur die Reihen dieser Partei stärken, wie denn die Geschichte der Vor-Föderation für gar manche sozialistische Gruppe in Frankreich vorbildlich ist.

England.

Nach Butler Lord Roberts. Zwischen dem Kriegsminister Brodrick und dem Marshall Roberts sind, wie verlautet, Differenzen ausgebrochen. Die Regierung soll mit Roberts bedwegen unzufrieden sein, weil er im ganzen Lande Festgelagen präsidiert, Schießmedaillen verteilt usw., anstatt auf seinem Posten zu sein. Wie es heißt, werde Roberts im April nächsten Jahres seinen Abschied nehmen.

Rußland.

Der **Kriegsminister General Kuropatkin** ist von seiner Reise nach Transkaspien, Turkestan und Herghana zurückgekehrt.

Amerika.

Der **Nicaragua-Kanalvertrag** wird nach einer New-Yorker Meldung nächster Tage unterzeichnet werden; indessen werden die Befürworter des Panamaprojekts im Kongreß zweifellos energisch die Nicaragua-Route bekämpfen. Man vermutet indes, daß die Pacificbahnen veräußert werden, die Panamalinie gegen die Nicaragua-Route auszuwählen.

Der Boeren-Krieg.

Die englische Schluppe bei Brassfontein

steht sich als weit erheblicher heraus, als die in unserer Sonntags-Kammer gebrachte erste Meldung erkennen ließ. Dort war von 9 Toten, 16 Verwundeten und mehreren Gefangenen die Rede. Wie jetzt amtlich gemeldet wird, betrug die Zahl der Gefangenen nicht weniger als 64, während die Zahl der Toten auf 9, der Verwundeten — jedenfalls viel zu niedrig — auf 10 angegeben wird. Die Gefangenen wurden nach ihrer Entwaflnung wieder freigelassen, bis auf einen Pionier, den man jedenfalls als Geißel gegen weitere Standrechtlerien behalten wird, wie man ja in der letzten Zeit öfter die Offiziere in der Gefangenschaft behält.

Eine weitere Schluppe

wird einfallen in der folgenden schönfärblichen Form gemeldet: **Standorten, 14. November.** Boerentruppen umzingelten am 12. d. M. im Süden des Kapflusses eine Abteilung Engländer, welche einen Toten und sieben Verwundete verloren; außerdem wurden vier gefangen genommen. Die Boeren erlitten (7), daß sich ihr Verlust auf 3 Tote und 17 Verwundete belaufe.

Den Boerenverlust wird man wohl zu dividieren, den der Engländer zu multiplizieren haben.

Bewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Tapetierer. Laut Beschluß der Verbandsleitung und der Vertrauensmänner-Sitzung soll eine Enquete über unsre augenblickliche Lage, besonders bezüglich der Arbeitslosigkeit aufgenommen werden. Wir erwarten nunmehr von unsren Kollegen, daß sie die ihnen zugehenden Karten unverzüglich ausfüllen und an die Verbandsleitung senden, damit das Material bis zu dem am Freitag, den 29. d. M. stattfindenden öffentlichen Versammlung im Gewerkschaftshause durchgearbeitet werden kann. Da uns von einer Reihe Kollegen die Briefe fehlen, fordern wir alle diejenigen, die keine Karte erhalten, auf, sich solche unverzüglich vom Bureau, Engel-Platz 15, zu holen. Jeder Kollege hat seinen Nebenkollegen auf obiges aufmerksam zu machen.

Die Verbandsleitung.

Achtung! Holzbearbeitungsmaschinen-Arbeiter! In der Holzbearbeitungsfabrik von Zerabel, Griebenowstr. 2, haben sämtliche Maschinenarbeiter ihren Lohnabzug von wöchentlich 2.50 M. bis 6.45 M. die Arbeit niedergelegt. Um strenge Festhaltung des Zuguges ersucht

Der Vorstand des Verbandes
der an Holzbearbeitungsmaschinen beschäftigten Arbeiter.

Deutsch Reich.

Eine Mitgliederabstimmung im Porzellanarbeiter-Verband über die Erhöhung der Verbandsbeiträge um 5 Pf. hat eine die Beitragserhöhung ablehnende Antwort ergeben. Es stimmten bei der Frage: „Sollen die Verbandsbeiträge vom 1. Oktober 1901 bei der Frage: „Sollen die Verbandsbeiträge um 5 Pf. erhöht werden?“ 581 Mitglieder dafür, 217 dagegen. 68 enthielten sich der Stimme. Für Zurückstellung dieser Frage bis zur nächsten Generalversammlung stimmten 1760 Mitglieder, dagegen 952, der Stimme enthalten haben sich 107 Mitglieder.

Weber-Ausperrung. Die Weber und Weberinnen der Firma Eduard Weber in Krimmitschau wurden am vergangenen Sonntagabend ausgesperrt, weil sie eine angefordigte Lohreduktion nicht ohne weiteres über sich ergehen lassen wollten. Zum dritten Male innerhalb dreier Jahre versuchte Herr Weber den Lohn seiner Arbeiter zu kürzen. Zwei Mal ließen dieselben die Lohreduktion widerstandslos über sich ergehen. Endlich beim dritten Mal ermannten sie sich und wollten gütlich unterhandeln. Aber Herr Weber wollte keine Unterhandlung. Seine Antwort war: Einstellung des Betriebes und Aussperrung der Weber und Weberinnen! Im Laufe des Sonntagabendnachmittags versuchten die Arbeiter nun noch einmal, aber leider erfolglos, den Kampf gütlich beizulegen. Der Kampf dreht sich um die Verweigerung des seitherigen Lohnes für die Jacquardweber, Bezahlung der Nebenarbeiten als: Borrichtigen, Anknäulen usw. für die Schaffweber.

Vor Zugang von Webern nach Krimmitschau wird gewarnt! Alle arbeitserfreundliche Blätter werden um Abdruck gebeten.

Ausland.

Das **internationale Bergarbeiter-Komitee** hat am Donnerstag, den 14. November, in Dover (England) gelagt. Vertretern waren England (Pickard, Astor und Beal), Frankreich (Cotte und Lamendin), Belgien (Cavrot) und Deutschland (Müller und Schröder). Die Sitzung war eine sehr interessante und wichtige. Die Beschlüsse sollen vorläufig geheim gehalten werden, Gizingr (Oesterreich) war der Einladung nicht gefolgt.

Der **Tarifvertrag der norwegischen Buchdrucker**, der am 1. Januar abläuft, ist durch Verhandlungen mit den Prinzipalen bis auf weiteres verlängert worden.

Die **föderierten Gewerkschaften des Staates Illinois** (Vereinigte Staaten von Amerika) haben auf ihrer Konvention (Verbandsstag), auf welcher 126 Delegierte anwesend waren, beschlossen, mit aller Kraft dahin zu wirken, daß das Einwanderungsgesetz, welches die Einwanderung chinesischer Arbeiter beschränkt, aufrechterhalten bleibt. Man verlangt, daß das Gesetz auf alle orientalischen Arbeiter ausgedehnt werde.

Der Prozeß Kneißl in Augsburg.

Vom Montag liegt folgende telegraphische Meldung vor: Bei Beginn der heutigen Verhandlung sagte der Sachverständige Kassenarzt Dr. Krauser seinem vorgestern abgegebenen Gutachten hinzu, er wolle daselbe nicht im allgemeinen, sondern nur auf Kneißl angewendet wissen. Bei einer gestern stattgefundenen Besprechung mit dem Psychiater Dr. Gudden, der Kneißl am dritten Tage nach dem Gefangenahme besuchte, habe Gudden sich seinem (Krausers) Gutachten ganz angeschlossen. Hieraufhin wird Dr. Gudden telegraphisch als Sachverständiger geladen. Der Gerichtshof nimmt sodann den wiederholt gestellten, am Sonntagabend abgelehnten Antrag des Verteidigers Dr. v. Baunwisch an, Dr. Krauser über die Art der Verletzungen Kneißls zu vernehmen. Nach Dr. Krausers nunmehriger Aussage hierüber hatte Kneißl Schüsse im linken Handgelenk, im rechten Vorderarm, rechten Oberarm und in der rechten Bauchseite, letztere lebensgefährlich, während die anderen drei recht heilten. Krausers Schwester Adeleunde erklärt, daß Kneißl in der Klinik wiederholt bewußtlos gewesen sei und einmal einen anwesenden Besuch nicht wahrgenommen habe. Nächste Zeugin ist die Oberschwester. Sie giebt auf Befragen des Staatsanwalts an, sie wisse nichts von einem angeblichen Liebesverhältnis Kneißls mit einer Krankenschwester und deren Disciplinierung. Bei dieser Gelegenheit bemerkt Rechtsanwält v. Baunwisch, daß Kneißl während seines Aufenthaltes in der Klinik von einer großen Anzahl Damen Aufsicht-Postkarten, Briefe etc. erhalten habe. Ein zur Zeit in Untersuchungshaft befindlicher Komplize Kneißls, Tagelöhner Boest, wird unverzüglich vernommen und erzählt, woos Kneißl ihm über die Vorgänge in Irrenbrennen berichtet. Kneißl habe den Fleckbauer mit Gräbichen bedroht, wenn er den Gendarmen die Thür öffne. Ein weiterer Zeuge bestätigt die Erzählung, womit erklärt werden soll, warum Rieger so lange mit dem Öffnen der Thüre gezögert habe.

Die nunmehr vernommene sechszehnjährige Zeugin Mathilde Danmer, die Besteht Kneißls, welche von ihrer Mutter, der Wäscherin Lorenz, mitgenommen worden war, um dadurch Kneißl leichter der Polizei in die Hände zu liefern, sagt aus, sie habe Kneißl am 3. März im Merkschen Anwesen in Geisenhofen getroffen. Derselbe habe ihr schon öfter den Vorschlag gemacht, mit ihm nach Amerika zu gehen. Als sie nun mit ihrer Mutter an diesem Tage zu Kneißl gegangen sei, habe sie geglaubt, es handle sich um einen ähnlichen Plan; sonst wäre sie nicht mitgegangen. Von dem Vorhaben ihrer Mutter habe sie nichts gewußt. Sie hätte auch Kneißl auf keinen Fall verraten. Der Ankläger habe bei der Bewegung zu ihr geäußert, die Irrenbrenner Mordthat bereue er tief. Der Fleckbauer habe ihn schmähtlich verurteilt. Ein Einverständnis zwischen ihm und dem Fleckbauer habe nicht bestanden. Nach weiteren belanglosen Zeugenansagen kommt der Raubfall auf den Sattlergehilfen Danthofer in Waisach zur Verhandlung. Die Anklage nimmt an, daß Kneißl und Boest die Thäter seien. Kneißl selbst stellt den Raub vollständig in Abrede; auch Danthofer vermag nicht anzugeben, ob Kneißl und Boest die Thäter seien. Der Stationskommandant Abt aus Waisach stellt fest, daß Kneißl zur Zeit des Raubes sich nur eine Stunde vom Thortort entfernt bei Belantem aufhielt.

Aus der Verhandlung am Nachmittag ist hervorzuheben, daß der Sachverständige, Oberarzt Dr. v. Gudden, ausfragt, er habe bei seinen Besuchen Kneißls am zweiten Tage nach Kneißls Festnahme von diesem keine Antworten bekommen, die auf klares Bewußtsein schließen ließen. Kriminalkommissar Boffert giebt auf Verlangen des Vorsitzenden Aufschluß über den Zustand der Frau Lorenz, welchen er als einen sehr guten bezeichnet. Einige Entlastungszeugen bestätigen, daß Kneißl seiner Zeit nach seiner Entlassung aus dem Gefängnis wiederholt gearbeitet habe, stets aber entlassen worden sei, als bekannt wurde, daß er der Schacher Müller-Dias sei.

Bezüglich der Frage, ob Kneißl bei seiner Festnahme Waffen bei sich hatte, sagt die Mehrzahl der Schyrlente aus, daß Kneißl unbewaffnet gewesen sei, während ein Schyrlentmann behauptet, Kneißl habe einen Revolver gehabt. Hierauf wurden vom Gerichtshof die Fragen formuliert, welche an die Geschwornen zu stellen sind. Hierzu Fragen betreffen die Verbrechen Kneißls, darunter befinden sich auf Mord, Totschlag oder Körperverletzung lautende Fragen. Mehrere Fragen richten sich gegen Rieger wegen Beihilfe zum Verbrechen.

Heute wurde die Beweisaufnahme geschlossen. Morgen finden die Plaidoyers statt.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Nationalliberale, Zolltarif und Kanalvorlage.

Witten, 18. November. (W. Z. V.) Hier selbst fand gestern der außerordentlich stark besuchte Parteitag der Nationalliberalen Beschlüssen statt. In einem längeren Vortrage des Reichstags-Abgeordneten Hilb über den Zolltarif sprach sich der Redner für einen mäßigen Schutz Zoll zu Gunsten der Landwirtschaft aus und gab dabei der Hoffnung Ausdruck, daß auch die Kanalvorlage bald wieder erscheinen und abdann zum Segen der Industrie und Landwirtschaft Westfalens angenommen werden würde. Es gelangte eine in diesem Sinne gehaltene Resolution einstimmig zur Annahme.

Zur Bergarbeiterbewegung in Frankreich.

Paris, 18. November. (W. Z. V.) Der Centralausschuß der Kohlenwerke hat an die Arbeitskommission der Kammer ein Schreiben gerichtet, in welchem er die Forderungen des Bergarbeiter-Verbandes, insbesondere den Achtstundentag, zurückweist und ausführt, daß der Achtstundentag die heimische Produktion um mindestens sechs Millionen Tonnen verringern, eine Anzahl von Kohlenwerken zu Grunde richten, den Kohlenverbrauch Frankreichs dem Welchen des Auslandes preisgeben und sämtliche Industrien auf das schwerste schädigen würde.

Leipzig, 18. November. (W. Z. V.) Gestern nachmittag wurde im Connewitzer Holze ein Mann erschossen aufgefunden, der später als der Direktor des Förstler-Vereins, Otto Gram aus Böhmbach bei Witterfeld, erkannt wurde. Der Weingrund der That ist unbekannt.

Toulon, 18. November. (W. Z. V.) In der hiesigen Feuerwecker-Schule erfolgte gestern eine Explosion, wobei mehrere Personen schwer verletzt wurden. Der Materialschaden ist bedeutend.

Krankenkassen-Mitglieder! Arbeiter Berlins und der Vororte!

In dem Kampf zwischen Krankenkassen und Apotheken, welcher seit dem 1. Mai im Gange ist, handelt es sich für die Kassen darum, die Arznei zu verbilligen, um nach anderer Richtung für die Kranken Proletariat besser sorgen zu können. In diesem Kampf greift nun jedoch der Oberpräsident durch eine Verfügung ein, von der die Apotheker hoffen, daß sie ihnen auch fernerhin in dem bisherigen Umfange die Ausübung des arbeitenden Volkes ermöglichen wird. Aber diese Hoffnung wird an der Einsicht und dem Opfermut der Berliner Arbeiterkassen zu Schanden werden.

Jeder Arbeiter, jedes Krankenkassen-Mitglied muß sich ja darüber klar sein, daß seine ureigensten Interessen — die bessere Versorgung in Krankheitslagen — in diesem Kampfe auf dem Spiele stehen, und jeder wird darum unverzüglich auch fernerhin an dem Grundsatze festhalten:

den Arzneibedarf für sich und seine Familie in erster Linie aus Drogeriegeschäften zu decken, und wo dies nicht angeht, nur eine der zugelassenen Apotheken in Anspruch zu nehmen.

Die zur Lieferung bei den Berliner Krankenkassen zugelassenen Apotheken sind:

Zentrum: Apotheke zum schwarzen Adler, Königsstr. 51. Fortuna-Apotheke, Dragonerstr. 6a. Löwen-Apotheke, Jerusalemstr. 20. Kommandanten-Apotheke, Seydlitzstr. 16.

Westen: Humboldt-Apotheke, Potsdamerstr. 29. Barbarossa-Apotheke, Kurfürstendamm 1. Kurfürsten-Apotheke, Genthinerstr. 20. Palas-Apotheke, Goltzstr. 23. Wittes Apotheke, Potsdamerstr. 84a. Engel-Apotheke, Ananierstr. 44.

Süd-Westen: Johanniter-Apotheke, Plan-Ufer 11. Kreuzberg-Apotheke, Belle-Alliancestr. 75. Auguste Victoria-Apotheke, Königsgrabenstr. 12. Apotheke zum goldenen Einhorn, Sneyenaustr. 22. Anhalter-Apotheke, Poststr. 18.

Süd: Apotheke zur Sonne, Prinzenstr. 102. Apotheke zum Schwan, Oranienstr. 149. Urban-Apotheke, Urbanstr. 118. Hohenstaufen-Apotheke, Godesstr. 30.

Süd-Osten: Reander-Apotheke, Reanderstr. 20. Göttinger-Apotheke, Göttingerstr. 48. Walbert-Apotheke, Walbertstr. 16. Erimanns-Apotheke, Reichensbergerstr. 150. Springers Apotheke, Mantensfeldstr. 105. Apotheke am Schließigen Thor, Staligerstr. 72.

Osten: Gradis Apotheke, Stralauer Platz 20. Krugs Apotheke, Nordorferstr. 53. Reichsadler-Apotheke, Große Frankfurterstr. 134. Blumen-Apotheke, Blumenstr. 73. Stern-Apotheke, Posenstr. 7.

Nord-Osten: Apotheke zum schwarzen Adler, Neue Königsstr. 50. Apotheke zu den Frankfurter Linden, Große Frankfurterstr. 108. Siegfried-Apotheke, Greifswalderstr. 10. Deutsche Apotheke, Büdingenstr. 16. Kaiser Wilhelm-Apotheke, Landsbergerstr. 3.

Norden: Prinzen-Apotheke, Prinzen-Allee 69. Nord-Apotheke, Schulstr. 1. Prinzessin Victoria Louise-Apotheke, Voltastr. 44. Apotheke zum gekrönten schwarzen Adler, Auguststr. 60. Rions-Apotheke, Anklamerstr. 39. Gustav Adolf-Apotheke, Kolonierstr. 1. Nordhofen-Apotheke, Remstr. 31. Borussia-Apotheke, Schönhauser Allee 56. Marien-Apotheke, Wörtherstr. 40. Grüne Apotheke, Chausseestrasse 19. Hochplatz-Apotheke, Neue Hochstr. 24. Italienische Apotheke, Antonstr. 25.

Nordwesten: Roland-Apotheke, Turmstr. 16. Diana-Apotheke, Turmstr. 28. Moabit Apotheke, Alt-Moabit 18. Fellers Apotheke, Liederstr. 32. Schiller-Apotheke, Alt-Moabit 35. Kronprinzen-Apotheke, Hinderstr. 1. Stephan-Apotheke, Stendalerstr. 11. Polnische Apotheke, Mittelstr. 56. Phönix-Apotheke, Birkenstr. 6. Weuffel-Apotheke, Weuffelstr. 55.

Charlottenburg: Friedrich Wilhelm-Apotheke, Leibnizstr. 89. Pestalozzi-Apotheke, Kaiser Friedrichstr. 61 B. Hland-Apotheke, Kantstr. 151. Hof-Apotheke, Berlinerstr. 71. Falken-Apotheke, Potsdamerstr. 31.

Schöneberg: Palas-Apotheke, Goltzstr. 23. Sedan-Apotheke, Sedanstr. 3.

Rixdorf: Reichsadler-Apotheke, Bergstr. 13. Berg-Apotheke, Hermannstr. 146.

Lichtenberg: Lichtenberger Apotheke, Dorststr. 41c. Groß-Lichterfelde: Adler-Apotheke, Drakestr. 56.

Steglitz: Apotheke von Rah, Albrechtstr. 19.

Weißensee: Flora-Apotheke, König-Chaussee 9.

Neu-Weichensee: Sonnen-Apotheke, Langhansstr. 82.

In Ortschaften, welche nur eine einzige Apotheke besitzen, kann diese nach wie vor benutzt werden.

Wir bitten dies Verzeichnis aufzuheben oder besser noch: aus demselben die nächstliegende Apotheke herauszusuchen und sich dieselbe für den Bedarfsfall zu merken.

Centralkommission der Krankenkassen
Berlins und der Vororte.

Partei-Nachrichten.

Partei-Archiv.

Die Bibliothek der sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Berlin SW. 48, Alexandrinenstr. 26 (im Hause der „Öffentlichen Bibliothek und Lesehalle“), ist wochentags von 5 1/2 bis 9 1/2 Uhr abends, an Sonn- und Feiertagen von 9 bis 1 Uhr vormittags geöffnet.

Die Bibliothek ist geschlossen am Renntage, am 1. Mai, an den zwei Ostern, Pfingst- und Weihnachtstagen sowie am ersten und dritten Montag eines jeden Monats und in der Zeit vom 24. Juni bis 1. Juli inclusive.

Die Benutzung der Bibliothek steht nur solchen Personen frei, denen der Parteivorstand (Bureau: Berlin SW., Kreuzbergstr. 30) die schriftliche Erlaubnis dazu erteilt hat.

In den Räumen der öffentlichen Bibliothek und Lesehalle liegt ein Exemplar des systematischen Katalogs zur Einsicht bereit. Die Bestellung der gewünschten Werke hat schriftlich am Ausgabehalter der „Öffentlichen Bibliothek“ zu geschehen. Die Benutzung wird in der Regel nur in den Leserräumen der „Öffentlichen Bibliothek“ gestattet.

Nach Hause werden Bücher nur auf Grund einer ausdrücklichen Erlaubnis des Parteivorstandes verliehen. An diese Bedingung ist auch die Verschickung von Büchern an Interessenten außerhalb Berlins geknüpft, denen auf einen dahingehenden Wunsch der systematische Katalog für kurze Zeit zur Einsicht übermitteln werden kann.

Berlin, den 25. Oktober 1901.

Der Parteivorstand.

Genosse **Webel**, der einige Zeit verzeilt war, antwortet dem Genossen **Kob** nochmals kurz auf dessen letzte Erwiderung. Auf die Sache selbst geht er nicht ein. Dagegen teilt er mit, daß ihm noch neues Material in der Sache des Karlsruher Oberbürgermeisters zugegangen sei, das ihm die Haltung Kob's und seiner Freunde noch ungreiflicher mache, als es bisher erschien. Er wolle die Polemik nicht in der Zeitung fortsetzen, sondern die Anlagen vor ein andres Forum bringen, wo er auch die Zeugen für Kob's Aechtheit über das Parteiprogramm beibringen wolle. Kob erklärt sich in einer kurzen Anmerkung damit einverstanden.

Die Revision des Genossen **Cyprianus** gegen das ihm zu Gefängnis und zum Verlust seines Mandats verurteilende Gerichtserkenntnis ist am Montag vom Reichsgericht verworfen worden.

Als eigenartiger Rechenkünster hat sich der liberale Magistrat in Königsberg produziert, um die Sozialdemokratie um ein Stadtverordneten-Mandat zu bringen. Während wir mitteilten, daß drei Sozialdemokraten im ersten Wahlgange gewählt seien, will der Magistrat nur zwei als gewählt gelten lassen. Er folgt dabei dem Wahlvorstand in dem betreffenden Bezirk, der ebenfalls eine Stichwahl als notwendig bezeichnete. Es handelt sich um die Wahl eines Stadtverordneten auf vier Jahre. Stimmen erhielten: der Sozialdemokrat 494, der Liberale 227, der Konservative 221, außerdem zerstückelten 18 Stimmen. Die absolute Majorität beträgt 475 Stimmen. Also hat unser Genosse mit neun Stimmen über die absolute Majorität gesiegt. Das ist ein so lazes Exempel, daß es auch den ob ihrer blamablen Niederlage erbosten Freisinnigen einleuchten könnte. Der Magistrat hat aber bei der amtlichen Feststellung des Wahlergebnisses die Wahl mit einer andern im selben Bezirk, bei der zwei Stadtverordnete auf sechs Jahre zu wählen waren, zusammengeworfen. Bei der letzteren Wahl ist nur der Genosse Reichstags-Abgeordneter **Haase** gewählt; um das zweite Mandat haben in der Stichwahl ein Genosse und ein Liberaler zu ringen. Bei der Heraufrechnung der absoluten Majorität hat der Magistrat nun die Stimmen sowohl für die Kandidaten auf sechs Jahre, wie die für die Kandidaten auf vier Jahre zusammengeworfen. Er glaubt, daß ihm eine alte Entscheidung des Oberverwaltungsgerichts gestatte, so zu verfahren. Unsere Genossen werden schon bei der Stichwahl einen Strich durch das faulose Rechenexempel machen.

Gemeindevahlen. Die Stadtverordneten-Wahl der dritten Abteilung in Spremberg brachte zum erstmalig für uns den Sieg. Es haben 258 Wähler von ihrem Wahlrecht Gebrauch gemacht. Wir erhielten: Controleur Julius Herbst und Cigarettenfabrikant August Krüger 132 bezw. 131 Stimmen; die Gegner Gustav Greischel (bisher Stadtverordneter) 129 und Zeichenlehrer Hartmann 114 Stimmen. 10 Stimmen zerstückelt. Vor zwei Jahren hatten von 208 Abstimmenden 64 für Sozialdemokraten gestimmt, unsere Partei hat also ihre Stimmenzahl reichlich verdoppelt.

In Langenberg (Rheinl.) wurden 4 Kandidaten der sozialdemokratischen Liste, 2 der gegnerischen Liste und 1 beiden Listen gemeinsamer Kandidat gewählt.

Aus Industrie und Handel.

Krise der Eisenindustrie in Süd-Russland.

In der von den Eisen- und Stahlindustriellen alimentierten Presse ist zum Beweis für die Notwendigkeit einer Erhöhung der Eisenpreise außer auf die Entwicklung der amerikanischen Eisenindustrie auch in den letzten Jahren vielfach auf die Erstarkung der sibirischen Kohlen- und Eisenproduktion hingewiesen worden. Mit erneuelter Begeisterung wurde berichtet, daß die sibirische Kohlen- und Eisenproduktion von 1893 bis 1899 sich nahezu verdreifacht hätte, nämlich von ca. 540 000 Tonnen auf über 1 1/2 Millionen Tonnen gestiegen sei, und daß, wenn erst die mächtigen Anthracitlager des Donezbeckens und die reichen Erzlager rationaler ausbeutet und zwischen beiden bessere Zufuhrwege hergestellt sein würden, sich die russische Konkurrenz auf dem süd- und mitteleuropäischen Eisenmarkt in empfindlicher Weise geltend machen müsse. Verschwiegen wurde nur, daß die Eisenlager von Krivoyrog, die vornehmlich in Betracht kommen, 50-70 deutsche Meilen von den Anthracitlagern entfernt liegen, daß der Gesamtvorrat jener Eisenerzgruben bei zunehmendem Bedarf kaum noch auf 15-20 Jahre vorhalten dürfte und ferner die Donez-Anthracitkohle zu schwefelhaltig ist, um mit Vorteil direkt zur Eisenverhüttung in den Hochofen anstatt des Coals verwendet werden zu können. Vor allem aber wurde verschwiegen, daß selbst in den besseren Hochofen-Anlagen des Donez- und Dnieprgebietes die Produktionskosten einer Tonne Hoheisen sich noch immer um über 25 Proz. höher stellen, wie in Rheinland-Westfalen, und daß die sibirische Eisenindustrie in der Gantische nichts andres als ein durch das russische Prämon- und Goldsystem, sowie durch hohe Versicherungsaufträge für Staatsbahnbauten aufgelegenes sibirisches Treibhausgewächs ist, das freiem Luftzug kaum Widerstand zu halten vermag.

Schon als vor einigen Jahren die Regierung sich, um zu sparen, dazu genötigt sah, bei Vergabung von Renntträgen auf Sibirien und Laska auf niedrige Preise zu halten, wurde die Lage vieler Etablissements recht heikel, und noch mehr, als sich bald das von den sibirischen Werken für den Bau der transsibirischen Bahn gelieferte Material als minderwertig herausstellte und sich nun die russische Regierung trotz aller ihrer Reizung, die einheimische Industrie zu fördern, dazu gezwungen sah, bedeutende Örders auf Sibirien an amerikanische Werke zu vergeben. Bereits in den letzten zwei, drei Jahren konnten verschiedene der sibirischen Unternehmungen keine Dividende mehr ausschütten. Jetzt hat sich, wie neuere Meldungen und der vor einigen Tagen auf dem Kongreß der sibirischen Montanindustriellen in Charlow erhaltene Bericht beweist, die Lage noch weit mehr verschlechtert. Eine ganze Reihe von Werken steht, wenn die Regierung nicht helfend eintritt, vor dem Bankrott; vielfach mußte die Tätigkeit in den Werken auf ein Drittel oder Viertel des bisherigen Umfangs reduziert werden. Und ebenso leidet die Kohlen-, Coals- und Eisenerz-Produktion, da naturförmig unter solchen Umständen die Nachfrage nach Erz und Kohlen seitens der Eisenindustrie stetig abnimmt. Zu den traurigen Entsergebnissen einer Reihe russischer Gouvernements gesellt sich demnach eine verschärfte Krise der sibirischen Montanindustrie. Während aber der Entausfall fast allein den russischen Grundbesitzer, und vor allem den kleinen Bauer trifft, zieht die Krise der Eisen- und Kohlenindustrie viel weitere Kreise in Mitteleuropa, da an deren Anlagen belgisches und französisches Kapital stark beteiligt ist, und zwar mit weit über eine halbe Milliarde Mark. Ein beträchtlicher Teil dieses Kapitals muß als verloren gelten.

Eine Koalition gegen das Hoheisensyndikat. Druck erzeugt Gegendruck — das muß auch das Hoheisensyndikat erfahren. Ende voriger Woche, so schreibt die „Industrie“, waren in Düsseldorf über zwanzig rheinisch-westfälische Werke versammelt, um über die Gründung einer Hoheisen-Einkaufs-Vereinigung zu beraten. Es handelt sich um alle Verbräucher von Puddel, Stahl- und Thomasseisen, die, durch die in dem letzten Jahre gemachten bitteren Erfahrungen bewogen, sich zusammenschließen wollen, um gemeinsam ihre Interessen zu vertreten. Die Vereinigung wird, wenn ihr die Angebote des Syndikats nicht annehmbar erscheinen, Hoheisen im Ausland kaufen, so zwar, daß der Preisunterschied von allen gemeinsam getragen wird. Auf diese Weise würde die Vereinigung im Notfall das Syndikat auch einmal kaltstellen können, und gerade darin liegt der Druck, den die Vereinigung gegen die Hoheisen-Verbände ausüben vermag. Das überaus schroffe Vorgehen des Hoheisensyndikats in Düsseldorf hat diese Koalition der Abnehmer gegen dasselbe ins Leben gerufen, und die Vereinigung, die vom 1. Januar ab in Wirksamkeit treten soll, gilt als gesichert. Für das erste Jahresviertel 1902 würde dieselbe also die Käufe für ihre Mitglieder besorgen, für jeden Zeitraum wird für mehrere Werke wieder Bedarf in Hoheisen vorhanden sein.

Die üble Lage der Eisenindustrie kommt in den Berichten selbst der großen Unternehmungen, die sich technisch durch eine überlegene Betriebsform abheben, stark zum Ausdruck. So schließt die Dortmund Union, Aktiengesellschaft für Bergbau, Eisen- und Stahlindustrie, mit einem so geringen Reingewinn, daß auf eine Verteilung der Dividende verzichtet werden muß, während im Vorjahre 7 Proz. gezahlt wurden. Das schlechte Ergebnis ist auf die niedrigen Preise und den verminderten Absatz im letzten Jahre zurückzuführen. Daneben spielt aber auch das Syndikatswesen eine bedeutende Rolle, worüber der Bericht folgendes enthält:

Die Rohstoff-Syndikate für Kohlen, Coals, Erze etc. hatten ihre Preise zu guten Zeiten stark erhöht und Abschlüsse für längere Dauer mit ihren Abnehmern getätigt; die außerhalb der Syndikate stehenden Unternehmungen waren dem Beispiele rasch gefolgt. Das Hoheisensyndikat war nicht in der Lage, den angemeldeten Bedarf der Werke an Coalskohlen zu beschaffen; es verminderte daher die Zuweisungen um 20 Proz. und erhöhte die Preise um 25 Proz. Dem Coalsyndikat gelang es, bei seinen Abnehmern, die für das Jahr 1900 die Tonne mit 14 M. abgeschlossen hatten, bei dem Abschlusse für 1901 einen Durchschnittspreis von 17 M. für beide Jahre durchzusetzen — es erhöhte also die Preise für 1901 auf 20 M. für die Tonne; — auch das Siegerländer Eisenstein-Syndikat verkaufte Erze nur für die Dauer des ganzen Jahres 1901 und zu erheblich erhöhten Preisen. Es war also der gesamte Bedarf der Eisen- und Stahlwerke an Rohstoffen für einen hochgespannten Betrieb zu hohen Preisen für das Jahr 1901 längst eingekauft, als Mitte 1900 der Rückschlag in der Eisenindustrie eintrat. — Um die Werke notdürftig zu beschäftigen, mußten bald Ausfuhrgeschäfte zu Preisen übernommen werden, die bei den hohen Rohstoffpreisen die Selbstkosten nicht deckten, wenn auch ein Teil der Syndikate, besonders das Kohlensyndikat, durch Gewährung von Ausfuhrvergütungen den Abschluß solcher Geschäfte erleichtert hat. In weit größerem Umfange mußten aber von der Eisenindustrie den Abnehmern Erleichterungen in den verschiedensten Formen bewilligt werden, um ihnen die Unterbringung wenigstens eines Teiles der geforderten Mengen zu ermöglichen; besonders vom Träger- und Halbzeugsyndikat sind hierfür ganz erhebliche Summen bereitgestellt worden.

Obwohl auf dem Dortm. Werk der ältere reparaturbedürftige Hochofen I am 1. September 1900 niedergebunden wurde und die dafür in Aussicht genommene Inbetriebsetzung des inzwischen fertiggestellten zweiten neuen Hochofens in Dortmund unterblieb, und am 1. November der ältere der beiden in Heurichsdorf betriebenen Hochofen ausgedehnt wurde, sammelten sich die Vorräte an Hoheisen so rasch an, daß auch der zweite Hochofen in Dortm. am 16. Februar 1901 außer Betrieb gesetzt werden mußte.

Die Zahl der Arbeiter aus von 12 412 im Juni des Vorjahres auf 9842 im Juni d. J. zurück. Aus der Bilanz der letzten sechs Jahre ist eine riesige Steigerung der Gewinne nachweisbar, die im letzten Jahre allerdings bedeutend reduziert wurde. Was in den letzten Jahren die Aktionäre einheimisten, ergibt folgende Zusammenstellung:

| | Bruttogewinn | Abz. | Reingewinn |
|---------|--------------|-----------|------------|
| 1900/01 | 6 083 064 | 3 073 208 | 172 827 |
| 1899/00 | 10 075 822 | 3 079 947 | 4 335 452 |
| 1898/99 | 6 848 451 | 2 503 414 | 2 571 504 |
| 1897/98 | 5 584 031 | 1 988 792 | 2 032 944 |
| 1896/97 | 6 504 737 | 2 021 803 | 2 045 747 |
| 1895/96 | 3 176 438 | 1 161 590 | 272 648 |

Aus der diesjährigen Bilanz ergibt sich, daß die Bankschulden jetzt die Höhe von 20 435 403 M. erreicht haben; ferner haben sich die fundierten Schulden um 5 824 500 M. vermehrt. Die Aufwendungen sind zum Teil durch Neubauten notwendig geworden.

Die Arbeitslosigkeit im Herzogtum Braunschweig. Von der Handelskammer für das Herzogtum Braunschweig sind Erhebungen über den voraussichtlichen Umfang der Arbeitslosigkeit in diesem Winter veranfaßt worden. Die Erhebungen erstrecken sich laut „Landeszeitung“ über das ganze Herzogtum Braunschweig, und zwar wurden sämtliche wichtigeren industriellen Betriebe, zusammen 101, darunter 23 Betriebe der Maschinenbranche, gefragt. Danach betrug die Zahl der beschäftigten Arbeiter am 15. Oktober 1900 19 887, am 15. Oktober 1901 dagegen 19 123, also 744 Arbeiter weniger. In der Eisenindustrie, die ja durch die wirtschaftliche Krise am meisten in Mitleidenschaft gezogen ist, stellten sich die Zahlen folgendermaßen. Es wurden beschäftigt: a) im Hüttenwesen 1900 2038 Arbeiter, 1901 2248, also 1901 — 290 Arbeiter; b) in der Maschinenindustrie 1900 5885, 1901 5388, also 1901 — 502 Arbeiter. Die Zahl der im Laufe der nächsten beiden Monate nach zur Entlassung kommenden Arbeiter dürfte sich auf etwa 500 bis 600 belaufen. — In der Stadt Braunschweig wurden in den insgesamt 23 größeren Betrieben, die gefragt wurden, am 15. Oktober 1901 7691 Arbeiter gegen 8200 am gleichen Tage des Jahres 1900, also 609 Arbeiter weniger beschäftigt. Von den Arbeitern entfallen 58 Prozent auf die Maschinenindustrie. Die verhältnismäßig hohe Ziffer, die sich in der Stadt Braunschweig gegenüber der Ziffer für das gesamte Herzogtum danach ergibt, erklärt sich daraus, daß in der Stadt nur sehr wenige Betriebe eine erhöhte Arbeiterzahl gegenüber dem Vorjahre aufweisen, während dies außerhalb der Stadt mehrfach der Fall war, infolgedessen die Zahl der Arbeiterverringernungen durch die der Vermehrungen sich dort mehr ausglich.

Die Zahlen sind natürlich nur Teilergebnisse, wäre die Umfrage auf alle Betriebe ausgedehnt, dann würde die Zahl der Arbeitslosen um ein Bedeutendes aufswellen.

Der Norddeutsche Lloyd giebt die Abrechnung der ersten neun Monate des laufenden Jahres bekannt. Danach betragen die Netto-Ergebnisse für diesen Zeitraum 20 140 000 M. gegenüber 20 300 000 M. in dem gleichen Zeitraum des Jahres 1900 und 13 800 000 M. in den ersten neun Monaten des Jahres 1899. Was das laufende Geschäft anlangt, so würden nach Mitteilung des Vorstandes die Frachteinahmen der Monate Oktober-Dezember des laufenden Jahres einen gewissen Mehrertrag durch den Anfall der amerikanischen Weizenerte ergeben; dieser habe zur Folge gehabt, daß bei gleichzeitig gedrückten Frachten bis zum 31. Oktober des laufenden Jahres ca. 70 000 Tonnen Weizen weniger vom „Norddeutschen Lloyd“ befördert seien als im Vorjahre. Ebenso sei in der Ausfuhr amerikanischer Maschinen und landwirtschaftlicher Geräte ein Rückgang zu verzeichnen. Dagegen zeigen fast sämtliche anderen Artikel in dem Verzeih von den Vereinigten Staaten nach Bremen eine nicht unerhebliche Zunahme, welche sich bis Ende Oktober auf 30 000 Tonnen belaufe. Auf die letzten Monate des verfloffenen Jahres waren zwar Einnahmen aus Transporten entfallen, welche in diesem Jahre ausfallen würden, doch hätte das verfloffene Jahr auf der anderen Seite die schweren Folgen des ökonomischen Wandlungslides zu tragen gehabt. Zur Abhilfe gelangt, bezw. im Umbau fertiggestellt seien seit 1. Januar d. J. 16 Dampfer sowie verschiedene Tender, Dampfmaschinen und Schlepplähne mit einem Gesamtanwert von 35 458 000 Mark, während im gleichen Zeitraum an deutschen Werften und für gekaufte Schiffe gezahlt seien 34 500 000 Mark. Im Bau seien zur Zeit neun transatlantische Dampfer, darunter ein Schnelldampfer, deren Befestigung im Rahmen der vorliegenden Bedürfnisse erfolgt sei, und ein Schulschiff. Die Abfertigungen und Zahlungsstermine erstrecken sich bis zum Jahre 1905. Sämtliche Dampfer seien im regelmäßigen Betriebe beschäftigt. Verkauf seien in den letzten Tagen die Dampfer „G. D. Weier“ und „Willehad“, deren Tadelhaftigkeit den heutigen Anforderungen nicht mehr genüge, zu dem Buchwert entsprechenden Preisen.

Der Bericht stellt ein günstiges Resultat zusammen, aus dem man aber bei näherer Betrachtung doch den Eindruck einer Verschönerung gewinnt. Die Einnahmen aus den Truppentransporten müssen ganz erhebliche sein, und wir gehen nicht fehl, wenn wir annehmen, daß diesem Umstand der Lloyd den vorteilhaftesten Abschlag verdankt. Sollen diese Einnahmen jetzt aus, dann dürfte sich schon für die Folge dieser Fehlbetrag empfindlich bemerkbar machen. Es wäre auch ionderbar, wenn nicht der Lloyd unter denselben ungünstigen Frachtkonverhältnissen leiden würde, die Direktor Vallin von der Hamburg-Amerika-Linie vor kurzem schilderte. Die Situation wird sich auch dann ungünstiger gestalten, wenn die jetzt in Auftrag gegebenen und in Bereitschaft gestellten Schiffe in den Betrieb einrangieren.

Die deutsche Konkurrenz. Der dänische Staat läßt gegenwärtig zwei Dampfschiffe bauen, die für den Verkehr zwischen Odense und Bornhöved bestimmt sind. Eine davon, ein Schraubenschiff, wurde bei einer dänischen Firma, Helsingörs-Eisen-Schiffbauerei zum Preise von 1 020 000 Kronen bestellt; die andre, ein Räderdampfschiff, bei der deutschen Firma Schichau in Elbing, die dafür 850 000 Kronen verlangt hat. Die „Socialdemokraten“ teilt, daß diese Firma für denselben Preis für Mecklenburg eine weit kleinere Dampfschiffe geliefert. Die von Dänemark bestellte Räder-Dampfschiffe soll um 1/3 größer werden und über 400 Pferdekraft mehr verfügen als jene. — Eine Kopenhagener Firma hatte für den Bau beider Schiffe 2 000 000 Kr. verlangt, 220 000 Kr. mehr als sie jetzt kosten werden. Da aber Dänemark zur Überwachung des Baues zwei sachkundige Controlleure nach Elbing schickte und dafür circa 50 000 Kr. verausgabte, beträgt die tatsächliche Ersparnis nur etwa 175 000 Kr.

Für ein Carbid Syndikat wird gegenwärtig in Interessentenkreisen Stimmung gemacht. Diese schnelltemporischende Industrie leidet gegenwärtig unter einer gewissen Ueberproduktion. Man rechnet in Deutschland, der Schweiz, Frankreich, Oesterreich, Italien, Schweden und Norwegen die Jahresproduktion auf ungefähr 75 000 Tonnen, während nur 11—12 000 Tonnen gebraucht werden. Die Acetylenindustrie, die dieses Produkt zur Gaszerzeugung bedarf, hat mit dieser Entwicklung nicht Schritt halten können. Durch die Konkurrenz ist der Preis von 40 Pf. pro Kilo auf 18 Pf. zurückgegangen. Das Syndikat hat die Absicht, den Preis wieder auf 30 Pf. hinaufzusetzen. Damit entstände die Gefahr, daß in der Verwendung des Acetylen eine Hemmung eintrete, die Konkurrenz mit andern Leuchtgasen und Beleuchtungsmitteln zurückgedrängt wird. Uebrigens scheint und der Plan so groß angelegt, daß an eine Verwirklichung noch gezweifelt werden muß. Vorausgegangene ähnliche Versuche sind auch bisher immer von einem Mißerfolg begleitet gewesen.

Sociales.

Konsumvereine, Socialdemokratie und Demuziantenvereine.

Vor einiger Zeit ging eine Notiz durch die Presse, die namentlich von der „Deutschen Tageszeitung“ begierig aufgegriffen und unter dem Titel „Konsumvereine und Socialdemokratie“ gehörig verarbeitet wurde. Darin wurde mitgeteilt, daß der Konsumverein in Eutrich bei Leipzig einigen Arbeitervereinen der Gegend ein paar Mark zu Bildungszwecken überwiesen habe. Daraus wurden dann sofort temperamentvolle Erörterungen geknüpft über die Unterfütterung der Socialdemokraten durch die Konsumvereine und schließlich gerichtliches Einschreiten gegen den Eutricher Verein gefordert wegen Verletzung des Genossenschaftsgesetzes.

Jetzt stellt sich heraus, daß nur durch eine dreifache Unterschlagung die Möglichkeit geschaffen wurde, den Verein der Unterfütterung politischer Bestrebungen zu zeihen. Die gefälschte Mitteilung war aus dem Geschäftsbericht des Vereins entnommen. In diesem heißt es nun:

„Der Dispositionsfonds hat sich um 400 Mk. vermindert. Den Arbeitervereinen Schleußig und Lindenthal wurden je 30 Mk. und den Arbeitervereinen Wahren, Mödern, Hähnchen, Volkshilfsvereine Gohlis, Rodau und dem Gemeinnützigen Verein Leipzig-Eutrich wurden je 40 Mk. zu Bildungszwecken überwiesen. Ferner wurden für die Milchkolonie des Schreibervereins Gohlis 60 Mk. und für die Milchkolonie des Schreibervereins Eutrich 40 Mk. gekostet.“

Die Schreibervereine sind reine Wohlthätigkeitsvereine. Der Konsumverein hat also aus einem zu Wohlfahrtszwecken geschaffenen besonderen Fonds verschiedene Wohlthätigkeitseinrichtungen ohne Ansehen der Partei unterstützt. Diese Thatfachen haben aber die Herrn Demuzianten verschwiegen.

Grundsätze für das Verfahren bei Einführung eines Ladenschlusses vor 9 Uhr abends wird der Bundesrat aufstellen. Ein Entwurf zu einer solchen Bundesrats-Verordnung ist den Bundesregierungen zugegangen.

Die ungerechte Wirkung der Umsatzsteuer scheint sich ihren Vätern in Sachsen immer sichtbar zu machen. Wie schon mehrere andre Gemeinden, so hat jetzt auch die Gemeinde Reysa bei Dresden die dort bisher in Höhe von 2 Proz. erhobene Umsatzsteuer, die nur den Konsumverein traf, auf 1 Proz. herabgesetzt. Die socialdemokratischen Gemeindevorsteher hatten die vollständige Aufhebung der Steuer verlangt. Dies vermochten sie jedoch noch nicht durchzusetzen.

Die Hygiene in der Barbierstube. Für den Regierungsbezirk Magdeburg ist eine Verordnung für Barbierstuben etc. erlassen worden.

Nach dieser dürfen Friseur-, Barbier- und Haarschneidestuben nicht als Schlafstellen benutzt werden.

Hunde und Katzen dürfen in denselben nicht geduldet werden. Personen, welche an einer Haut- oder Hautkrankheit oder an einer ansteckenden Krankheit leiden, dürfen das Gewerbe des Friseur-, Barbierens oder Haarschneidens nicht ausüben.

Das Frisieren, Barbieren und Haarschneiden darf nur mit reinen Händen vorgenommen werden.

In jeder Friseur- oder Barbierstube ist für ausreichende, für das Personal bestimmte Waschgelegenheit zu sorgen, derart, daß daselbst sich jederzeit die Hände mit Seife in reinem, noch unbenutztem Wasser waschen und mit einem noch gehörig sauberen und trocknen Handtuch abtrocknen kann.

Alle bei dem Frisieren, Barbieren oder Haarschneiden zur Verwendung kommenden Tücher, Friseurmäntel, Unterlagen, Staubstoffe und dergleichen müssen gehörig trocken und sauber, jedenfalls ohne sichtbare Schmutzstellen sein. Aus Papier bestehende Staubstoffe usw. sind nach einmaliger Benutzung zu vernichten.

Seffel, an die der Kopf gelehnt werden soll, sind vorher mit einem Staubtuche, z. B. einem Blatt Seidenpapier, zu bedecken.

Personen, welche erkennbar an einer Haut- und Hautkrankheit des Kopfes, an Ungeziefere oder an einer ansteckenden Krankheit leiden, dürfen in den Friseur-, Barbier- oder Haarschneidestuben nicht bedient werden.

Verhältnisse der Schweizerischen Staatseisenbahnen.

Der Verwaltungsrat der Bundesbahnen hat in längster Zeit allgemeine Dienstvorschriften für die Beamten und ständigen Angestellten erlassen, die in mancher Beziehung bemerkenswert sind. Vorausgeschickt sei, daß für die Arbeitszeit, freie Zeit usw. ein besonderes Gesetz, das sogenannte Rubetagsgesetz, vorhanden ist und ferner für die Löhne und Gehälter das besondere Besoldungsgesetz. Die nun erlassenen Dienstvorschriften betreffen das Verhalten im Dienste und sie bestimmen u. a. folgendes: Die Beamten und Angestellten haben sich durch ihr Verhalten in und außer dem Dienste der Achtung und des Vertrauens würdig zu erweisen, die ihre Stellung erfordert. Sie haben ferner den Vorgesetzten wie den Untergebenen gegenüber ein freundliches und taktvolles Benehmen zu beobachten, ebenso gegenüber dem Publikum entschieden, aber höflich und geschäftig zu sein. Der Betrieb einer Wirtschaft oder der Kleinverkauf von Getränken ist dem Personal wie den mit

ihnen in gemeinsamem Haushalt lebenden Familienangehörigen untersagt, ebenso die Annahme von Geschenken oder Vergütungen für dienstliche Beziehungen sowie die Beteiligung am Würfelspiel. Jene Beamten und Angestellten, für welche das Rubetagsgesetz keinen zusammenhängenden Urlaub zur Erholung vorschreibt, soll ein solcher von einer Woche gewährt werden bei einer Dienstzeit bis zu zehn Jahren, von zwei Wochen bei einer Dienstzeit von 11 bis 20 Jahren und von drei Wochen bei einer Dienstzeit von mehr als 20 Dienstjahren. Der vorgesehene Dientritt bleibt die Entscheidung vorbehalten, ob Dienstabwesenheiten aus Gesundheitsrücksichten zufolge ärztlicher Anordnung in den gewöhnlichen Urlaub einzurechnen sind.

Alterspension für häusliche Arbeiter. Der Gemeinderat von Brüssel hat beschlossen, diejenigen Arbeiter und Unterbeamten der Stadt, welche als Beamte nicht pensionsberechtigt sind, an die staatliche Pensionskasse anzuschließen. Die Arbeiter haben pro Monat 1 Fr. zu zahlen, während die Stadt für jeden 2 Fr. zuzuschleht. Nach diesem System erhält ein Arbeiter, der mit seinem 20. Lebensjahre in den Dienst der Stadt tritt, mit dem zurückgelegten 60. Lebensjahre eine Pension von 411 Fr., mit dem 65. Jahre eine solche von 714 Fr.; derjenige, der mit dem 25. Lebensjahre eintritt, erhält 390 beziehentlich 577 Fr. usw. Die Uebergangsbestimmungen gehen dahin, daß für die Arbeiter, die schon jetzt das 65. Lebensjahr erreicht haben, eine sofortige Pension von 300 Fr. aus städtischen Mitteln eintritt. Die weitergehenden Anträge der socialdemokratischen Gemeindevertreter fanden keine Zustimmung.

Aus der Frauenbewegung.

Die Frauenkleidung auf der Auftragsbank.

Die Frauen, welche sich gern raten lassen, leben jetzt in glücklichen Tagen. Denn in großen und kleinen Räten, für wichtige Lebensfragen und kleine Tagesinteressen erhalten sie in Wort und Schrift des Rates überreiche Fülle. Die Bibel verbietet beinahe dem Gläubigen zu fragen: „Was werden wir essen? was werden wir trinken? Worein werden wir und kleiden?“ Dieses Verbot läßt sich heute leicht einhalten, denn ganz ungefragt kommen wohlwollende Ratgeber von allen Seiten, um über diese wichtigen Dinge den besten und allerbesten Rat zu erteilen.

Dabei ist die Bekleidungsfrage offenbar im Vorteil gegenüber der Ernährungsfrage. Bei dieser letzteren läßt sich in keiner Weise verhehlen, daß der erste Rat lautet mühe: „Habe mehr Geld“. Die gutgemeinten Rezepte, wie man aus schlechtem, weil zu billigem Material eine nicht nur schmackhafte, sondern auch nahrhafte Kost zubereiten könne, tragen den Verlegenheitsstempel zu deutlich an der Stirne. Aber bei der Kleidung scheint diese Schwierigkeit kaum vorhanden; die Erneuerung braucht nichts zu kosten; sie könnte im Gegenteil eher eine Ersparnis bedeuten. Seit Jahren steht sie auf der Tagesordnung; auch Kerze leihen ihre Wirkung, von dem Standpunkt ausgehend, daß die heutige Tracht viele Leiden der Frauen herbeiführt, welche bei naturgemäherer Kleidung verschwinden würden. Dr. Justus Thiersch aus Leipzig richtet in einer Broschüre „Die Schädigung des weiblichen Körpers durch fehlerhafte Kleidung“ einen heftigen Angriff gegen das Korsett, dessen Gebrauch er eine große Anzahl von Leiden und Krankheiten zuschreibt. Da er seine Behauptungen durch Beweise erhärtet und durch deutliche Abbildungen erläutert, verdient seine Belämpfung jenes bössartigen Korsettsinstrumentes um so mehr Beachtung, als Frauen aller Stände gleichmäßig unter diesen Uebeln leiden. Die berühmte „Schulrleder“, die Abschmähung eines ansehnlichen Teiles dieses wichtigen Organs durch den Druck und die Zusammenziehung in der Hüftengegend, meint der Autor am häufigsten bei älteren Arbeiterinnen gefunden zu haben. Denn nicht das zu enge Schürzen der jugendlichen Eitelkeit hält er für die gefährlichste Schädigung, sondern den fortgesetzten schwachen Druck, der sich dem Weibchen nicht bemerkbar macht, seinen Schmerz verursacht, aber in heimlicher Weise Nagen und Leber, Lunge und Herz drückt und drängt, aus der normalen Lage schiebt und nicht erlöst wird, ehe es zur Abhilfe zu spät geworden.

Auch die Eitelkeit wird wohl nicht mehr lange beim Schürzen auf ihre Rechnung kommen. Wir leben in Zeiten des Fortschritts, welche auch auf den Geschmack und das Kunstverständnis fördernd einwirken. So läßt sich hoffen, daß auch die Bekleidungsfrage nicht länger als Schönheitsideal gelten darf, sondern der unverbildete, schlanke aber kräftige Wuchs seine richtige Veranschaulichung findet. Wir stimmen deshalb unbedenklich den guten Gründen des Dr. Thiersch zu und raten sowohl der Jugend als dem Alter: Tragt kein Korsett! H.

Im Verein Schwedischer Frauen und Mädchen sprach in der regelmäßigen Versammlung am 13. November Fräulein Fanny Imle über den Wert der Konsumvereine. Die Zuhörerinnen, die der Rednerin am Schluß reichen Beifall spendeten, nahmen davon manche Belehrung mit nach Hause.

In Vereinsangelegenheiten teilte die Vorsitzende mit, daß die Kinder der Mitglieder bis zum 15. Dezember angemeldet sein sollen, um dem Vergnügungskomitee das Einkaufen zu erleichtern.

Eine Erziehung unehelicher Mütter durch die Verzeichnung „Frau“ wird von bürgerlichen Frauen in der Schweiz angestrebt. Eine Frau Mühlberg-Sutermeister in Karau stellte ein Initiativbegehren auf betreffend die bezügliche Ergänzung des vorliegenden Entwurfs zu einem schweizerischen Zivilgesetz und sie wandte sich behufs Unterstützung desselben an die Frauen- und Arbeiterinnenvereine, sowie an die Familien- und Frauenzeitungen und erlangte trotz der vielfach kalten Ablehnung stolzer Bürgerfrauen 16 000 Unterschriften von einzelnen Frauen und Frauenvereinen. Die Motive, welche die Initiantin zu ihrem Vorgehen bewegen, sind humaner wie socialer Art; sie glaubte dadurch die sociale Stellung der unehelichen Mütter wie der unehelichen Kinder heben zu können, die freilich in der Hauptsache von materiellen und weniger von idealen Faktoren abhängig ist. Uebrigens besteht wohl diese Uebung heute schon vielfach im Leben, ohne daß ein Gesetz hierüber etwas bestimmte. Ob die Initiantin schließlich den gewünschten Zweck erreichen und die gewünschte Bestimmung in das Zivilgesetz Aufnahme finden wird, bleibt abzuwarten.

Versammlungen.

Der Centralverband der Maurer hielt am 15. Novbr. im großen Saale des Gewerkschaftshauses eine außerordentlich stark besuchte Versammlung ab, in der über die Verlängerung des Vertrages Beschluß gefaßt werden sollte. Kollege Vanjer gab zunächst einen kurzen Rückblick auf die Entstehung und die Wirkungen des Vertrages in diesem Jahre und hob hervor, daß trotz der großen Antipathie, welche damals bei der Vertragsabschlussung unter einem großen Teil unserer Kollegen herrschte, dieselben doch im Laufe der Zeit von der Notwendigkeit eines Vertrages überzeugt wurden. Redner ist der Ansicht, daß mit Rücksicht auf unsere augenblickliche Lage für uns die zwingende Notwendigkeit erwächst, den Vertrag zu erneuern. Den Ausführungen des Redners folgte eine längere Diskussion, in der sich Wud, Veder, Silberbachmidt, Wenzler und andre im Sinne des Referenten aussprachen. Einige Änderungsanträge wurden dann nach kurzer Debatte abgelehnt, und folgender, von der Verbandsleitung gestellter Antrag gegen 148 Stimmen angenommen:

„Die Versammlung beauftragt ihre Vertreter in der Abzweckungskommission, zwecks Verlängerung des Vertrages über die Lohn- und Arbeitsbedingungen auf ein weiteres Jahr mit den Vertretern der Arbeitgeber in Verhandlung zu treten.“

Unter Verschiedenes wurde betreffs der Sammlung zum Streikfonds noch folgender Antrag angenommen: „Die Versammlung beschließt, daß in der Woche vom 24.—30. November zum letztenmal zum Streikfonds gesammelt wird. Karten, welche bis zum 30. November in Ordnung sind, erhalten den Schutzstempel“. Nachdem noch Schulz die Versammelten auf die Verlängerung der Arbeitszeit

in dieser Woche hingewiesen hatte, erfolgte mit einem dreifachen Hoch auf die deutsche Gewerkschaftsbewegung Schluß der imposanten Versammlung.

Der Arbeiter-Sängerbund hielt am Sonntag, den 10. d. Mts. in der Brauerei Friedrichshain eine Ausschuß-Sitzung ab. Die beiden Vereine „Freie Sänger“ (Oranienburg) und „Offnung“ (Berlin), welche sich zur Aufnahme gemeldet hatten, wurden dem Bunde als zugehörig erklärt. Der Arbeiter-Samariterkolonne und dem Arbeiter-Schwimmerbund werden für ihre Bemühungen beim Sängerbunde eine Entschädigung von 100 resp. 50 M. bewilligt. — Sodann wurde scharf getadelt, daß der Turnverein „Fichte“ zu einem Vergnügen den „Schäferschen Sängerbund“ engagiert hatte, welcher sich nie um untre Interessen kümmere. Dem Antrag, die Flugblätter, welche von der Liebergemeinschaft herausgegeben sind, den Mitgliedern des Bundes unentgeltlich zuzustellen, wird zugestimmt.

Charlottenburg. Am Mittwoch, den 13. d. Mts., tagte eine öffentliche Versammlung der Maler und verwandten Berufsge nossen im Lokal von L e b e r, Bismarckstr. 74, in welcher Genosse Apotheker Bogel über: „Was für ein Interesse müssen die (besten) Gewerkschaften an der Vertretung im hiesigen Stadtparlament haben“, sprach. Redner führte verschiedene Mißstände der hiesigen Stadtverwaltung, „Submissionswahlen“ etc. an und forderte auf, sich recht zahlreich an den Stichwahlen zu beteiligen. Labude und Flemming gaben der Hoffnung Ausdruck, daß die Beteiligung an den Stichwahlen seitens der Maler besser sei als bei der Hauptwahl. Genosse Menge sprach sodann über: „Die Bedeutung der partiellischen Arbeitsnachweise für die Arbeiter“. In einem längeren, gut durchdachten, sehr beifällig aufgenommenen Vortrage führte er die Vorteile der partiellischen Arbeitsnachweise gegenüber denen der Unternehmervereine und Innungen vor Augen. In der Diskussion sprachen sich verschiedene Redner im Sinne des Referenten aus und wurde folgende Resolution angenommen: Die heute am 13. Novbr. tagende öffentliche Versammlung der Maler und verwandten Berufsge nossen spricht dem Vorgehen des hiesigen Gewerkschafts-Komitees in Bezug auf Einreichung des Antrages: „Den hiesigen partiellischen Arbeitsnachweise für ungelernete Arbeiter zu erweitern für die gelehrten Arbeiter und das Gefinde“, ihre vollste Sympathie aus und hofft, daß diese schon oft gestellte Forderung endlich auch durchgeführt wird. Zum Schluß forderte Flemming die Anwesenden, welche noch nicht organisiert sind, auf, sich dem Verband anzuschließen und schloß die Versammlung mit einem Hoch auf die Vereinigung der deutschen Maler und verwandten Berufsge nossen.

Groß-Lichterfelde. Der socialdemokratische Wahlverein Groß-Lichterfelde-Lankwitz hielt am Mittwoch seine Monatsversammlung ab. Vor Eintritt in die Tagesordnung ertheilte die Versammlung das Andenken des verstorbenen Genossen Schoenlank in der üblichen Weise. Hierauf nahm Genosse Weyler das Wort zu einem einstündigen, sehr instruktiven Vortrag über Arbeiterversicherung. In der Diskussion über den mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Vortrag nahm Genosse Kersting Veranlassung, die Genossen auf die Wichtigkeit der Versammlungen der Krankenlosen hinzuweisen, die leider sich keines guten Besuches zu erfreuen hätten. Seitens des Vorstandes wurde der Versammlung ein Antrag betreffend den Ausbau der örtlichen Organisation unterbreitet und vom Genossen Wenzel eingehend begründet. Der sehr lebhaften und langen Debatte folgte die einstimmige Annahme des Antrages.

Nixdorf. Der socialdemokratische Wahlverein Nixdorf hielt am 13. d. M. in Apollo-Theater, Hermannstr. 48—50, seine Mitgliederversammlung ab. Vor Eintritt in die Tagesordnung ertheilte die Versammlung das Andenken des verstorbenen Genossen Dr. Bruno Schoenlank. Genosse Robert Schmidt hielt hierauf einen vorzüglichen, beifällig aufgenommenen Vortrag über „Deutschlands Handelsverträge“. Eine Diskussion über diesen Vortrag fand nicht statt. Neu aufgenommen wurden 79 Mitglieder. Das Parteitagungsprotokoll soll den Mitgliedern für 30 Pf. abgegeben werden. Um den Kassierer zu entlasten, sollen die Mitglieder ihre Beiträge so viel wie möglich in den Zahlstellen regeln.

Lichterberg. Mit den bevorstehenden Gewerkschaftswahlen in Lichterberg beschäftigte sich eine öffentliche Versammlung der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter von Lichterberg, Rummelsburg und Umgebung.

Nachdem Vrätsche die Art und Zuständigkeit sowie Thätigkeit der Gewerkschaften erläutert hatte, protestierte derselbe im Namen seiner Kollegen gegen den Beschluß der öffentlichen Gewerkschaftsversammlung sowie des früheren provisorischen Wahlkomitees, wonach den im Handels- und Verkehrsgewerbe beschäftigten Arbeitern nur ein Kandidat von vierzehn zugestanden wurde. Es sei dies ein um so größeres Unrecht, als man dem Vangewerbe vier Kandidaten zuzurechnen, obgleich nur circa 20 Kaufmann am Orte existieren, gegenüber 253 selbständigen Unternehmern, welche Handels- resp. Transportgeschäfte unterhalten. Die Versammlung beschloß, als Kandidaten zum Gewerkschaftswahlrecht für die Gruppe Handel und Verkehr die Kollegen Karl Vrätsche, Berl. Leisingstr. 4, und Gustav Wackhaus, Blumenthalstr. 27, vorzuschlagen und protestierte in einer Resolution gegen die von dem Referenten geschilderte Vorschlagsweise.

Herzfelde. Am 10. November tagte im H. Henze'schen Saale hierzulande eine Volksversammlung, die sehr gut besucht war. Vor Eintritt in die Tagesordnung erhoben sich die Anwesenden zur Ehre des verstorbenen Genossen Bruno Schoenlank von ihren Plätzen. Zum 1. Punkt referierte Genosse Th. Regner, Berlin unter reichem Beifall über die gegenwärtige politische Lage. In der Diskussion sprach dann der Herr Amtsvorsteher Klein zu Herzfelde. Die Not, die jetzt herrschen sollte, wäre nicht so schlimm, wenigstens nicht in Herzfelde, aber die Socialdemokraten machten die Leute unzufrieden durch ihre heftigen Reden, und diese heftigen Reden „mühten einfach geknagt werden“. Genosse Regner erwiderte ihm, daß wir es nicht nötig hätten zu hegen, denn die niedrigen Löhne, die hier und in der Umgebung gezahlt werden, würden die Leute kaum zufrieden machen, und ob dann die hier Anwesenden alle keine Deutschen wären und ob er gleich einen Strich mitgebracht hätte, dann könnte das Hängen ja losgehen. Genosse Schröder aus Herzfelde für denn auch sofort in der Lage, ein Beispiel dafür zu erbringen, wie die Unzufriedenheit erregt wird. Sein 64 Jahre alter Vater, der längere Zeit keine Arbeit gehabt hat und jetzt die Woche 5 M. verdient, soll noch Steuern zahlen. Da er dieselben nicht entrichten konnte, wurde ihm die Wandsuhr gepfändet. Nachdem noch die Genossen Feuerherd und Wobslana mehrere Mißstände im Gemeinwesen geschildert hatten, wurde die Versammlung mit einem dreimaligen Hoch auf die internationale Socialdemokratie geschlossen.

Produktenmarkt vom 18. November. Getreide. Heute enthielt sich in Oesterreichlicher Reichthum. Ausland, das bereits wiederholt als Käufer für Maltsolter aufgetreten ist, war mit geteigerten und dringlichen Orders am Markt, wodurch eine Preissteigerung um etwa 1/2 M. erzielt wurde. Malts wurde von dieser Bewegung nicht berührt, da Amerika (schwache Tendenz) meldete, und konnte sich nur behaupten; die Umstände waren sehr klein. Bekalisch lagen die Verhältnisse am Markt für Brottreide. Amerika kam matter, Oesterreich-Ungarn nach schwächerem Beginne erholt. Bei uns war Weizen und Roggen sehr still, im Preise schwach behauptet. Amherber rentable Offerten kamen nur aus zweiter Hand. Das Geschäft in Weizen (schleppend) bei kaum veränderten Preisen. Rüböl blieb sehr still. Spiritus konnte sich um 80 Pf. erholen, gehandelt wurden circa 4000 Liter 70er loco mit 31 M. Schluß für Getreide schwächer.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet am Dienstag, Donnerstag und Freitag von 7—9 Uhr abends statt.

100. Natürlich ... Schloffer. Unterhaltung. Wenden Sie sich an einen der folgenden Vereine: Berliner Frauenverein zur Abhilfe der Not unter den kleinen Fabrikanten und Handwerker, Vorsitzende: Frau Ida Salomonsohn, Charlottenburg, Hardenbergstr. 18; Friedrich-Wilhelm-Stiftung für Arbeiterinnen, Rathhaus, Zimmer 17—19; Bürger-Rettungs-Institut, Gr. Präsidentenstr. 7, H. 21. Eine sichere Auskunft ist unendlich zu geben. Man kann annehmen, daß die Bank sich erholt.

N. 24. 153. Lesen Sie Nr. 200 des „Vorwärts“, Parteinachrichten, 8. Seite des Hauptblattes.
M. L. Wenden Sie sich wegen eines Waisenkindes an die städtische Armenverwaltung, Abteilung für die Waisenverwaltung, Alie Jakobstr. 33. Je nach dem Alter des Kindes variiert das monatliche Gehalt zwischen 9 und 15 Mark.
W. S. Schöneberg. In welcher Art der überlebende Ehegatte erbt, ist § 854 des dem Arbeiterrecht angehängten Führers dargestellt. Das Buch liegt in den öffentlichen Bibliotheken aus. — Karl S. Die Firma ist zum Erlag verurteilt. („Arbeiterrecht“ S. 166.) — M. R. 100. 1. Organ die Weigerung des Vormundes ist Beschwerde beim Vormundschlichter zulässig. 2. Dafür gibt es keine Grenze. — W. M. 61. S. 2. 10. Rein. — G. P. 1901. Bis am 19. November kann zum 1. Januar gekündigt werden. — Peter Mund. 1. Sie können den Weg der Privatklage erheben, müssen also erst an den Schlichter gehen, dann an das Amtsgericht. 2. Ja. — 1000. Rein. — W. S. 17. Eine Ehe ist gültig, wenn sie in den Formen geschlossen wird, die für den Ehestand des Landes vorgeschrieben sind, in denen die Ehe geschlossen wird. In Deutschland geschlossene Ehen sind nur dann gültig, wenn sie vom Standesbeamten geschlossen sind, gleichviel ob es sich um Deutsche oder um Ausländer handelt. Ebenso ist die in Ausland unter Beobachtung der dort vorgeschriebenen Formen geschlossene Ehe hier in Deutschland gültig. — Schwere II. In beiden Fällen würden Sie für die

letzten fünf Jahren Steuern zu zahlen haben. — W. M. Das ist zu spät. — Walter 1900. Zum Ertrag einer Scheibe ist eine Rechenmethode nur verpflichtet, wenn sie gültig hat. Aber auch in diesem Fall darf nicht vom Lohn abgezogen werden, es müsste der Schaden besonders eingestuft werden. — G. H. Reindendorf. Ihre Vertragsfrist läuft bis zum 1. April. Anlegen lassen Sie der Ehe, er muss dann aber für die Rückzahlung zahlen. Ihre Forderung wäre im Fall eines Konkurses als bevorrechtigte anzusehen. — A. 31. Stellen Sie gegen das laudere Ehepaar bei der Staatsanwaltschaft Strafantrag wegen Hausfriedensbruch und Verleumdung, den Antrag können Sie schriftlich einreichen. — J. 100. Ja. — W. S. 26. Das von Ihnen abdrücklich mitgeteilte Testament ist gültig, wenn oberhalb der Worte „Obiges Testament u. s. w.“ der Name des Testaments H. W. M. zu sehen kommt und wenn ferner die Worte „Obiges“ an von der Frau eigenhändig geschrieben sind. Ein Testament ist ohne Stempelung gültig. — W., Wrangelstr. 83. Sie haben noch keinen Anspruch auf Alimenten, weil es mit der nötigen Zahl von Marken heuert. Wohl aber können Sie, ja 118 Sie erwerben können, ja 118 Sie erwerben können. — Stephan. Rein. Sie können aber jeden Tag Ihre Aufnahme in den preussischen Staatsverband beantragen. Dann werden Sie Preusse, bleiben aber Baden. — 1901. 1 und 2. Leider ja. — R. 12. 1. Rein. 2. Eine einfache Aufforderung genügt. Wird für nicht haltgegeben, so können Sie auf Wiederherstellung des ehelichen Lebens klagen. — G. P. 99. Die Vorschrift der Hofordnung, das gegenseitige

Einigung ausgedrückt ist, ist gültig. — W. S. Die Klage gegen Sie würde Erfolg haben. — Paulus 100. Leider haben Sie kein Recht auf Aufhebung des Vertrages und könnten nur auf Befreiung des Rauges klagen. — P. S. S. Wenden Sie sich an Siemens u. Halske. —

Witterungsübersicht vom 18. November 1901, morgens 8 Uhr.

| Stationen | Barometer hohem mm | Wind- richtung | Wolkenart | Wetter | Temp. u. G. in C. u. F. | Stationen | Barometer hohem mm | Wind- richtung | Wolkenart | Wetter | Temp. u. G. in C. u. F. |
|------------|-----------------------|-------------------|-----------|---------|----------------------------|------------|-----------------------|-------------------|-----------|------------|----------------------------|
| Bismarck | 761 | SW | 5 | bedeckt | 4 | Japaranda | 748 | R | 4 | wolklos | -7 |
| Danzburg | 771 | SW | 6 | Regen | 4 | Velersburg | — | — | — | — | — |
| Berlin | 765 | SW | 4 | bedeckt | 3 | Lort | 774 | SW | 3 | 5 bis bed. | 6 |
| Frankf./M. | 773 | SW | 2 | bedeckt | -2 | Koblenz | — | — | — | — | — |
| München | 773 | SW | 2 | bedeckt | -2 | Paris | 775 | SW | 1 | wolklos | -5 |
| Wien | 772 | SW | — | wolklos | -2 | | | | | | |

Wetterprognose für Dienstag, den 19. November 1901.
Etwas wärmer, ziemlich trübe mit leichten Regenschauern und mäßigen südwestlichen Winden

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Dienstag, 19. November.
Opernhaus. Der Evangelist. Anfang 7 1/2 Uhr.
Schauspielhaus. König Richard der Dritte. Anfang 7 1/2 Uhr.
Neues Opern-Theater (Kroll). Luther. Anfang 7 1/2 Uhr.
Schiller. Figaros Hochzeit oder: Ein toller Tag. Anfang 8 Uhr.
Deutsches. Die verurteilte Gode. Anfang 7 1/2 Uhr.
Berliner. Die rote Robe. Anfang 7 1/2 Uhr.
Festung. Die lieben Feinde. Anfang 7 1/2 Uhr.
Reichshallen. Sein Doppelgänger. Im Coupé. Anfang 7 1/2 Uhr.
Neues. Das Gung-Weibliche. Anfang 7 1/2 Uhr.
Wehen. Don Juan. Anfang 7 1/2 Uhr.
Secessionstheater. Delfos Hittencron's Dumm's Drell. Anfang 8 Uhr.
Central. Gastspiel von Ade Fuller und Sada Hacco mit ihrer Gesellschaft aus Tokio. Die Weibin und der Ritter. Réja. Anfang 7 1/2 Uhr.
Thalia. Ein tolles Geschäft. Anfang 7 1/2 Uhr.
Kaiser. Schiedsmann Sempel. Anfang 8 Uhr.
Carl Weick. Berliner Rangen. Anfang 8 Uhr.
Friedrich-Wilhelmstädtisches. Offenbach's Opéra. Perichole, die Strahlenfängerin. Anf. 7 1/2 Uhr.
Velle. Alliance. Frig Heuter. Hierauf: Dunkel Wärdig's letztes Schicksal. Anfang 8 Uhr.
Colonia-Theater. Berlin W. — Berlin N. Specialitäten. Anfang 8 Uhr.
Metropol. Specialitäten-Vorstellung. Schön war's doch. Anfang 8 Uhr.
Mylo. Specialitäten-Vorstellung. König Kana. Anfang 8 Uhr.
Passage-Theater. Specialitäten-Vorstellung. Anfang nachmittags 5 Uhr.
Passage-Variété. Specialitäten-Vorstellung. Anfang 8 Uhr.
Reichshallen. Sittlicher Sänger. Anfang 8 Uhr.
Palast. Specialitäten-Vorstellung. Großstadtzauber. Anfang 8 Uhr.
Urania. Tonabend. 18/19. (Im Theaterlokal) Abends 8 Uhr: Ueber den Wolfen.
Im Orchester: Fernschreiber und Fernsprecher. Anfang 8 Uhr.
Invalidenstr. 57/63. Täglich: Sternwarte.

Urania.

Tauben-Strasse 48/49.
Im Theater um 8 Uhr:
Ueber den Wolfen
Im Hörsaal:
Fernschreiber und Fernsprecher.
Invalidenstr. 57/63.
Tägl. Sternwarte.

Castans Panopticon.
Friedrichstr. 165.
Horwarth's wunderbare 6 Liliputaner
mit ihren kleinsten Pferden der Welt und Pracht-Equipage!

Apollo-Theater.
Heute letztes Auftreten von **Frl. Carola** vor Antritt ihres Urlaubes in der Burleske:
König Aqua.
Im 3. Bilde: Grosses Ballett unter Mitwirkung des Luftballett:
„Grigolatis“.
Ferner:
8 auserlesene Specialitäten.
Anfang 8 Uhr.

Metropol-Theater.
Schön war's doch.
Gr. Berliner Ausstattungssposse mit Gesang u. Tanz in 5 Bildern.
Emil Thomas u. G.
J. Josephi. — H. Bender.
Urkommische Parodie.
!! Bender als Sahar !!
Anfang 8 Uhr.
Rauchen überall gestattet. Am Totensonntag, 21. d. M.: Einmaliges Gastspiel des Königl. Kammer- u. Hof-Opernsängers **N. Rothmühl** mit dem Ensemble des Opern-Theater des Westend:
Die Jüdin.

Palast-Theater
(früher Fein-Palast)
Burgstr. 22.
Direktion: Winkler u. Fröbel.
Dienstag, 19. November 1901:
Großer Erfolg's sensationellen **Kunst-Specialitäten.**
Um 9 Uhr. Novität. Um 9 Uhr. Die abendliche mit harmonischem Weiss aufgenommene große Ausstattungsbühne:
Grossstadtzauber
u. H. Gering. Musik u. Sommerfeld. Dugo Kuffo — Dir. Rich. Winkler. Anfang 8 Uhr. Entree 50 Pf. Nummeriert 1 M.
Sonntag, den 24. November: Einmalige Aufführung:
Am Versöhnungstage.
Hoffschütz u. Gesang in 5 Bildern.

Casino-Theater.
Lothringersstr. 37.
u. a.: Gastspiel der **„Fougères“.**
9 1/2 Uhr.
Berlin N. Berlin W.
Anf. Woch. 8 Uhr. Sonnt. 7 1/2 Uhr.

Reichshallen.
Stettiner Sänger.
„Bosco“.
„Eubentens“.
Anfang 8 Uhr.
Sonntags 7 Uhr.

Passage-Theater.

Anfang Wochentags 5 Uhr, Sonntags 2 Uhr. Ende 11 Uhr.
Lotte Sebus
der neue Stern der Variétébühne.
Auftreten 10 Uhr.
„Mascagni“
Italienisches Opern-Trio.
Auftreten 9 Uhr 30 Min.
Die 24 Togomädchen
mit ihren Kriegstänzen und Gesängen um 10 Uhr 30 Min. 16 erstkl. Nummern!

Schall und Rauch.
Unter den Linden 44.
Dienstag, den 17. November 1901:
Neues Programm!
Vorstellung vor Sonnensturm. Familien-Idyll. — Herbstzauber. — Unbelauschte Momente. — Kasperle-Theater.
Mittwoch, 20.: Geschlossen.
Donnerstag, 21.: Erstes Gastspiel **Anne Judde** vom „Théâtre des Variétés“ in Paris.

Orpheus-Theater.
Friedrichstr. 236.
30 internationale Künstler
Gastspiel: Genel. Mendelsohn, George u. Waque von der Pariser „Nouvelle“.
Anfang 8 Uhr.
Entree: 1, 2, und 3 M.
Börsekauf im Warenhaus Bernheim, Leipzigerstr. 223, und bei Zander, Friedrichstr. 223.

W. Noacks Theater.
Bismarckstr. 14.
Der Waldteufel.
Voll mit Gesang in 4 Akten von W. Noack. Musik von G. Stiefens.
Neue Konzertsänger.
Donnerstag:
Der Waldteufel.

Sanssouci
Kottbuserstr. 4a.
Jeden Sonntag, Montag und Donnerstag
Hoffmanns Norddeutsche Sänger
Nach jeder Soliste: Tanz. Neu! Neu! Neu!
Lehmann's Heimkehr.
Sonntag, 24. Novbr.: Einmalige Aufführung des vorzüglichsten Schauspielers:
Der Haxer von Kirchfeld
von Ludwig Angenbrun.
Unter Mitwirkung des „Berliner Schauspiel-Vereins“.

Deutsche Konzerthallen.
An der Spandauer Brücke 3.
Vornachst. Vergnügungsort!
Täglich: **Internationale Konzerte.**
Specialität: Doppel-Vorstellung von erstklassigen Kräften.
Special-Ausschank der Berliner Bock-Brauerei.
Vorzügliche Küche. Gut gepflanzte Biere.

Cirkus A. Schumann.
Dienstag, 19. d. M., abds. präc. 7 1/2 Uhr: Große außerordentliche Welt-Vorstellung.
Solo-folter Erfolg der November-Specialitäten. Ferner: Real! Aus Amerika special für Berlin engagiert: **Mr. Chester Johnstone** der phänomenale Amerikaner mit seinem wirklich sensationellen neuen Akt.
Mr. Thompsons Wunder-Elefanten.
Unspürbar Kontrastlos. Unerreichl. u. a.: Real! Höchst originell!
Elefanten als Ballettensens.
Dir. Alb. Schumanns neueste Original-dressuren.
Zum Schluss zum 30. Mal:
Quer durch Paris
(A Travers Paris).
Schwartz: Nordseebad Scheveningen. Morgen Mittwoch (Dinstag): keine Vorstellung.

Kösliner Hof, Köslinerstr. 8.
Besonderer Umstände halber ist Sonnabend, 1. März, zum Wachsen soll sein.

Sozialdemokratischer Wahlverein für den 4. Berl. Reichstags-Wahlkreis (Südost).
Dienstag, 19. November, abends 8 Uhr, bei Herrn Bräder, Waldemarstr. 75:
Versammlung.
Tagesordnung:
1. Vortrag des Genossen Cohen über: Krisen und ihre Wirkung auf die Arbeiterorganisation. 2. Diskussion. 3. Vereinsangelegenheiten. Zahlreichen Besuch erwartet.
Der Vorstand.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.
Zahlstelle Berlin.
Branche der Stellmacher.
Herrenpartie nach Stolpe a. d. Nordbahn
Mittwoch, den 20. November (Dinstag). Treffpunkt morgens 8 Uhr bei Bauer, Rosenfelderstr. 57.
Die Kollegen wollen pünktlich erscheinen.
Die Kommission.

Schöneberg.
Sozialdemokratischer Wahlverein.
Heute, Dienstag, den 19. November 1901, abends 8 Uhr, im Restaurant **Wilhelmshof**, Ebersstr. 80:
Vereins-Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Die Arbeiter und die Verwaltung der Kommune. Referent: Dr. Borchardt. 2. Diskussion. 3. Vereinsangelegenheiten. In dieser Versammlung gelangt das Parteitag-Protokoll an die Mitglieder gegen 10 Pf. zur Ausgabe.
Der Vorstand.

Achtung, Maurer!
Zur allgemeinen Kenntnis, daß die tägliche Arbeitszeit in der Zeit vom 18. November bis zum 18. Januar laut Vertrag 7 Stunden beträgt und zwar von früh 8 bis abends 4 Uhr mit einer halben Stunde Frühstück und einer halben Stunde Mittagspause.
Wir erlauben die Kollegen im Interesse der Allgemeinheit, für die freiste Innehaltung dieser Arbeitszeit Sorge zu tragen. Sollten sich hieraus Differenzen entwickeln, so erlauben wir die Kollegen, uns umgehend den Bau und Straße, den Arbeitgeber und dessen Wohnung per Karte mitzuteilen, damit letzterer vom Arbeitgeberstand zur Innehaltung des Vertrags aufgefordert werden kann. Das Bureau der Verhandlung, Engel-Heer 15, Zimmer 20, ist wochentags von vormittags 8-1 Uhr und nachmittags von 3-7 Uhr geöffnet. Hier sind alle auf den Bauern vorkommenden Differenzen mit den Arbeitgebern sowie Rührände und alle Unfälle sofort zu melden. Gleichzeitig geben wir bekannt, daß jeder Verbandskollege des Streitgebietes, welcher den Monat November bezahlt, eine kleine Broschüre über die neue, den Arbeiterschutz zur Bauteil betreffenden Polizeiverordnung sowie die maßgebenden Unfallversicherungs-Broschüren der Norddeutschen Bauernvereinsvereinschaft erhält. Bei Empfang derselben ist ein Stempel im Verbandsbuch zu drücken. Kollegen, welche den November schon bezahlt haben, erhalten diese Broschüre nach.
Die Verhandlung. J. A.: Karl Panzer.

Cirkus Renz-Konzert-Tunnel
Karlstrasse.
Wochentags 7 Uhr. Nur erklaffige. Direktion:
Sonntags 5 Uhr. Specialitäten. J. M. Hatt.
Jeden Sonnabend nach der Vorstellung: Tanz ohne Nachzahlung.

Louis Kellers Festsäle
Koppenstr. 20.
Jeden Dienstag:
Norddeutsche Sänger
(Fahrman, Horst, Walde).
Anfang 8 Uhr. Entree 50 Pfennig.
27752*) Nach jeder Soliste:
Familien-Kränzchen.
— Woch haben Gattigkeit! —
Jeden Mittwoch: Berliner Prater, Rastanien-Allee.

Franz Reinfeldt, Gr. Frankfurterstr. 105.
empfiehlt sein Lager in Uhren und Goldwaren. 26011*)
Reparaturen billig unter Garantie.

Cirkus Busch
Dienstag, 19. Novbr., abends 7 1/2 Uhr:
Grosse Vorstellung.
Vorzügl. Programm und Brandenburg.
Herren-Partien
empfehle zum Dinstag mein Lokal „Sportplatz“ in Liegenhals bei Niederlehme, Station Gruthen. Bau Schindler's aus schönem Weg an der Dahnne entlang bis Rauschgangwerder. Ueberfahrt nach meinem Lokal frei.
Am Dinstag: Grosses Schlachtfest! Weltreich: u. Reifestwürstchen, wozu ergeblich einladet.
M. Horschel, Liegenhals bei Gruthen, und Berlin, Jüdenstr. 35/36.
2782*)
Empfehle für Ausflügler: Frische Blut u. Leberwurst, Gisdeline u. Heinrich Sass.
Kil-Gleide, Grannestr. 29.

Grünan.
Restaurant zur grünen Ecke
Busstag
Großes Würstchen
wozu ich die gebräuteten Würstchen und Freunde ganz ergeblich einlade.
Paul Gerke, Köpenickerstr. 88.
Weihnachts-Ansverkauf.
Wagenwagen } außerordent-
Kinderwagen } lich billig!
Sportwagen }
Max Brinner, Jerusalemstr. 42.
22214*) Billig! Brunnenstr. 6.

Heute nachmittag um 12 1/2 Uhr, entlieft sank nach langen Leiden meine liebe Frau
Auguste Krause
geb. Lauterbach.
Dies zeigen tiefbetrübt an
Die trauernden Hinterbliebenen.
Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 21. d. M., nachmittags 3 Uhr, vom Trauerhause, Neu-Sothen-Straße 12, bei Herrn Bräder, Berlinerstr. 12, nach dem St. Marius-Friedhof dinstag statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Verein sozialdemokratischer Gast- und Schankwirte Berlin und Umgegend.
Am 17. d. M. nach schweren Leiden die Frau unres. Wittwe, Kollegen Ferdinand Krause,
Frau Auguste Krause
geb. Lauterbach.
Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 21. d. M., nachmittags 3 Uhr, vom Trauerhause, Neu-Sothen-Straße 12, nach dem St. Marius-Friedhof dinstag statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Dankagung.
Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei der Beerdigung meines lieben Mannes, unres. Bräder und Schwagers, sowie für die vielen Kranzspenden sagen wir allen Beteiligten, insbesondere seinen Eltern, Arbeitskollegen und Verwandten, sowie den Stammesmitgliedern und dem St. Marius-Friedhof herzlichsten Dank.
Emilie Baumgart nebst Angehörigen.

Dankagung.
Allen Freunden und Bekannten, welche meiner lieben unres. Mutter das letzte Geleit zur ewigen Ruhe gaben, sowie dem Genossen Waldel Manasse für die trostlichen Worte und dem Gesangsverein Nordstadt für den erhabenen Gesang am Grabe den herzlichsten Dank. Die trauernden Hinterbliebenen: **Otto Fischer** nebst Kindern.
1902b

Orts-Krankenkasse der Maler.
General-Versammlung der Delegierten
Montag, den 25. November 1901, abends 9 Uhr, in den Anstalten, Kommandantenstr. 20.
Tagesordnung:
Bericht des Vorstandes. G. 48 des Statuts.)
Wahl von Krankenschwestern.
Antrag des Rentanten (Gesetz-erhöhung).
Bericht des Rentanten (Wahl-erhöhung).
Erhöhung des Krankengeldes u. c.)
1904b
Der Vorstand.

Ortskrankenkasse d. Sigmarenmacher, Sigmarenortierers und deren gewerbl. Hilfsarbeiter zu Berlin.
Donnerstag, den 28. November cr., abends 8 Uhr, im Lokal Falkenberg, Rosenfelderstr. 11/12:
General-Versammlung,
Tagesordnung:
Bericht des Rentanten. Bericht des Vorstandes. Neuwahl für sechs ausstehende Vorstandsmitglieder. Mitteilung und Beratung über das Circular des Oberpräsidenten. Statutenänderung wegen Erweiterung der Zwangsversicherung vom 1. Januar 1902. Anträge. Berichte.
1905b
Der Vorstand.

Jungungs-Krankenkasse der Schneider-Jungung zu Berlin.
Die Wahl u. ordentliche General-Versammlung
findet nach § 49 des Statuts am Mittwoch, den 27. November cr., abends 8 1/2 Uhr,
Unter den Linden 27 (Postenbühl) im Saale 2 Treppen statt.
Tages-Ordnung zur Wahlversammlung:
1. Um 8 1/2 Uhr Wahl von zwei Arbeitgebern.
2. Um 9 1/2 Uhr Wahl von einem Arbeitgeber.
Tages-Ordnung für die General-Versammlung:
1. Um 9 1/2 Uhr Wahl des Aufsichtsrats für die Prüfung der Rechnung des laufenden Jahres.
2. Sonstiges.
Die Delegiertenliste liegt offen.
Der Vorstand.
J. A.: H. Holzappel, Sigmarenortier.

P. Siegesmund, Uhrmacher, (1746b)
Nannasstr. 80,
empfiehlt sein Lager in Regulatoren, Wand-, Tisch-, Taschenuhren und Ketten zu billigen Preisen. Reparaturen unter Garantie gut und billig. Lager von Gold- und Silberwaren.

Sirup Pagliano

107/11* von Prof. Ernesto Pagliano
NEAPEL, 4 Calata S. Marco

dessen Verkauf vom Ministerium des Innern, Sanitäts-Direktion Rom, bewilligt worden ist.

Prämiert
auf der
Nationalen Pharmacie-Ausstellung 1894
und auf der
Nationalen Hygiene-Ausstellung 1900
mit
Goldener Medaille.

Polyphon-Musikwerke
Selbstspielende u. zum Drehen mit wechselbaren Metall-Notenschleifen zum
Phonographen-Grammophon
Ersklassigste Tadellos nur funktionierende Apparate mit Wechselwalzen u. Hartgummiplatten zum Preise v. 20 M. aufwärts gegen Monatsraten v. 2 M. an.
Phologr. Apparate
aller Systeme sowie sämtl. Zubehör u. Bestandteile
Nur erstklassige Fabrikate gegen mässige Monatsraten.
Illust. Spezialkataloge über jeden Artikel gratis u. franko.
BIAL & FREUND
in Breslau II.

Künstl. Zähne
ohne Entfernung der Wurzel
Schmerzloses Zahnleben.
Plomben sowie sämtliche Zahnoperationen schmerzlos.
Teilzahlung per Woche 1 Mk.
Meine 15jährige Thätigkeit im Beruf bürgt für exakte und gewissenhafte Ausführung.
Franz Steffens, Rosenthalerstr. 61, Ecke Steinstrasse.

Reinhold Werner
Schneidermeister 2617L*
jetzt nur: Gr. Frankfurterstr. 70, parterre u. I. Etage
Elegante Anzüge und Paletots
nach Mass von 30 M. an. — Telephon Amt VII. No. 23.
Elegante Fracks und Gesellschafts-Anzüge werden verliehen.

Puppen-Fabrik
Otto Kreyszig 2654L*
Brunnenstrasse 119, Laden und I. Etage.
Grösstes Special-Geschäft für Puppen.
Betriebs-Werkstätte für Knaben-Konfektion.
Gustav Inzer, Brunnenstr. 84.
Knaben-Anzüge und Paletots in grösster Auswahl zu Engros-Preisen.
Anfertigung nach Maß in kürzester Zeit. Großes Stofflager.

200,000 M. gewinnen für 7 M.
auf 1 Wohlfahrts- und 1 Rotes Los
Ziehung 29. Novbr. bis 4. Decbr. u. 16. bis 20. Decbr. cr.
83,740 bare Geldgewinne im Betrage von 1,150,000 Mark.
Originallose einzeln je M. 3,30; Porto und Liste je 30 Pfg.
Berlin W. 8, Moritz Fraenkel Jr., Friedrichstr. 168.
Begründet 1882.

Großes Wursteissen am Bussing im Johannisbader Volksgarten, Johannisb. Köpfer- und Friedrichsbrunn-Gr. 18945
Zu haben sind ein
Zurück laden ein
Aug. Seuffleben.
10 Jahre Garantie. Vollkommen schmerzlos. Zahn- u. Zahnarzt Wolf, Leipzigerstr. 130, Spr. 9-7.

Damen-Konfektion
direkt aus der Fabrik.
Kein Laden!
Zeit nach beendetem Engros-Saison
Einzelverkauf
zu 27972*
Engrospreisen:
Capes, Paletots, Jacketts, Abendmäntel.
Kinder-Jacketts, Kinder-Paletots in großer Auswahl.
Damen- u. Kindermäntel-Fabrik
Robert Baumgarten
Hausvogelplatz 11, 2. Etage (Ecke Fernholerstr.) Auch Sonnt. geöff.

1 1/2 Millionen Mk.
sind mit einem Los zu gewinnen. Jedes Los mindestens ein Gewinn. Der kleinste Treffer beträgt mehr als der Einsatz, daher kein Risiko. Keine Klassenlotterie, keine Serien- oder Ratenlose. Gesetzt, erlaucht! Kein Schwindel! Jeder überzeugen sich und verlange Prospekt.
P. Seidenfaden, Mühlhausen 181 (Thüringen).

Herren-Anzüge, Paletots
eleg. Ausführung bei nur gering. Preis.
J. Kurzberg, parterre, 25662*
Stempel-Fabrik von 22844*
Robert Necht, Berlin S., Cranienstr. 112. liefert schnell und billig alle Arten Stempel in bester Ausführung.
Kantons-Lapen, Verfertigung zusammenhängender einzelner Wörter sowie ganzer Sätze von 1,50 Mk. an.

Grundstück,
eingezäunt, 90 Ruthen, mit Obstbäumen, Brunnen, Laube, Klostert, 5 Minuten vom Bahnhof, verkaufte für 1700 Mark. 138/19*
Joers, Repentit bei Bernau.

Weihnachtsbäume
zu verkaufen. Näheres durch Förster Schulz Dom. Dindorf bei Bagenz resp. Spremberg R. 2. 107/13*

Presskohlen
Wärme von 6,50 Mk. an, Bruch pro Centner 80 Pf. ab Platz. Zu haben bei 28100*
A. Herrmann Kohlenlager, O. Mühlentstraße 12, SO. Wriezstraße 5.

Bruch-Pollmann
empfiehlt sein Lager in Bruchbandagen, Leibbinden, Geradhaltern, Spritzen, Suspensoren, sowie sämtl. Artikel zur Krankenpflege.
Eigene Werkstatt.
Hefenrot's Ovis- u. Hils-Krautentfallen Berlin C., 22420*

30. Finien-Strasse 30.
Kranz- und Blumenbinderei von Robert Meyer, nur Mariannen-Strasse 2.
Gerechtes-Kränze, Palmen- u. Blumen-Arrangements, Bouquets, Girlanden usw. werden fein u. preiswert geliefert.

Charlottenburg.
F. Kunstmann, Wallstr. 1.
Uhren und Goldwaren!
Grossartige Auswahl! Billigste Preise! Rostfrei Garantie!

Geld!
Wer Darlehen oder Hypothek sucht, verlange Prospekt von
J. Sittner u. Co., Hannover B.

5 1/2 Pfund Brot 50 Pf.
6 Stück für 10 Pf.
Albrechts Bäckereien:
Krautstrasse 9, Krautstrasse 19, Falkenstrasse 28, Laufferstr. 2.

Dr. med. Schaper
homöop. Arzt u. Spez.-Arzt f. Haut- u. Harnleiden, Frauenkrankheiten.
Königsgrätzstr. 27, Spr. 9-1. 4-7.

Eigene Konfektion.
Costüm-Öcke
eleg. Façons.
Enorm billig
in Kammergarn, Homespun, Tuch u. Seide
6 Mt. 7 Mt. 10 Mt. 12 Mt. 15 Mt. aus Seide 25 Mt. aus Alpaca 4,50 Mt. 6 Mt. bis 30 Mt. aus weiss und crème-Cheviot und Pique 3. 5. 7-15 Mt.
praktische reinwoll. Jackettkleider neue Modelle elegante Façons in Covercoat u. Homespun 15 Mt. 20 Mt. 25 Mt. in feiner Ausführung 36 Mt.
Morgenröcke alle Weiten. Blusenhemden einschlägige Wiener Streifen 4,50 Mt. 6,50 Mt. 8 Mt. Eleg. weisse Kleider 20 Mt. 25 Mt. 30 Mt. Seidenblusen für Ball- u. Gesellschaft 6,50 Mt. 8 Mt. 10 Mt. 15 Mt.
Golf-Capes 5,50 Mt. 8 Mt. 10 Mt. 15 Mt.
Jacketts aus Götting, Homespun, moderne Façons, in tadelloser Verarbeitung 10 Mt. 12 Mt. 15 Mt.
Sackpaletots 90-110 cm lang, von 12 Mt. Seidenplüsch-Jacketts Seidenplüsch-Kragen glatt, bestickt und bestickt 27 Mt. 30 Mt. bis 50 Mt. Schwarze, glatte und bestickte Capes und Kragen in Götting a. w. w. 10 Mt. 15 Mt.
Sielmann & Rosenberg
Kommandantenstrasse, Ecke Lindenstrasse, Maass-Anfertigung.

Kleine Anzeigen.

Verkäufe.
Mischgeschäfts-Einrichtungen, als Milchfabrik, Milchbänne, Milchvieh etc. billig bei Jordan, Kleine Potsdamerstr. 28. 8038*
Gardinenhand Große Frankfurterstr. 9, parterre. 437*
Vorjährige elegante Herrenhosen aus feinsten Stoffen 9-12 Mark. Verkauf Sonnabend und Sonntag. Verkaufsbüro Germania, Unter den Linden 21, II. 9068*
F. Dörge, Dresdenstr. 109. Herren-Overcoats nach Maß, feinstere Arbeit, großes Stofflager. Paletot 30.-, Anzug 30.-, Hosiery von 5 Mark an. Teilzahlung gestattet. 911K*
Weserhandlung, Stoffe zu Damen- Jacken, Capes, Hüte, Stoffe zu Herren-anzügen, Knabenanzügen, Paletots, Abendmäntel, Pulswärmer, graue feinstge Webstoffe, Damen- und Herren-Unterwäsche, Damen- und Herren-Handschuhe, Damen- und Herren-Strümpfe, Damen- und Herren-Unterwäsche, Damen- und Herren-Handschuhe, Damen- und Herren-Strümpfe, Damen- und Herren-Unterwäsche, Damen- und Herren-Handschuhe, Damen- und Herren-Strümpfe.
Zepplich: (Lehrerhof) in allen Größen für die Hälfte des Wertes im Zepplich-Bräu, Siedlerstr. 4, Bahnhof Börs. 119/14*
Sportbillig: Zepplich, Betten, Stoppdecken, Gardinen, Uhren, Winterpaletots verkauft reichhaltig, Reanderstr. 6. 1976*
Nähmaschinen und Feuer-Ver sicherung vermittelt Gustav Schmidt, Schulstr. 43, Hol Keller. 857b
Stoppdecken billig Fabrik Große Frankfurterstr. 9, parterre. 437*

Nähmaschinen. preiswerteste Bezugsquelle, ohne Anzahlung, Woche 1,00, Lieferung nach allen Stadtteilen sofort, Wandbergstr. 22, Köpferstr. 60/61. 1121b*
Möbel-Gesellschaft. Beim Kaufmann Otto Ebel, Modernstraße 25 (Bahnhofstr.), freies zum spottbilligen Verkauf neue gediegene und wenig gebrauchte Einrichtungen, ein Posten Säulentrumeau 30,00, Salonstühle 20,00, Zimmerstühle 8,00, Küchenschänke, Salonarmaturen, Paneele, Sofas, Kuchentische, Kaffee-, Schreib- tische, Bücherregale, Salonbilder, geputzte Leuchter, Wanddecken, Divandecoren, Stühle, Stoppdecken, Salontische, Tischdecken, 5,00. Verschickene Gelegenheitskäufe. Geliefert gegen unentgeltlich. 1913R*
Gelegenheit! In meinem großen Möbeldepot mit eigener Lagerwerkstatt verkaufe zu spottbilligen Preisen: Trumeaus, Kücheneinrichtungen, Kuchentische mit Feder- matrize 12, Tischstühle 40, Gabelstühle 18, Schlafsofa 40, Gabelstühle garnitur 100. Komplette Zimmereinrichtungen in jeder Preislage. W. Nothen, Möbeldepot, Siedlerstr. 5. 916R*
Nähmaschinen halber verkaufe zu Spottpreisen: Nähmaschinen, Schreib- tische, 42, Trumeaus, Tischstühle 50, Schreibstühle, Bettstellen mit Feder- matrize, Paneele 80, Gabelstühle garnitur 100. Nähmaschinen 85, nur allein beim Kaufmann, Siedlerstr. 5 Prozent Ermäßigung. W. Nothen, Siedlerstr. 5. 916R*
Strickmaschinen, auch Teil- zahlungen. Brederer, Engel-Ufer 20.
Ringfreie Wäsche hat noch abzu- geben Witzig, Königsbergerstr. 11. *
Kanarienvögel verkauft Brandt, Holzmarktstr. 9. 1877b*
Kanarienvögel, Auswahl, 5 Mark an, Tag, Vögel, sprechende Papageien, Dampfsägen, Kuchentische, Strick- löse, Bestickte Tischler, Dranten- str. 57. 1892b*

Rechtsbureau. Julius, Siedler- str. 55. 1961b
Handwerker! Mein Wasser- wagen-Werkzeug befindet sich jetzt: Neue Köhlerstr. 8, Julius Rapphoff. 1851b*
Bücherkauf und Verleihen
Hannemann, Kochstr. 56, I. Amt 6, 3397. 887R*
Bücherkauf zu höchsten Preisen. Epstein, Wriezstraße 101.
Bücherei! Wer hat über diese nützliche Granatinsel unter Zeit- unterrichten will, verlange die Flug- blätter des Weltbundes gegen Mit- gliedschaft, welche unentgeltlich ver- sendet werden vom Verlagsgesetz Berlin, Königsbergerstr. 108. Um günstigen Abdruck wird gebeten. 161b
Mugentad, Köpferstr. 60
Häder jeder Art für sämtliche Kranken- kassen. 736R*
Mischung! Empfehle meine Reha- bilitation zur freundlichen Benutzung. Vereinszimmer mit Piano nach ein- zigen Tage in der Woche frei. Paul Rohde, Köpferstr. 33. 919R*
Rechtsbureau, Rechtsanwältin, Rat- erteilung, Andreasstr. dreihund- sechs. 1970b*
50 Pfennig! Stellungsgelude, Briefschaften! Überbillig! Rechts- anwältin, Unfallfällen! Verurteilungen! Raterteilungen! Vinkenstraße 56.
Ich habe für Herrn Reichstags- Abgeordneten ein ruhig gelegenes möbliertes Zimmer (auch handig) zu vermieten. Näheres gegen sehr gün- stige (Wohndauerplatz mit der Bahn in 10 Minuten zu erreichen. Frau A. Wehlig, Schöneberg, Godesstr. 70, 2 Tr.
Herrengarderobe nach Maß gegen Abnahme von neuen Wöden sucht Grünauerstr. 33, Wäldergäßchen.

Vermietungen.
Großer schöner Keller mit vielen Kammern, passend für Milch- käsefabrik, Bierverlag etc. zu vermieten. Gehrdt, Vinkenstraße 45. 904R*
Zimmer.
Möbliertes Balkonzimmer zu vermieten. Rantaustr. 21, vorn I. links.
Leere Stube zu vermieten. Wap- penstr. 4, an der Rotbühl-Brücke, bei Tirol. 2000b
Schlafstufen.
Möblierte Schlafstube, allein, Godesstr. 85, Ruhig. 7124*
Möblierte Schlafstube für 2 an- scheinige Herren, Godesstr. 35 bei Fr. Ding. 1331b*

Tüchtigen Belegbergehilfen ver- langt Schwinitzsch, Königsberger- str. 107. 1992b
Gedultige Glasbläser für Röntgen- röhren und Glühlampen verlangt Erhardt, Vinkenstraße 112. 1978b
Harbignmacher verlangt Andreas- str. 10. 1988b
Amleimer, Beziger, Zusammen- feger verlangt Pinnasch, Grüner Weg 79, Ausgang 5. 1989b
Dirigent, nur erste Kraft, sucht Arbeiter-Gesangverein Mitglied für Dienstag oder Mittwoch. Offerten an K. Rimmow, Berlinerstr. 85 III.
Tüchtiger Schneider auf Gold- schen verlangt. Plegier- str. 15. 1995b*
Bronzopolierer oder Poliermeister auf Goldschmieden verlangt. K. Weis- meier, Schmidstr. 8a. 1891b*
Arbeiterinnen zum Aufhängen für kleine Glühlampen verlangt Erhardt, Vinkenstraße 112.

Vermischte Anzeigen.
Eingabegehe 50 Pfennig. Rechts- anwältin, Strohmaderstr. 68, Dinger.
Rechtsbureau, Telomerstr. 11, fünfzigjährig. Eingabegehe, Rat- erteilung. 9218*
Unfallkosten. Klagen, Eingaben, Reklamationen. Puzger, Strohmader- str. 68. 1740b*
Patentanwalt Daumann, Ro- dighofstr. 57, Auskunft bis abend 7072*
Kunstschneiderei von Frau Roddo, Steinwegstr. 48, Quergebäude hoch- parterre.
Kostümstücke von 5,00 an fertige nach Maß, jede Art Damenschneiderei elegant, billig. Schöneberg, Kaiser Friedrichstr. 15, Laden. 1673b*
Kostümstücke von 5,00 an, fertige nach Maß, jede Art Damen- schneiderei elegant, billig. Reander- str. 25, parterre links. 1672b*
Wer Stoff hat? Feinstes Winter- paletot und Herrenanzüge mit Futter- laden 15 Mark. Wagner, Schneider- meister, Frankfurterstr. 59, III. *

Arbeitsmarkt.
Stellengesuche.
Schwandorff, Völklinger-We- (schick), Siedingstr. 4, Reich- nachten Ratinee frei. 779*
Minder Einstufiger Bitter in Arbeit. Stühle werden zu den billigsten Preisen geflochten, werden abgeholt und unentgeltlich zurück- geliefert. Adresse: Wäldergäßchen 27, 4. Glaser.
Stellensangebote.
Gute Uniformschneider nach aus- wärts gesucht. Paletot 12,00 Mark, Balkenrock 12,00 Mark, Ueberrock 15,00 Mark und mehr. Diefelst auf gute Livree-Schneider verlangt. Bewerbungen unter H. K. postlagernd Thorn I. 922R*
Strassachen, Unfallkosten, Klagen, Schadenersatz, Alimentenklagen, Ein- gabegehe, Raterteilung, Wälderg- gäßchen 141. Substanz geöffnet.
Buchbinderei. Fiedler, Char- lottenburg, Trammstr. 66, Ein- gang Schillerstr. Anfertigung jeder Art Bucheinbände. 7144*

Arbeitsmarkt.
Stellengesuche.
Schwandorff, Völklinger-We- (schick), Siedingstr. 4, Reich- nachten Ratinee frei. 779*
Minder Einstufiger Bitter in Arbeit. Stühle werden zu den billigsten Preisen geflochten, werden abgeholt und unentgeltlich zurück- geliefert. Adresse: Wäldergäßchen 27, 4. Glaser.
Stellensangebote.
Gute Uniformschneider nach aus- wärts gesucht. Paletot 12,00 Mark, Balkenrock 12,00 Mark, Ueberrock 15,00 Mark und mehr. Diefelst auf gute Livree-Schneider verlangt. Bewerbungen unter H. K. postlagernd Thorn I. 922R*
Arbeitsmarkt.
Stellengesuche.
Schwandorff, Völklinger-We- (schick), Siedingstr. 4, Reich- nachten Ratinee frei. 779*
Minder Einstufiger Bitter in Arbeit. Stühle werden zu den billigsten Preisen geflochten, werden abgeholt und unentgeltlich zurück- geliefert. Adresse: Wäldergäßchen 27, 4. Glaser.
Stellensangebote.
Gute Uniformschneider nach aus- wärts gesucht. Paletot 12,00 Mark, Balkenrock 12,00 Mark, Ueberrock 15,00 Mark und mehr. Diefelst auf gute Livree-Schneider verlangt. Bewerbungen unter H. K. postlagernd Thorn I. 922R*

Achtung!
Slavier-Arbeiter!
Der Zugang von Slavierarbeitern aller Branchen ist wegen Schiffs- verzug bei der Firma C. Neu- gebauer Nachf. Sell u. Comp., Andreestr. 32, frey ferngehalten. *) Die Creditverwaltung.
Achtung!
Polbearbeitungs- Maschinen-Arbeiter.
In der Holzbearbeitungs-Fabrik von Jexabel, Wriezenstr. 2, haben sämtliche Maschinenarbeiter wegen Schiffsverzug die Arbeit niedergelegt. Zugang ist ferngehalten. 83/2
Der Vorstand.

Einiges vom Fall Münch.

Man schreibt uns:

Der traurige Fall des früheren württembergischen Reichstags-Abgeordneten Herrn v. Münch ist seit mehreren Jahren zu einem wahren Monstrum der „Rechtspflege“ ausgewachsen. Einige besonders traffe Sinnlosigkeiten und Ungehörlichkeiten verdienen allgemeine Beachtung. Die ganze Fülle des wertvollen Materials zum Kampfe gegen die Bureaucratie und ihre gemeingefährlichen Einflüsse zu erschöpfen, verbietet leider der Raum. Doch beginnen wir!

v. Münch ist nicht entmündigt. Ein früherer Entmündigungsbeschluss ist nach unendlichen Weisungsanfragen und Verhandlungen durch ein 800 Seiten langes Aufsechtungsgericht vom 23. Juli 1897 rechtskräftig aufgehoben, weil Münch, wenngleich geistig nicht normal, dennoch durchaus im Stande sei, seine Angelegenheiten selbst zu ordnen. v. Münch habe jahrelang seine 7 Rittergüter tadellos verwaltet. — Seit Aufhebung der Entmündigung tritt v. Münch in seinen zahlreichen Zivilprozessen unbeanstandet als Kläger und Beklagter vor Gericht auf. Dennoch wird er seit Jahren gegen seinen Protest, einfach auf Grund einer angeblichen gerichtlichen Unzurechnungsfähigkeit, von allen Anklagen ohne Aufklärung des Sachverhalts freigesprochen oder außer Verfolgung gesetzt! Dennoch werden von den Gerichten seine Strafanträge wegen seiner „notorischen“ Geisteskrankheit und Handlungsunfähigkeit einfach unbeachtet gelassen: dieselben Gerichte aber haben durch Aufhebung der Entmündigung die Bestellung eines Vormundes, der die Anträge wirksam stellen könnte, einfach ausgeschlossen! Hier fand selbst der Leipziger Professor Bach das Wort: klare Rechtsverweigerung!

Doch hiermit nicht genug: Das württembergische Ministerium betreibt seit nun dreiviertel Jahren die Zwangsinternierung v. Münchs wegen gemeingefährlicher Geisteskrankheit! Daselbe Ministerium, das mit v. Münch noch heute Zivilprozesse führt, ohne seine Zurechnungsfähigkeit anzuzweifeln! Daselbe Ministerium, das vor wenigen Monaten, während des Internierungsverfahrens, den Antrag v. Münchs auf Entlassung aus dem württembergischen Staatsverbande für wirksam erklärte und die preussische Behörde gleichzeitig dahin beschied, daß er fähig sei, einen rechtswirksamen Antrag auf Aufnahme in den preussischen Staatsverband selbst zu stellen! Die Internierungsverfügung der Regierung des Schwarzwalddistriktes ist vom höchsten württembergischen Verwaltungsgerichtshof am 13. d. Mo. rechtskräftig bestätigt; v. Münch, der preussische Staatsangehöriger, wird in den württembergischen Zerkens-ankstalt Schupfentried gewaltsam festgehalten. Aber eben dieser gemeingefährliche Jere nimmt noch heute mit voller Wirksamkeit unter Vorherrschaft seiner Wärter unangefochten zahlreiche Termine vor allen möglichen Gerichten wahr!

Das württ. Statut der Staats-Zerkensanstalten vom 20. März 1890 schreibt kategorisch vor, daß die Zwangsinternierung nur auf Grund eines Zeugnisses des heimatischen Gemeindevorstandes und eines auf peridischer Beobachtung beruhenden Gutachtens des Oberamtsarztes erfolgen dürfe. Der Münchinger Gemeinderat attestierte zunächst: „Weilere Gefährlichkeit oder Pflegebedürftigkeit werde weniger befürchtet“. Dies Gutachten genährte dem Oberamt nicht. Es legte in einem Reskript dar, daß nicht das Oberamt, sondern der Gemeinderat zuständig sei, das Zeugnis auszustellen, und ersuchte um ein zweites Gutachten, welches denn, vielfach in wörtlicher Anlehnung an das nunmehr nur gegenständliche Gutachten, erfolgte.

Nun galt es das ärztliche Gutachten. Der zuständige Oberamtsarzt fand sich nicht bereit, die Gemeingefährlichkeit zu attestieren. Was ihm? Man nahm einfach an, von Münch werde sich einer nochmaligen persönlichen Beobachtung nicht leicht unterziehen, und das Ministerium dispensierte von dem absoluten inabwendigen Erfordernis notwendiger persönlicher Untersuchung! Ein Gutachten mußte man aber trotzdem haben; man wandte sich an die Direktion der Zerkensanstalt Bismuthal, die am 12. November 1900 auf Grund längerer persönlicher Beobachtung die Frage der Gemeingefährlichkeit klipp und klar verneint hatte. Obwohl seit dem 12. November 1900 nichts von belang geschehen war, obwohl eine neue Beobachtung nicht stattgefunden hatte, begutachtete die nämliche Direktion am 7. März 1901, d. h. nach 4 Monaten, die Gemeingefährlichkeit v. Münchs! Daraus basierte der Internierungsbeschluss der Kreisregierung.

v. Münch rekurrierte ans Ministerium, das ein Gutachten des Medizinalkollegiums einzog. Auch hier unterblieb jede persönliche Beobachtung: Spiritus rector des Kollegiums ist ein Psychiater, der sich schon in früheren Gutachten mehrfach in einem Münch ungünstigem Sinne festgelegt hatte. Kein Wunder: Die Gemeingefährlichkeit wurde bestätigt. Alle „loken Kamellen“ wurden zusammengekehrt, deren Bedeutungslösigkeit längst festgestellt war; kritisch wurde jedes Wort in den zahlreichen Strafsachen gegen Münch gegen diesen verwertet, ein Krebsknoten unfret forensischen Psychiatrie überhört, der sich darauf erklärt, daß den Psychiatern die zur Scheidung des Erwiessenen vom Unerwiessenen erforderliche juristische Vorbildung regelmäßig abgeht. Keine der Strafsachen gegen Münch hat — einen Jengen angenommen — zu einer eidlischen Vernehmung der Jengen, zu einer erschöpfenden Untersuchung geführt, da die Einstellung regelmäßig nach schlichtigen Erhebungen wegen Unzurechnungsfähigkeit erfolgt war. Dennoch war in den meisten Fällen die Unschuld Münchs leicht nachweisbar und weiterer Entlastungsbeweis angetreten: Münch galt als schuldig, alles Widersprechende wurde einfach beiseite geschoben.

In der Verhandlung vor dem Verwaltungs-Gerichtshof wurde diese wüthige Anzulanglichkeit der Grundlagen des Einweisungsbeschlusses aufs schärfste gekennzeichnet. Aufklärung aller Einzelfälle, aus deren Gesamtheit die Gemeingefährlichkeit geschlossen war, durch alle zu Gebote stehenden prozessualen Mittel wurde verlangt: ein selbstverständliches Gebot der Gerechtigkeit bei einer so schwerwiegenden, die Existenz eines Mannes vernichtenden Maßregel! Aber alles war fruchtlos. Der Gerichtshof gewann aus dem Verhalten von Münch während der viertägigen Verhandlung die Ueberzeugung von der Geisteskrankheit und der Gemeingefährlichkeit. — Das Verhalten von Münch während der Verhandlung bewies aber, wie ausdrücklich bemerkt sei, ein solches Maß von Unsiht, Schärfe und Klarheit in der Durchdringung des unsaffenden Materials, daß ein als Zuschauer anwesender angegebener Psychiater erklärte: Seine Ueberzeugung von der geistigen Erkrankung Münchs nicht aufrecht erhalten zu können!

Aber der Verwaltungs-Gerichtshof hat gesprochen. Entscheidend für das ganze Verfahren und das Urteil vom 13. d. M. waren, daran ließ die Verhandlung keinen Zweifel, die vielfachen und scharfen Angriffe, die von Münch in Wort und Schrift gegen die hohen und höheren württembergischen Behörden erhoben hatte: Sünden wider den heiligen Geist der Bureaucratie.

Die Staatsanwaltschaft hat den Uebelthäter, den man nicht strafen konnte, gepackt und statt hinter Kerlergitter hinter Zerkensmännern gesperrt.

Nun schluß citiere ich aus dem erwähnten Gutachten vom 7. März d. J. den Wunsch des Gutachters: v. Münch möge in eine von Statutart entfernt liegende Anstalt verbracht werden, weil in der näheren Anstalt Bismuthal sein Verbleib mit Verwandten, Bekannten und Bekleidungsanstalten ein wesentlich leichter ist und dadurch v. Münch in die Lage gesetzt sein wird, viel intensiver, als dies in Schupfentried möglich ist, die Aufhebung der Einweisung zu treiben“. Das schreit buchstäblich zum Himmel! Selbst das Recht, seine Entlassung aus dem Zerkenshause zu betreiben, will man dem — sei es selbst der Fall — armen Zerkensrauben. Jener Wunsch aber ist erfüllt. v. Münch sitzt in Schupfentried.

Berliner Partei-Angelegenheiten.

Zweiter Wahlkreis. Heute Dienstagabend 8 1/2 Uhr findet bei E. Jähle, Dennewitzstr. 13, eine öffentliche Versammlung des Wahlvereins statt. Genosse R. Fischer spricht über „Krise und Arbeitslosigkeit“. Zahlreichen Besuch erwartet der Vorstand.

Schöneberg. Heute, Dienstagabend, im Restaurant „Wilhelms-Hof“, Ebersstraße 80: Versammlung des Wahlvereins. (Siehe Inserat.)

Rigbork. Donnerstagabend 8 1/2 Uhr findet in Gröplers Salon, Bergstraße 147, eine Volksversammlung statt. Das Referat hält Reichstags-Abgeordneter Genosse E. Rosenow: „Welches Interesse haben die Frauen an der Ablehnung des neuen Posttarifs?“ — Ferner findet in dieser Versammlung die Neuwahl der Vertrauensperson und der Revisoren statt. Da die Tagesordnung eine überaus wichtige ist, so sind die Genossinnen und Genossen verpflichtet, zahlreich zu erscheinen.

Grünau. Die Parteigenossen Berlins und der Vororte wollen bei Anlässen am Mittwoch beachten, daß in Grünau einzig das Lokal „Zur grünen Ede“, Köpnickstraße 68, zu beachten ist. Das Lokal von Lindenhanu ist gesperrt.

Lokales.

Rechtswidrige Beschränkung der Versammlungsfreiheit.

„Die Vorschrift, daß öffentliche Versammlungen an Sonn- und Feiertagen erst nach Beendigung des Hauptgottesdienstes stattfinden dürfen, ist rechtswidrig!“ So hat kürzlich das Kammergericht entschieden. Diese Entscheidung betrifft einen Fall, der sich in Rüstig ereignete. Da aber das Kammergericht in Angelegenheiten, die sich auf preussische Gesetze und Verordnungen beziehen, die höchste gerichtliche Instanz ist, so muß das vorhergezeichnete Urteil auch angewandt werden auf die Polizei-Verordnung, welche in Berlin die Abhaltung öffentlicher Versammlungen an Sonn- und Feiertagen während des Hauptgottesdienstes verbietet. Man sollte es deshalb für selbstverständlich halten, daß die Polizeibehörde der Reichshauptstadt dem Urteil des Kammergerichts — das bereits am 6. November von uns veröffentlicht worden ist — die gebührende Beachtung geschenkt und die betreffende Verordnung außer Kraft gesetzt hätte. Dem ist jedoch nicht so.

In der Meinung, daß die Arbeiter Berlins durch das erwähnte Kammergerichts-Urteil nunmehr ein unerschütterliches Recht hätten, ihre Angelegenheiten, wenn es ihnen paßt, am Sonntagvormittag in Versammlungen zu erörtern, hatte der Vertrauensmann der Büchsen- und Pinselarbeiter Berlins zum vergangenen Sonntag vormittags 10 Uhr eine öffentliche Versammlung zur Besprechung des Schanges gegen Milbrandtsfahr einberufen. Am Freitagvormittag hatte der Einberufer die Versammlung bei der Polizei angemeldet. Aber statt der Anmeldebekanntmachung erhielt er am Sonnabend die Mitteilung, daß die Versammlung auf Grund der bezeichneter — nach Urteil des Kammergerichts rechtswidrigen — Polizei-Verordnung nicht stattfinden dürfe. Es war gerade noch Zeit, eine neue Versammlung zu 12 Uhr anzumelden, aber schon zu spät, um die Interessenten von der Veränderung in Kenntnis zu setzen. Am Sonntag erschienen also um 10 Uhr sowohl der Referent, als auch die Besucher der Versammlung. Wie man sich denken kann, waren viele von ihnen nicht in der Lage, volle 2 Stunden auf den Beginn der Nachmittagsversammlung, auf die sie nicht eingerichtet waren, zu warten. Ein großer Teil der Erschienenen verließ sich deshalb wieder, und die Versammlung war dadurch zum Teil vereitelt.

Es würde dem Polizeipräsidenten gewiß gut anstehen, wenn es nicht erst abwarten wollte, bis auch die von ihm erlassene Verordnung durch richterliche Entscheidung als rechtswidrig ausdrücklich bezeichnet wird, wozu ja der vorliegende Fall Gelegenheit bieten dürfte.

Die Vorträge über Fragen aus dem Gebiete der Hygiene, die in den letzten beiden Wintern von der Central-Kommission Berliner Krankenkassen veranstaltet worden waren, sollen in dem kommenden Winter fortgesetzt werden. In einer Vorbesprechung von Bergten usw., an der etwa 40 Herren — darunter auch zwei Vertreter des Reichs-Versicherungsamtes teilnahmen — haben sich die meisten der Anwesenden zur Uebernahme von Vorträgen bereit erklärt. Geheimrat Regierungsrat Viefelfeldt versicherte im Auftrage des Reichs-Präsidenten des Reichs-Versicherungsamtes, daß dieser der Veranstaltung sehr wohlwollend gegenüberstehe und daß einige Mitglieder des Reichs-Versicherungsamtes gleichfalls bereit seien, Vorträge zu übernehmen.

Die Konferenz für Regelung des Milchverkehrs, die heute auf Einladung des Landwirtschaftsministers zusammengetreten ist, zeigt eine Zusammensetzung, die, meines Erachtens nicht ohne Grund, von den hiesigen Milchpächtern mit Mißtrauen betrachtet wird. Die Pächter wollen erfahren haben, daß die Konferenz recht einseitig agrarisch zusammengesetzt ist. Sie hatten erwartet, daß zum mindesten ihrem Vereinsvorstand oder sonst einigen im Milchhandel erfahrenen Personen eine Einladung zugehen würde. Solches ist nicht geschehen. Ebenfalls sind, soweit ihre Erkundigungen ergeben haben, auch die wohl in Betracht kommenden gerichtlichen Sachverständigen und Gerichtschreiber übergegangen worden. Dagegen halten die Pächter es für sehr wahrscheinlich, daß Herr Ring oder die ihm nahestehenden Persönlichkeiten auf der Konferenz anwesend sind und dort ein gewichtiges Wort mitteden. Der Vorsitzende des Verbandes deutscher Milchhändlervereine, Herr Enlay, sowie ebenfalls Herr Volke hatten, wie uns noch gemeldet wird, den Landwirtschaftsminister ausdrücklich um Zulassung zur Konferenz gebeten. Beide Herren sind aber ohne Antwort gelassen worden.

Im Berliner Milchkrieg wird jetzt, wie uns aus der Umgegend von Berlin als verächtlich mitgeteilt wird, von vielen an den Milchring angeschlossenen Landwirten nach der Parole gehandelt: „Retze sich wer kann!“ Die Milchbauern, welche nun seit sechs Wochen vergebens darauf warten, daß ihr Produkt von der Milchzentrale voll und ganz abgenommen wird, bemühen sich, wieder einen Pächter zu finden und sind froh, wenn sie Verträge zu allen Bedingungen abschließen können. Das ist neuerdings z. B. im Havellande in zahlreichen Fällen geschehen. Die bisherigen Pächter werden mit offenen Armen empfangen. Viele Landwirte werden allerdings vorläufig keine Abnehmer finden, weil diese ihren Bedarf anderweitig gedeckt haben. Für große Mengen Milch wird sich auf geraume Zeit hinaus daher keine nachbringende Verwendung finden lassen. Von anderer Seite wird berichtet: Abschlägig beschieden hat das Polizeipräsidentium die Eingabe des Vereins Berliner Milchpächter, in welcher um eine baldige öffentliche Bekanntmachung der Ergebnisse der amtlichen Milchuntersuchungen in Berlin zwecks Widerlegung der Behauptungen der Milchzentrale über die massenhaften Milchschälfungen gebeten wird. Der Bescheid lautet: „Dem Verein Berliner Milchpächter erwidere ich auf seine Eingabe vom 5. Oktober ergebenst, daß keinerlei Anlaß zu der beantragten schleimigen Veröffentlichung der Ergebnisse der amtlichen Milchuntersuchungen vorliegt.“ Die Milchhändler in Dresden wollen gleichfalls überschüssige Milch nach Berlin schicken. Zu einer diesbezüglichen stattfindenden Besprechung ist als Vertreter der Berliner Milchhändler der Verbandsvorsitzende Enlay delegiert worden. Von der Reichstagsbibliothek ist an den Vorsitzenden des Vereins Berliner Milchpächter das Ersuchen ergangen, sämtliche den

Milchkrieg betreffenden Aktenstücke, Flugchriften und Blätter der Bibliothek zur Verfügung zu stellen. Die Wirtschaftsgenossenschaft der Bäckereimeister kündigt an, daß sie ihre Milchlieferungen in früherem Maße wieder aufnimmt, da ihr wieder genügend Milch zu Gebote steht.

Der Stadtverordneten-Ausschuß zur Vorberatung der Magistratsvorlage über den Ankauf von Bauland zur Erweiterung des Vieh- und Schlachthofes und für den neu zu errichtenden Fleisch-Engrosmarkt beschloß heute unter dem Vorsitz des Stadtverordneten Heilmann und in Gegenwart des Magistratsverwalters Stadtrat Heller nach Anhören von Sachverständigen: 1. Die Stadtverordneten-Versammlung erklärt sich damit einverstanden, daß zur Erweiterung des Vieh- und Schlachthofes sowie für den Fleisch-Engrosmarkt die beiden Grundstücke der Mitteldeutschen Kreditbank und des Fürsten zu Stolberg-Bernigerode von 73 795 Quadratmeter = 6196 Quadratrat, bezw. 78 954 Quadratmeter zum Preise von 400 M. pro Quadratrate, bezw. — das letztere Grundstück — von 82 M. pro Quadratmeter angekauft werden. 2. Die Versammlung erklärt sich damit einverstanden, daß für die Erweiterung des Vieh- und Schlachthofes sowie für den Fleisch-Engrosmarkt außer den obigen Grundstücken noch die drei zwischen dem Stolbergischen Terrain und dem Verlorenen Wege gelegenen Grundstücke von 640 Quadratrat, etwa 400 Quadratrat und etwa 15 000 Quadratmeter zum Preise von 400 M. pro Quadratrate = 25 1/2 M. pro Quadratmeter bezw. das letzte Grundstück von 30 M. pro Quadratmeter angekauft werden, jedoch mit der Maßgabe, daß bei der Verwendung zu Vieh- und Schlachthofszwecken eine Trennung des Viehmarktes nicht Platz greift.

Die Versammlung der Schulkommissions-Vorsteher, welche heute, Dienstag, stattfindet, wird sich u. a. mit folgenden Anträgen beschäftigen: 1. Die deutsche Grammatik mit in die Liste der Bücher aufzunehmen, welche an Kinder unmittelbarer Eltern verabsolgt werden; 2. die Schuldeputation zu ersuchen, dafür Sorge zu tragen: a) daß die Fremdwörter im schriftlichen Verkehr sowie in Drucksachen, Schulangelegenheiten betreffend, vermieden werden; b) daß in den Monaten Februar und August in den Zeitungen darauf aufmerksam gemacht wird, daß die Eltern solcher Kinder, die letztere für höhere Schulen angemeldet haben, verpflichtet sind, dieses dem Schulkommissions-Vorsteher ihres Bezirkes anzugeben.

Anfälle auf dem händischen Vieh- und Schlachthofe. In der Zeit vom 1. April 1900 bis 31. März 1901 sind auf der Verbandsstation des genannten Instituts während der Dienststunden 1511 Fälle von früheren Verletzungen — davon 82 in der Nacht — zum Verbands gelangt. In 43 Fällen mußten die Verletzten in ein Krankenhaus oder in ihre Wohnung gefahren werden.

Invalidenhaus für Tuberkulose. Das vom Vorstand der Landesversicherungsanstalt Berlin in Lichtenberg (Dorfstraße) eingerichtete Invalidenhaus für Tuberkulose ist in der vorigen Woche seiner Bestimmung übergeben worden. Das Invalidenhaus ist dazu bestimmt, Personen, die Invalidenten beziehen, an Stelle der Rente vollständigen Unterhalt zu gewähren. Die Kosten des Unterhalts übersteigen natürlich die Rente um ein Mehrfaches. Das Invalidenhaus wurde kürzlich von den Herren Geheimrat Robert Koch und Dr. Franke unter Führung des Vorsitzenden der Landesversicherungsanstalt Berlin, Dr. Freund, besichtigt und fand den vollsten Beifall. Das neue Heim ist unter der verdienstvollen und sachkundigen Mitwirkung des Herrn Verwaltungsdirektors Werke eingerichtet worden.

Fabrikbetrieb und Zwangszwang. Der Handelsminister hatte seiner Zeit im Reichstage erklärt, daß er die Frage der Heranziehung von Fabrikbetrieben zu den Zwangsnummern einer näheren Prüfung unterziehen wolle. Die Folgen dieser näheren Prüfung scheinen nunmehr zu Tage zu treten. Während man bisher annahm, daß die Regierungspräsidenten, in Berlin der Oberpräsident, die oberste und endgültigste Instanz in dieser Frage waren, gegen deren Entscheid es keine weitere Berufung gäbe, zeigt folgendes Schreiben, daß eine Beschwerde an den Minister wohl von Erfolg begleitet sein kann. Eine hiesige bekannte Firmenschilderfabrik war, wie der „Konfessionär“ erzählt, zur Zwangsnummern der Maler herangezogen und ihr Protest dagegen vom Oberpräsidenten abgewiesen worden. Auf ihre Beschwerde beim Minister erhielt nunmehr die Firma folgendes Schreiben des Oberpräsidenten: „Auf die Beschwerde vom 1. März dieses Jahres über meine Entscheidung vom 4. Oktober 1900, durch die Sie für verpflichtet erachtet sind, der Maler-Zwangsnummern in Berlin als Mitglied anzugehören, hat der Herr Minister für Handel und Gewerbe bestimmt, daß Ihr Betrieb als ein fabrikmäßig betriebenes Unternehmen anzusehen ist. Ich hebe deshalb meine obige Entscheidung auf und setze hiermit fest, daß Sie nicht verpflichtet sind, der Maler-Zwangsnummern anzugehören.“

Einem traurigen Ausgang hat ein Familienzwist genommen, der sich am Sonnabend in dem Hause Plauerstr. 91 abspielte. Hier wohnte seit dem 1. Juni d. J. im dritten Stock des Ouergebüdes der 23 Jahre alte Malergehülfe Albert Poffin, aus Landsberg a. W. gebürtig, mit seiner zwei Jahre älteren Frau Mathilde geb. Schlupf, die aus Pallowitz im Kreis Weß stammt. Die Leute kamen sich seit zwei Jahren und heirateten sich am 1. Juni. Am 9. August wurden dem Ehepaar Zwillingssöhne geboren, die die Namen Albert und Walter erhielten. Poffin wird als ein fleißiger Mensch geschildert. Er hatte ständige Arbeit bei einem Meister in der Fürstentstraße. Seine Frau war ohne Grund sehr eifersüchtig. Der Ehezwist steigerte sich noch dadurch, daß Frau Poffin, die katholisch war, vor 14 Tagen die beiden Söhne gegen den Willen ihres evangelischen Mannes katholisch taufen ließ. Als Poffin am Sonnabendmorgen zwischen 8 und 9 Uhr nach einem heftigen Streite zur Arbeit gehen wollte, vertrat ihn seine Frau den Weg. Nun schlug er sie, entfernte sie mit Gewalt und ging dann weg. Bald darauf begab sich Frau Poffin zu einer in der Solmsstraße wohnenden Schwester, klagte ihr ihr Leid und erklärte, daß sie sich das Leben nehmen und auch ihre Kinder töten werde. Aufkommend etwas beruhigt, lehrte sie um 10 Uhr nach Hause zurück. Als ihre Schwester sich mittags freimachen konnte, ging sie nach dem Plan-Weg, um einmal nachzusehen, ob nicht doch etwas vorgefallen sei, und fand ihre böse Ahnung bestätigt. Die Wohnung war verschlossen. Als der Reviervorstand sie öffnen ließ, fand man Frau Poffin mit ihren beiden Kindern fast leblos im Bette liegen. Unter dem Bette standen zwei Flaschen mit Scheidewasser und Jodessenz. Der Revierstand stellte bei der Mutter und den Kindern, die alle Vergiftungserscheinungen zeigten, Wiederbelebungsversuche an, wobei ihm die Frau in den Finger biß, und ließ sie dann mit einer Droschke nach dem Krankenhaus am Urban bringen. Hier starben beide Kinder im Laufe der Nacht und Frau Poffin Sonntagvormittag um 10 Uhr.

Von einem Geschäftswagen ist gestern abend um 1/2 Uhr die sechsährige Vertha Schrader in der Poststraße überfahren worden. Das in der Heiligengeiststraße wohnhafte Kind wurde so schwer verletzt, daß es bereits auf dem Transport nach der Anfallstation starb.

Ein Stützenbild. Der 43jährige Schlosser Morawski, der aus einer gut situierten Familie in einer kleinen Stadt Posen stammt, hatte bis vor zwei Jahren dort eine eigne Schlosserwerkstatt betrieben. Morawski siedelte dann mit Frau und Kind nach Berlin über und fand hier sofort lohnende Arbeit in einem großen Fabrik-Etablissement des Nordens, wo er bis Ende August dieses Jahres thätig war. Im diese Zeit machte der Schlosser die Bekanntschaft einer Prostituirten, die den bisher soliden Mann derartig an sich fesselte, daß er die Arbeit aufgab, Frau und Familie

im Stich ließ und mit dem Mädchen zusammenzog. Mit ihm vergendete M. seine nicht unbeträchtlichen Ersparnisse; als er jedoch mit seinem Geld zu Ende war, verließ ihn die Dame. Am Sonntagabend suchte M., nachdem er 14 Tage obdachlos gewesen, seine schwangere Frau, die mit ihren Kindern von wohlhabenden Verwandten unterstellt wurde, wieder auf und versuchte, die Verzeihung der beleidigten zu erlangen. Als ihm Frau M. ein weiteres Zusammenleben rüdweg abschlug, ergriff der Schloffer ein auf dem Tische liegendes Protokoll und ließ sich dasselbe vor den Augen der Gattin in die Brust. Schwere Verletzung, da der Stich in die Lunge gedrungen, wurde M. aus der in der Müllerstraße belegenen Wohnung in ein städtisches Krankenhaus gebracht.

Seine Braut vergiftet hat der 28 Jahre alte Maschinenmeister Döbler, der gestern von der Kriminalpolizei verhaftet und nach einem von ihm abgelegten Geständnis ins Untersuchungsgefängnis abgeführt worden ist. D. hatte im Mai dieses Jahres mit der neunzehnjährigen, aus guter Familie stammenden Angehörigen A. ein Verhältnis angeknüpft, welches nach bisher dem Mädchen gemachten Zusagen kurz nach Weihnachten zur Heirat führen sollte. Als die A. ihrem Bräutigam mitteilte, daß sie sich Mutter fühlte, kam er auf Mittel, um die Folgen des Verlehrs zu beseitigen. Er ließ sich unter dem Vorwande, daß er Gift zur Beseitigung von Ratten in seiner Wohnung brauche, von seinem Polizeirevier einen Giftschein anstellen, auf dem eine ziemliche Quantität Phosphor in einer Drogenhandlung erhielt. Sodann bestellte er seine Braut in seine Wohnung in der Holzmarktstraße, wo er dem Mädchen ein Gewürz von Kalium- und Phosphor als Abortivmittel reichte. Er selbst will am jenen Tage den Trank geloset haben. Nach seiner Darstellung soll die Wirkung des Getränks bei der A. ausgeblieben sein, die mit ihrer Einwilligung das giftige Mittel zu sich genommen habe. Einen Tag später hat sie heftige Schmerzen in stärkerer Dosis getrunken. Sofort stellten sich heftige Schmerzen ein, die den D. veranlaßten, seine Braut ihrer Mutter zuführen. Vergebens suchte die letztere sowie der sofort herbeigeholte Arzt von der Schwere der Krankheit eine Auskunft über die Vorgänge zu erhalten; das Mädchen starb wenige Stunden später, ohne sich hierüber geäußert zu haben. Es wurde jedoch von dem Dienstmädchen der Zimmerwirtin des Döblers eine merkwürdige Entdeckung gemacht. Als das Mädchen einen Wassereimer, der in dem Zimmer des D. gestanden hatte, in dem Röhrenaussatz entleerte und auf die schwach abfließende Reste eine Sodablösung goss, entstand plötzlich ein penetranter Geruch. Um denselben zu beseitigen, goss das Mädchen heißes Wasser nach und plötzlich schied ihm eine Flamme entgegen. Die entstandenen Gase hatten sich entzündet. Dieser Vorgang brachte die Verhaftung der A. durch Döbler an den Tag, die sonst verborgen geblieben wäre. Die Obduktion der Leiche der A. hatte zwar ergeben, daß es sich um eine Vergiftung handelte, aber man nahm an, daß das Mädchen sich das Gift selbst beigebracht hätte. Durch die Nachforschungen des X. Kriminalbezirks wurde dann der Thatbestand festgestellt, wie ihn der gestern verhaftete Döbler bei seinem Geständnis bestätigte.

Vom Eisenbahnzuge geköpft. Auf dem Bahnhof der Ringbahn fand man gestern, Sonntagabend, zwischen Tempelhof und Rixdorf die Leiche eines Mannes, dessen Identität noch nicht festgestellt werden konnte. Die ganze Leiche lag darauf schliefen, daß der Unbekannte den Tod gesucht hat. Der Kopf ist ihm durch die Räder eines Zuges vom Rumpfe getrennt worden. Die Leiche wurde zunächst an der Seite des Bahndamms geborgen und dann nach der Halle des alten Nixdorfer Kirchhofs gebracht. Der Totefahrener scheint seinem Verstorbenen nach Arbeiter und kann über zwanzig Jahre alt gewesen zu sein. Er ist 1,64 Meter groß, hat dunkles Haar und ein bartloses Gesicht. Er trug ein graugrünes Jackett mit Weste, schwarze Beinleider, einen schwarzen, weichen Hut, ein rotgestreiftes Barthaarband, graubraune Strümpfe und abgetragene Jagdschuhe. In seinen Kleidstücken fand man einen kleinen röhrenförmigen Vertiefungsplan von Berlin, zwei Schlüssel an einem Ringe und ein Taschenuhrwerk mit einer Schale aus Weißblech.

Durch Fälschung von Andweidpapieren hatte ein in der Nacht zum Montag abgehakter Eindringler einen ganz neuen und unschuldigen Menschen aus sich gemacht. In der Parivolstraße entpuppte man einen Menschen, als er mit einem Einbruch behaftet fertig war. Der Mann nannte sich Albert Joenge und hatte auch Papiere auf diesen Namen. Die Kriminalpolizei forschte in allen Akten nach, fand aber diesen Namen nicht. Es scheint, daß man es mit einem noch unbelasteten Neuling zu thun hatte, bis der Erkennungsdienst die überaus schnelle Auffassung brachte, daß der Fremdenmensch ein schon mehrfach bestraffter Eindringler namens Friedrich Joenge ist. Der alte Joenge hatte sich die neuen Papiere sehr geschickt gefälscht, aber nicht an die Mehrkosten des Erkennungsdienstes gedacht.

Durch einen Sturz mit der Leiter verunglückte gestern, Montagvormittag, ein 20 Jahre alter Klempner Scholz, der bei dem Meister Drechsler beschäftigt ist, auf dem Grundstück am Weidenschen Markt 9. Hier wurde gestern die Konditorei von Scheffer eröffnet. Am Hofe hatte man einen Aufzug angebracht. Als man damit fertig war, wollte Scholz einen Haken aus der Wand ziehen. Hierbei fiel er mit der Leiter und zog sich einen Schädelbruch und einen Bruch des rechten Armes zu. Der Schwerverletzte wurde beschleunigt mit einer Droschke nach der Charité gebracht.

Feuernachrichten. Ein größerer Dachstuhlbrand kam Sonntagabend 8 Uhr in der Reichensbergerstraße 48 zum Ausbruch und beschäftigte die Wehr fast zwei Stunden. Das auf dem Boden ausgekommene Feuer griff so rasch um sich, daß bei Anbruch der Wehr bereits mehrere Dachkammern in Flammen standen. Eine starke Verqualmung erschwerte den Löschangriff und trieb zugleich die Bewohner der oberen Stockwerke aus ihren Wohnungen. Einige Mieter hatten sich auf den Bodenkammern Tausendklage und Janindensfälle angelegt und versagten nun den Verlust sämtlicher Tiere, die teils verbrannt, teils erstickt sind. Eine Reihe Bodenkammern samt einem Teile des Dachstuhls wurden eingeschert. Ueber die Entstehungsurache des Brandes ist Bestimmtes nicht ermittelt. Kurz vorher brannte Andreasstraße 63 ein Sofa und der Fußboden in der Küche. Montag früh 8 Uhr gingen Willibald-Kriegstraße 32 Möbel und Meider in Flammen auf.

Auf der Treptow-Straße wurde am Samstag, Mittwoch, nachmittags 5 Uhr, Direktor Ardenhold eine Bedenkrede auf den 20jährigen Todestag Luchs Brades halten. Gleichzeitig wird die Luchs-Brade-Ausstellung an diesem Abend geschlossen. Das Thema des 7 Uhr-Vortrages lautet „Die Wohnbauverhältnisse der Welt“. Da der Abend an diesem Tage schon von nach 4 Uhr an sehr günstig zu beobachten ist, so bleibt das Institut bis 11 Uhr abends geöffnet. Die Direktion hat für diesen Tag die Preise des billigen Sonntags angesetzt. Das „Astronomische Museum“ ist frei und die Beobachtung lohnt die Gäste.

Durch einen Mozartabend hat die „Freie Volksbühne“ ihre Mitglieder erfreut. Das am Sonntagabend bei Papp veranstaltete Winterfest diente ausschließlich dem Andenken des Licht- und Liebesgenies der Musik, wie Wagner den großen Tonbildner treffend nennt. In dem mit einem sinnvollen Titelbild ausgestatteten Programmheft, das den Aufwendern überreicht wurde, war der Leidensweg geschildert, den auch dies in seinen Werken so sonig leuchtende Genie wandeln mußte, zuerst unter den beschimpfenden Mißhandlungen eines rohen Kirchenfürsten, dann im fernen Ägypten nach Vort, das ihm bei aller äußeren Anerkennung zuweilen in des Wortes bitterster Bedeutung fehlte.

Das Fest am Sonntagabend schien anfangs gar nicht zu stande kommen zu sollen. Die Künstler, welche ursprünglich für den vollen Teil des Konzerts ihre Mitwirkung zugesagt hatten, liegen im letzten Augenblick die Besetzung in Stich. Doch gelang es, in den Damen Wolff, Dreyer und Kappoth sowie in Herrn Vinge neue Gesangskräfte zu gewinnen, die ihrer Aufgabe dem auch bestens gerecht wurden. Allerdings hatte das Programm begrifflicherweise wesentlich geändert werden müssen. Der instrumentale Teil wurde vom Berliner Tonkünstlerverein unter Leitung des Herrn v. Blon ausgeführt. Wir hatten mehrfach Gelegenheit, diese Kapelle zu rühmen. Auch am Sonntagabend spielte sie vorzüglich.

Aus den Nachbarorten.

Zu Teltow haben ebenfalls unsere Parteigenossen bei den Stadtverordnetenwahlen einen glänzenden Sieg errungen. Am Montag erhielten unsere Kandidaten, Zimmerer Wilhelm Röder und Bauer Kehler je 101 Stimmen, die Gegner hingegen nur 67 Stimmen. Röder gehörte dem Stadtverordnetenkollegium schon früher 6 Jahre an, konnte jedoch vor zwei Jahren nicht wiedergewählt werden, da unsere Parteigenossen infolge des Bürgerrechtsgesetzes nicht genügend Wähler aufbringen konnten. Dies Verfaumen ist inzwischen nachgeholt worden. Mit wenigen Ausnahmen sind diesmal die Arbeiter an die Liste getreten.

Erhebungen über die Arbeitslosigkeit giebt es auch im Kreise Niederbarnim. Der Landrat hat, angelehnt an die in einigen Ortschaften des Kreises für den Winter drohenden Arbeitslosigkeit, die Ortspolizeibehörden aufgefordert, binnen acht Tagen zu berichten, welche öffentlichen (von Gemeinden, anderen Korporationen, Vereinen, Zimmern etc.) betriebenen Arbeitsnachweise in ihren Bezirken bestehen, und ob die Arbeitsnachweise mit auswärtigen Einrichtungen gleicher Art zum Ausgleich von Angebot und Nachfrage in Verbindung getreten sind. Uns soll verlangen, was dabei zur Verringerung der Not herauskommen wird.

In ihrem Laden angefallen und beraubt wurde am Sonntagabend gegen 9 1/2 Uhr die Milchhändlerin Emilie Scholz aus der Worbungr. 11 zu Schöneberg. Frau Scholz hatte bereits die Kasse in die Tasche gesteckt und war mit dem Austräumen des Ladens beschäftigt, als noch eine Kundin, Frau Möhring, eine Kleinigkeit kaufte und ein Goldstück wechseln ließ. Beim Verlassen des Ladens bemerkte Frau Scholz, dem gegenüber der Straßenbahnhof liegt, sah Frau Möhring zwei Männer an dem Fenster stehen und in den Laden hineinkommen. Die Männer und die Frau drehten sich gleichzeitig nach einander um und sahen sich an. Frau Möhring ging dann aber gleich weiter. Bald darauf betrat ein Mann den Laden und erzählte Frau Scholz, ihr Mann, der sich in einer benachbarten Wirtschaft befand, lasse sie um etwas Geld bitten. Die Frau lehnte das ab und blieb dabei, daß ihr Mann selbst kommen möge, wenn er Geld haben wolle. Unterdessen waren die beiden Fremden immer näher an die Frau herangekommen. Plötzlich trat ihr nun einer auf beide Hände, griff ihr mit einer Hand an die Kehle und faßte mit der anderen ihre beiden Hände, mit denen sie sich zu befreien suchte. Der andere rief ihr die Schürze ab, unter der die Kasse hing, griff in diese hinein und beraubte sie fast des ganzen Inhalts im Betrage von 8 Mark. Dann ließen die Räuber davon und entliefen, obwohl die Hebelkassette um Hülfe rief. Frau Scholz beschrieb die Räuber als Männer von etwa 30 Jahren. Beide hatten frisches rotes Gesicht und blonden Schnurbart. Der eine ist etwa 1,70 Meter groß und trug ein helles Jackett und einen steifen, dunklen Hut, der andere ist klein und unterlegt und trug eine braun gestreifte Unterjacke und annehmend eine Madfahrmütze. Frau Scholz hat noch deutliche Wargemalte am Halse. Ihre Beschreibung der Räuber bestätigte Frau Möhring, die gestern ebenfalls von der Kriminalpolizei vernommen wurde.

Zu Jekendorf ist das Schulgeld für auswärtige Schüler an den höheren Lehranstalten von 110 auf 130 M., an den Vorkursen von 130 auf 150 M. erhöht worden. Es ist eine Bewegung am Orte zur Errichtung einer Realschule in Gange, obgleich zur Zeit kein Platz für die Unterbringung solcher Schüler vorhanden ist und selbst die Gymnasialien in der Gemeindefolge unterrichtet werden. — Die Mitglieder der freiwilligen Feuerwehrein am Orte werden gegen Unfall versichert. Die Versicherungssumme beträgt für den Todesfall 10.000 M., für den Invaliditätsfall 20.000 M. und für den Krankheitsfall 4 M. den Tag auf 300 Tage. — Nächstens soll die am Orte eingeleichte Gesundheitskommission Bericht erstatten. Leider hat diese Kommission es nicht für nötig gehalten, auch Arbeiter zur Auslastung heranzuziehen. Wertwürdigerweise soll auch über die Beratungen Stillstände berichtet werden. Hoffentlich bringt bei den Remoialen im Frühjahr 1902 die Arbeiterschaft etwas Lebendigkeit in die Gemeindevertretung.

In Rixdorf ist gestern das neue Amtsgerichts-Gebäude eingeweiht worden. Der „Justizpalast“ ist mit einem Kostenaufwand von 1 1/2 Millionen Mark erbaut worden.

Der Schlächter Niedbalski in der Nummernstraße 67 zu Rixdorf teilt uns zu der in Nr. 263 von uns gedruckten Meldung mit, daß das bei ihm beschlagnahmte Fleisch abgestempelt gewesen sei. Als ich das geschlachtete Rind zum Zwecke des Kaufs bei dem Großschlächtermeister Diller bestellte, so schreibt uns der Herr, „zeigte ich ausdrücklich danach, ob dasselbe bereits untersucht sei, und als diese Frage verneint wurde, verlangte ich, daß es erst untersucht werden sollte, bevor ich es kaufen könnte. Als der Herr des Herrn Diller einige Stunden später wegen des Rindes nochmals zu mir kam, bestellte er mir auf meine Frage, daß es untersucht sei. Als mir das Fleisch dann gebracht wurde, befand sich auf demselben auch ein blauer Untersuchungsstempel.“

Es fragt sich nun, wer den Stempel auf das ungenießbare Fleisch gesetzt hat. Öffentlich wird dieser Fall von der Behörde eingehend untersucht. Seltsam ist es übrigens, daß Herr Niedbalski augenscheinlich der Qualität des Fleisches nicht traute und es dennoch kaufte. Der Schlächter teilt uns Schluß noch mit, daß von der Ware nichts verkauft worden ist.

Geriichts-Beilage.

Der vielbewährte „Bankier“ Max Opy wurde gestern aus der Untersuchungsanstalt dem Schwurgericht des Landgerichts I vorgeführt, da er nach Ansicht der Anklagebehörde eine bestimmende Rolle in einer Anklage wegen Verbrechen wieder lebendes Leben gespielt haben soll. Angeklagt sind die 22 Jahre alte unverehelichte Hedwig Stod, Stieftochter des früheren Schlächtermeisters, Privatiers Behrend, die Bekannte Frau Maria Vetschowa, und der 35 Jahre alte Bankier Max Opy. Die Angeklagte Stod wird beschuldigt, ein Verbrechen gegen lebendes Leben begangen, die Vetschowa, die Mittel zur Ausführung dieses Verbrechens hergegeben und Opy, durch zwei selbständige Handlungen die Stod durch Ueberredung, die Vetschowa durch Geschenke zu dem Verbrechen vorzüglich bestimmt zu haben. Den Vorsitz im Gerichtshofe führt Landesgerichts-Direktor Wagner, die Anklage vertritt Staatsanwalt Wahr, die Verteidigung führen die Rechtsanwälte Loh, Dr. Schwindt und Dr. Paul Rosenfeld. Die beiden ersten Angeklagten sind bisher unbestraft, die Angeklagte Stod hat vom 5.-18. September in Untersuchungsanstalt gesessen. Befindet sich aber seitdem wieder auf freiem Fuß. Auch die Vetschowa ist unbescholten, dagegen ist Opy, der in zweiter Ehe verheiratet ist, im Jahre 1893 wegen wiederholten Betruges mit 6 Wochen Gefängnis, im Jahre 1894 wegen Unterschlagung, Ketzerei und Betruges mit 2 Jahren 3 Monaten Gefängnis verurteilt. Unter den vorgeladenen 12 Zeugen befinden sich die Frau des Angeklagten Opy, dessen Vater, der Glasermeister Opy aus Angermünde, und der aus der Untersuchungsanstalt vorgeführte Stiefvater der Angeklagten Stod, Privatier Behrend. Als Sachverständige sind Medizinalrat Dr. Wittenzweig, Gerichtsarzt Dr. Puppe, Dr. med. Samter und Sanitätstrot Dr. Hornet zur Stelle. Es handelt sich bekanntlich auch um ein Gutachten über den Geisteszustand des Angeklagten Opy. Der Gerichtshof schloß für die ganze Dauer der Verhandlung die Öffentlichkeit aus.

Der Gerichtsarzt Dr. Puppe beendete eine ganze Reihe von Momenten, die es als zweifelhaft erscheinen ließen, ob Opy bei Begehung der hier in Frage stehenden Straftat geistesgesund gewesen sei. Dr. Puppe beantragte, den Angeklagten Opy zur Beobachtung seines Geisteszustandes der Charité zu überweisen und der Gerichtshof entsprach diesem Antrage.

Die Angeklagte Stod wurde unter Annahme mildernder Umstände wegen versuchter Abtreibung zu zwei Monaten Gefängnis verurteilt, wobei noch die erlittene Untersuchungsanstalt (3 Wochen) in Anrechnung zu bringen ist. Schlechter kam die Angeklagte Vetschowa weg, die wegen Ver-

hilfe zu neun Monaten Gefängnis verurteilt wurde. Sie blieb mildernde Umstände verjagt und zwar mit Rücksicht auf ihr Alter während der Verhandlung, hauptsächlich aber deshalb, weil sie in gewinnlicher Weise handelte, als sie für ihre Beihilfe 500 M. forderte und auch erhielt. Dieserhalb wurde auch die dreimonatige Untersuchungsanstalt nicht angerechnet.

Ein Bild des Jammers. Jugendliche Diebe hatten sich gestern vor der achten Strafkammer zu verantworten. Es handelt sich um zehn, sämtlich noch schulpflichtige Knaben, die zum Teil erst sechsen das strafmündige zwölfjährige Alter erreicht hatten. Die meisten waren schon wegen Eigentumsverbrechen vorbestraft, mehrere wurden aus dem Gefängnis vorgeführt. Es waren zwei Brüderpaare darunter, die Knaben Ernst und Bruno W o i n k e und Ernst und Otto S w o b o d a. Fast alle waren es Kinder von Arbeitern, die durch die Ungeist der Großstadtverhältnisse außer Stande waren, sich genügend um deren Erziehung zu kümmern. Die Kotte hatte sich zusammengehört, um gemeinsam die Kassen in den Läden zu betäuben und war dabei mit außerordentlicher List und Betruglichkeit vorgegangen. Monatelang haben die Angeklagten den Norden der Stadt unsicher gemacht. Die Kassen waren demnach verteilt, daß einige von ihnen die Gelegenheit zu Diebstählen anständig zu machen hatten. Es mußten Läden sein, in denen nur eine einzige Person zu thun hatte, die sich bei Abwesenheit von Käufern, im Nebenraum aufhielt. Zunächst wurde die Ladentür aufgeklinkt und war dies unbemerkt geschehen, so wurde nach einer Weile einer der Kleinsten von der Wande hineingeholt, der sich in gebührender Haltung um den Ladentisch herumhäkelte und die Kasse dann austräumen mußte. Auf diese Weise vollführten sie viele Diebstähle. Einmal fiel ihnen eine Beute von 120 M. zu. Die Angeklagten beschloffen, sich einige „vergünstigte Tage“ zu machen. Sie fuhren insgesamt nach Wilmersdorf und hielten sich dort in der Umgegend drei Tage und drei Nächte auf. Dabei verstanden sie gut zu leben, nach 3 Tagen waren die 120 Mark verbraucht; die Angeklagten kehrten nach Berlin zurück, um das Diebstahlgeld so lange wieder fortzuziehen, bis sie gefast wurden. Der Gerichtshof verurteilte die Führer der Bande, Ernst W o i n k e und Adolf W o g g e zu je einem Jahre Gefängnis. Die übrigen Angeklagten kamen mit gelinderen Strafen davon. Natürlich wird das Gefängnis die Knaben nicht bessern. Sie werden weiter den Weg des Verbrechens wandern, wandern müssen, falls man ihnen aber wehrt es, diesen Kindern die Schuld an ihrem Unglück beizumessen?

Vermischtes.

Aus Neufahrwasser wird berichtet: Montag früh brach in der Fabrik der Zuckerraffinerie Danzig-Neufahrwasser Feuer aus, das bis 10 Uhr vermittags noch nicht völlig gelöscht war und bedeutenden Schaden sowohl an den Fabrikgebäuden wie an den Maschinen angerichtet hat. Verluste an Menschenleben sind nicht zu besorgen, doch dürften eine große Anzahl Arbeiter durch den Brand brotlos werden. Die Beamtenwohnhäuser sowie auch das Compotoirgebäude konnten gerettet werden. Die Wäcker und die Kasse waren während des Brandes auf dem Kriegsfeld „Agir“ untergebracht worden.

Eine Bestie. Die das „Poener Tagebl.“ meldet, erlähmt der Arbeiter Severin Jajdowicz in Wlaskaw am Sonntagabend seine Ehefrau, nachdem er ihr vorher die Ohren und die Nase abgeschnitten hatte. Der Mörder wurde verhaftet.

Brand im Eisenbahnwagen. Ein größliches Brandunglück wird über Warschau vom 17. November gemeldet. Auf der Strecke zwischen Sosnowice und Radzowice entstand gestern in einem Wagen eines Eisenbahnzuges dadurch ein Brand, daß der Inhalt einer zerbrochenen Benzinflasche Feuer fing. Von dreizehn in dem Wagen befindlichen Arbeitern verbrannten drei, während elf schwere Brandwunden davontrugen. Das Feuer ergriff auch den Nachbarwagen, beide Wagen waren in kurzer Zeit völlig verbrannt.

Marktpreise von Berlin am 16. November 1901

nach Ermittlungen des hgl. Polizeipräsidenten.

| Waren | Art. | Preis | Waren | Art. | Preis |
|--------------|--------|-------|-----------------|------------|-------|
| Weizen | gut | — | Barthel, neue | D.Gr. | 7.— |
| | mittel | — | Rindfleisch | Rente 1 kg | 1,70 |
| | gering | — | do. | Bank | 1,40 |
| | | | | | 1,40 |
| * Roggen | gut | 14,20 | Schweinefleisch | | 1,70 |
| | mittel | 14,12 | Rathfleisch | | 1,80 |
| | gering | 14,04 | Dammfleisch | | 1,60 |
| † Weizen | gut | 14,40 | Butter | | 2,80 |
| | mittel | 13,80 | Eier | 60 Stk. | 5,40 |
| | gering | 12,90 | Käse | 1 kg | 2,20 |
| † Hafer | gut | 16,40 | Hale | | 2,50 |
| | mittel | 15,70 | Haude | | 2,50 |
| | gering | 15,— | Heide | | 2,00 |
| Rindfleisch | | 7,50 | Barthel | | 1,80 |
| den | | 8,90 | Speise | | 2,80 |
| Gulden | | 40,— | Stiele | | 1,40 |
| Eisenstücken | | 60,— | Stiele | per Schock | 16,— |
| Wollen | | 60,— | | | 3,— |

* ab Bahn. † frei Wagen und ab Bahn.

Schriften-Eingang.

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, Dieb Verlag) ist soeben das 7. Heft des 20. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt heben wir hervor: Graf Paul Doyfeldt. — Der Wiener Parteitag. Von H. Kautsky. — Karl Bärtl. Von H. Thurov. — Sozialer Imperialismus. Von H. Beer. — Handlungen zu den deutschen Wandern. Von Rudolf Kraut. — Akademiker und Proletariat. Von Michael Zappetta. — Väterliche Rindschau: H. W. Kacrasch, Trusts und the Sigs. Von J. B. Keten.

Von der „Gleichheit“ (Stuttgart, Dieb Verlag) ist die Nummer 34 des 11. Jahrgangs angekommen. Aus dem Inhalt dieser Nummer heben wir hervor: Die Hauskinder. Von A. Br. — Der zweite Verbandstag der fortgeschrittenen Frauenvereine. — Aus der Bewegung. — Heilstein: Hartweg alle Syrin. Von A. Angergruber (Hofburg). — Notizen: Arbeitsbedingungen der Arbeiterinnen. — Gewerkschaftliche Arbeiterinnen-Organisation. — Sozialistische Frauenbewegung im Auslande. — Frauenbewegung. — Verleihen.

Die „Gleichheit“ erscheint alle 14 Tage einmal. Preis der Nummer 10 Pf., durch die Post bezogen (eingerungen in der Reichspostzeitungsliste für 1901 unter Nr. 278) beträgt der Abonnementspreis vierteljährlich ohne Postgebühren 35 Pf.; letzter Kreuzband 85 Pf.

Der „Wahre Jacob“ giebt soeben die 24. Nummer seines 18. Jahrgangs und damit die 400. Nummer seit dem Erscheinen des „Wahren Jacob“ in Stuttgart heraus; es dürfte nicht allgemein bekannt sein, daß bereits in Hamburg 1877/78 ein Jahrgang des „Wahren Jacob“ erschienen ist. An der Spitze der Beilage bringt die Nummer die Biographien der verstorbenen Genossen Bruno Schoenland und Karl Bärtl und der heber von persönlichen Freunden der Verstorbenen. Die Biographien sind wohlgehaltene Porträts beigegeben.

Das Hauptblatt beschäftigt sich in seinem farbigen Titelbild mit zwei Schäser und eine Herde mit den Gründen des Herrn v. Frege für seine Ansicht, das Reichspostamt des Reichstags niederzulassen. Das farbige Bild „Der Bauernbund“ zeigt einen Getreidebock von 7,50 Pf. und bei einem Getreidebock von 3,50 Pf. in eine Satire auf agrarische Königstiere, deren Grad von der Höhe der Preise abhängig ist. Außerdem ist die politische Satire in Wort und Bild in der 12. Seiten haken Nummer reichhaltig vertreten. Der Preis der Nummer ist 10 Pf.

Die Frauenfrage. Von Lily Braun. Leipzig. S. Hirzel. Preis 10 M.

Vierter Jahresbericht der Arbeiterkammer Zürich. Für die Zeit vom 1. Januar bis 31. März 1901. Zürich. Buchdruckerei des Volkrechts. (Rüfen u. Feiberg.)

Bibliothek für modernes Geistesleben. Monatsheft zur Kenntnis der Gegenwart. Herausgegeben von Hans Bahmann. Heft 3: Sociale Erziehung. Preis 1 M. Leipzig-Robert, Thüringische Verlagshandlung.

Ziergeschichten. Für die Jugend ausgedacht von G. Hamburger. Jugendbüchlein-Ausgaben. Leipzig. Ernst Bachsch. Preis 60 Pf.

Neue, neunte Lieferungs-Ausgabe von Tietzels „Geant-Atlas“, 100 Karten in Kupferdruck, herausgegeben von Julius Tietzels „Geant-Atlas“-Anstalt in Gotha. (Erscheint in 50 Lieferungen (jede 2 Karten) zu je 60 Pf.) 1. Lieferung: Nr. 15. (Schalen in 1: 925.000, von C. Scherzer und H. Habicht; Nr. 64. China in 1: 7.500.000, von C. Varich.